

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 2498

[2009/203077]

25. MAI 2009 — Dekret über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

TITEL I — GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

KAPITEL I — Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Anwendungsbereich

§ 1 - Das vorliegende Dekret legt die Bestimmungen bezüglich des Haushaltes und der Buchhaltung der in Artikel 2 Nummer 2 definierten Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest.

§ 2 - Der Titel I des vorliegenden Dekretes findet Anwendung auf alle Einrichtungen.

Art. 2 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

1. "das Gesetz über die allgemeinen Bestimmungen": das Gesetz vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof, abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006;

2. "die Einrichtungen": für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

a) die Dienste der Hauptverwaltung;

b) die Dienste mit getrennter Geschäftsführung gemäß Artikel 74 des vorliegenden Dekretes;

c) die Einrichtungen öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des vorliegenden Dekretes;

3. "das Parlament": das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4. "die Regierung": die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5. "der Haushaltsminister": der Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuständig für den Haushalt;

6. "der Aufsichtsminister": der Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in dessen Zuständigkeitsbereich eine Einrichtung öffentlichen Interesses fällt;

7. "die wirtschaftliche Klassifizierung": einheitliche Klassifizierung der Haushaltseinnahmen und -ausgaben im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen;

8. "die funktionelle Klassifizierung": internationale Klassifizierung der Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen.

KAPITEL II — Allgemeine Haushaltsbestimmungen

Art. 3 - Haushaltsfeststellung

Jede Einrichtung stellt vor Beginn des Haushaltsjahres ihren Haushalt fest.

Art. 4 - Bedeutung und Wirkung des Haushalts

Der Haushalt dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben der Einrichtung im Bewilligungszeitraum voraussichtlich notwendig ist. Er ist Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Der Haushalt ermächtigt die Einrichtung, Verpflichtungen einzugehen und Ausgaben zu leisten.

Durch den Haushalt werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

Art. 5 - Jährlichkeit

Die im Haushalt ausgewiesenen Mittel werden für ein Haushaltsjahr bewilligt. In Anwendung von Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen beginnt das Haushaltsjahr am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.

Art. 6 - Gesamtdeckung

Alle Einnahmen dienen als Deckungsmittel für alle Ausgaben.

Einnahmen dürfen auf die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränkt werden, soweit dies durch Dekret vorgesehen ist.

Art. 7 - Haushaltswahrheit

Bei der Aufstellung des Haushalts sind nur die Einnahmen einzustellen, die voraussichtlich eingehen, und nur die Verpflichtungsermächtigungen und Ausgabeermächtigungen vorzusehen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Einrichtung notwendig sind.

Art. 8 - Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit

Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltes sind die Grundsätze der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit zu beachten. Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen.

Art. 9 - Vollständigkeit und Einheit

Für jedes Haushaltsjahr ist ein Haushalt festzustellen.

In Anwendung von Artikel 3 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen enthält der Haushalt alle im Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen, voraussichtlich benötigten Verpflichtungsermächtigungen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben.

Der Haushalt genehmigt alle Verpflichtungen und Ausgaben zugunsten Dritter. Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes werden die Dienste der Hauptverwaltung, die Dienste mit getrennter Geschäftsführung gemäß Artikel 74 und die Einrichtungen öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 untereinander als Dritte betrachtet.

Art. 10 - Bruttoveranschlagung

Die Einnahmen und Ausgaben sind in voller Höhe und getrennt voneinander zu veranschlagen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung Ausnahmen zum Prinzip der Bruttoveranschlagung zulassen, insbesondere für Nebenkosten und Nebenerlöse bei Erwerbs- oder Veräußerungsgeschäften. In diesen Fällen ist die Berechnung des veranschlagten Betrages in die Erläuterungen zum Haushalt aufzunehmen.

Art. 11 - Einzelveranschlagung

Die Einnahmen sind nach dem Entstehungsgrund und die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen nach Zwecken getrennt zu veranschlagen.

Art. 12 - Einnahmen

In Anwendung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen betrifft die Schätzung der Einnahmen die während des Haushaltsjahres zugunsten der Einrichtung festzustellenden Rechte, die zweckbestimmten Einnahmen gegebenenfalls inbegriffen.

Ein Recht gilt als festgestellt, wenn der Betrag genau bestimmt ist, die Identität des Schuldners bekannt ist, die Zahlungsverpflichtung besteht und ein Beleg vorliegt.

Art. 13 - Ausgaben

In Anwendung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen betrifft die Genehmigung der Ausgaben:

1. die Verpflichtungsermächtigungen: In dieser Höhe können Mittel gebunden werden für Verpflichtungen, die im Laufe des Haushaltsjahres eingegangen werden. Im Fall von wiederkehrenden Verpflichtungen, die Auswirkungen auf mehrere Jahre haben, werden nur die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge gebunden;

2. die Ausgabeermächtigungen: In dieser Höhe können Ausgaben festgestellt werden, um Verpflichtungen nachzukommen, die im laufenden Jahr oder in Vorjahren eingegangen wurden.

*KAPITEL III — Ausführung des Haushaltsplans und Haushaltsbuchhaltung**Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen***Art. 14 - Anrechnung der Einnahmen und Ausgaben**

Werden dem Haushalt eines bestimmten Jahres angerechnet:

1. als Einnahmen: die während des Haushaltsjahres festgestellten Rechte, einschließlich der Rechte bezüglich der zweckbestimmten Einnahmen;

2. als Ausgaben zulasten der Verpflichtungsermächtigungen: die gebundenen Mittel aufgrund der im Haushaltsjahr entstandenen oder eingegangenen Verpflichtungen sowie bei wiederkehrenden Verpflichtungen die während des Haushaltsjahres fälligen Beträge;

3. als Ausgaben zulasten der Ausgabeermächtigungen: die während des Haushaltsjahres als zahlbar festgestellten Ausgaben.

Art. 15 - Ständige Überprüfung

Die Haushaltsbuchhaltung wird so geführt, dass eine ständige Überprüfung der Ausführung der Haushaltspläne möglich ist.

Art. 16. Haushaltsausführungsrechnung

Die Haushaltsausführungsrechnung besteht aus Tabellen, die genau wie die Haushaltspläne unterteilt sind. Neben den Schätzungen beziehungsweise den Ermächtigungen werden die gemäß Artikel 14 getätigten Haushaltsbuchungen aufgelistet.

*Abschnitt 2 — Verwendung der Haushaltsmittel***Art. 17 - Erhebung der Einnahmen und Leistung der Ausgaben**

Einnahmen sind rechtzeitig und vollständig zu erheben.

Ausgaben werden nur so weit und nicht eher geleistet, als sie zur wirtschaftlichen Verwaltung erforderlich sind. Die Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen sind so zu bewirtschaften, dass sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die im Haushalt angegebene Zweckbestimmung fallen.

Die Verwendung der genehmigten Haushaltsmittel erfolgt in Anwendung der Dekrete, ihrer Ausführungserlasse sowie der Erlasse zur Aufgabendelegation.

Art. 18 - Sachliche und zeitliche Bindung

Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen werden nur zu dem im Ausgabenhaushaltsplan bezeichneten Zweck und nur bis zum Ende des betreffenden Haushaltsjahres in Anspruch genommen.

Art. 19 - Gesetzliche und haushaltsmäßige Verpflichtung

Die Zustimmung zu entgeltlichen Verträgen und Übereinkünften sowie zu Erlassen zur Gewährung von Zuschüssen oder anderen entgeltlichen einseitigen Verpflichtungen wird erst bekannt gegeben, wenn der entsprechende Betrag auf die dafür vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen gebucht wurde. Erst die entsprechende gesetzliche Verpflichtung, die die genauen Bedingungen festlegt, eröffnet Drittpersonen ein Recht gegenüber der Einrichtung.

Wenn der Betrag der gesetzlichen Verpflichtung von dem der haushaltsmäßigen Verpflichtung abweicht, muss letzterer im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel entsprechend angepasst werden.

Wenn eine haushaltsmäßige Verpflichtung nicht durch eine gesetzliche Verpflichtung bestätigt ist, verfällt sie spätestens am Ende des Haushaltsjahres.

Andere als die unter Absatz 1 aufgeführten Ausgaben können nur auf Grundlage von Beweisstücken, die die Existenz und die genauen Bedingungen der Verpflichtung rechtfertigen, auf die dafür vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen gebucht werden.

Art. 20 - Verpflichtungen zulasten des kommenden Haushaltes

Ab dem 1. November dürfen die für den Weiterbetrieb der Einrichtungen erforderlichen Verpflichtungen zulasten der Verpflichtungsermächtigungen des darauf folgenden Haushaltsjahres im Rahmen der verabschiedeten Haushaltsmittel der entsprechenden Ausgaben des laufenden Jahres getätigt werden. Diese Verpflichtungen sehen vor, dass vor Beginn des Haushaltsjahres weder Waren geliefert noch Dienstleistungen erbracht werden dürfen.

Art. 21 - Haushaltssperre

Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben einer Einrichtung dazu führt, dass voraussichtlich ein schlechteres Haushaltsergebnis erzielt wird, kann die Regierung es von ihrer Einwilligung abhängig machen, ob neue Verpflichtungen eingegangen werden.

Abschnitt 3 — Finanzakteure

Art. 22 - Grundsatz der Aufgabentrennung Anweisung und Rechnungsführung sind getrennte Funktionen und nicht miteinander vereinbar.

Art. 23 - Anweisungsbefugter

§ 1 - Jede Einrichtung verfügt über einen Anweisungsbefugten.

§ 2 - Der Anweisungsbefugte legt fest, welchen Bediensteten er die Anweisungsbefugnis überträgt und welches der Umfang der übertragenen Befugnisse ist. Außerdem kann er darin die Möglichkeit vorsehen, die Anweisungsbefugnis weiter zu übertragen.

Die Anweisungsbefugnis kann nur Personen übertragen oder weiter übertragen werden, auf die das Dienstrecht oder die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der betreffenden Einrichtung Anwendung finden.

Die bevollmächtigten oder nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten werden nur in den mit der Übertragungs- oder Weiterübertragungsverfügung vorgegebenen Grenzen tätig. Der zuständige bevollmächtigte oder nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte kann dabei von einem oder mehreren Bediensteten unterstützt werden, deren Aufgabe es ist, unter der Verantwortung des Ersteren bestimmte für die Ausführung des Haushaltsplans und die Rechnungslegung erforderliche Operationen durchzuführen.

Art. 24 - Aufgaben der Anweisungsbefugten

§ 1 - Dem Anweisungsbefugten obliegt es, die Einnahmen und Ausgaben nach den Grundsätzen der Haushaltsführung auszuführen sowie deren Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten.

§ 2 - Zur Ausführung der Ausgaben nimmt der Anweisungsbefugte Mittelbindungen vor, geht rechtliche Verpflichtungen ein, stellt Ausgaben fest und erteilt die entsprechenden Zahlungsanweisungen.

§ 3 - Die Mittelbindung besteht darin, zulasten der Verpflichtungsermächtigungen die Mittel vorzumerken, die erforderlich sind, um Zahlungen, die sich aus einer rechtlichen Verpflichtung ergeben, zu einem späteren Zeitpunkt leisten zu können.

Der Anweisungsbefugte, der eine Mittelbindung vornimmt, überzeugt sich von der Richtigkeit der haushaltsmäßigen Zuordnung, der Verfügbarkeit der Mittel, der Ordnungsmäßigkeit und Übereinstimmung der Ausgabe mit den geltenden Rechtsvorschriften und dem Haushalt sowie der Einhaltung der Grundsätze der Haushaltsführung.

§ 4 - Die Feststellung einer Ausgabe ist die Handlung, durch die der Anweisungsbefugte den Anspruch des Zahlungsempfängers, das Bestehen und die Höhe der Forderung und die Fälligkeit der Forderung prüft.

§ 5 - Die Anweisung der Ausgaben ist die Handlung, mit der der Anweisungsbefugte, nachdem er sich von der Verfügbarkeit der Mittel überzeugt hat, durch Ausstellung einer Zahlungsanweisung den Rechnungspflichtigen anweist, den Betrag der von ihm festgestellten Ausgabe auszuführen.

§ 6 - In folgenden Fällen kann der Anweisungsbefugte gleichzeitig eine Mittelbindung vornehmen und die entsprechende Ausgabe feststellen:

1. wenn es sich um eine feste Ausgabe wie Gehalt oder Sozialabgaben handelt;
2. wenn die Ausgabe einen Betrag, der von der Regierung festgelegt wird, nicht überschreitet.

§ 7 - Die Ausführung der Einnahmen umfasst die Feststellung der Forderungen und die Erteilung der Einziehungsanweisung. Außerdem umfasst sie gegebenenfalls den Verzicht auf festgestellte Forderungen.

§ 8 - Die Feststellung einer Forderung ist die Handlung, durch die der Anweisungsbefugte das Vorliegen der Verbindlichkeiten des Schuldners überprüft, das Bestehen und die Höhe der Schuld bestimmt oder überprüft und die Fälligkeit der Schuld prüft.

Nach Feststellung der Forderung erteilt der Anweisungsbefugte dem Rechnungspflichtigen eine Einziehungsanordnung und setzt den Schuldner in Kenntnis über den zu zahlenden Betrag, die Art der Schuldforderung, ihre haushaltsmäßige Anrechnung sowie die Zahlungsmodalitäten und die Zahlungsfrist.

Art. 25 - Rechnungspflichtiger

§ 1 - Die Einrichtung bezeichnet einen Rechnungspflichtigen, der folgende Aufgaben wahrnimmt:

1. Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen, der Annahme der Einnahmen und der Einziehung der festgestellten Forderungen;
2. Erstellung und Vorlage der Rechnungen gemäß den Bestimmungen des Kapitels V des vorliegenden Titels;
3. Rechnungsführung gemäß den Bestimmungen von Kapitel V des vorliegenden Titels;
4. Festlegung der Regeln und Methoden der Rechnungsführung und des Kontenplans gemäß den Bestimmungen von Kapitel V des vorliegenden Titels;
5. Festlegung und Validierung der Rechnungsführungssysteme und gegebenenfalls Validierung der vom Anweisungsbefugten definierten Systeme, die zur Produktion oder Begründung von Rechnungsführungsdaten verwendet werden sollen;
6. Kassenführung.

Die Regierung legt die Modalitäten zur Bezeichnung der Rechnungspflichtigen fest.

§ 2 - Der Rechnungspflichtige erhält von den Anweisungsbefugten alle von diesen als zuverlässig garantierten Informationen, die für die Erstellung von Rechnungen erforderlich sind, die das Vermögen der Einrichtung und den Haushaltsvollzug wahrheitsgetreu abbilden.

§ 3 - In Abweichung von Artikel 22 stellt der Rechnungspflichtige bei unmittelbaren Einnahmen die Forderung fest.

§ 4 - Vorbehaltlich der in Artikel 26 vorgesehenen Ausnahmeregelung ist allein der Rechnungspflichtige ermächtigt, Barmittel und Werte zu handhaben. Er ist für ihre Verwahrung verantwortlich.

§ 5 - Der Rechnungspflichtige kann in Ausübung seines Amtes ihm unterstehenden Mitarbeitern bestimmte Aufgaben übertragen.

§ 6 - Vor dem 30. Juni eines jeden Jahres übermittelt der Rechnungspflichtige unter seiner Verantwortung dem Rechnungshof den Abschluss der Konten des Vorjahres, aus dem hervorgeht, dass alle festgestellten Rechte und eingegangenen Verpflichtungen gebucht worden sind und dass die Saldi der Kontenbewegungen sich im Umlaufvermögen der Bilanz der Einrichtung widerspiegeln.

Art. 26 - Zahlstellenverwalter

Für Zahlungen in geringer Höhe, deren Höchstbetrag vom Rechnungspflichtigen festgelegt wird, und für die Annahme von anderen Einnahmen als Eigenmitteln können Zahlstellen eingerichtet werden, für die der Rechnungspflichtige Mittel bereitstellt. Diese Zahlstellen unterstehen den vom Rechnungspflichtigen benannten Zahlstellenverwaltern.

Der Zahlstellenverwalter führt ein Kassenbuch. Vor dem 30. Juni eines jeden Jahres übermittelt er unter seiner Verantwortung dem Rechnungshof einen Bericht über die Kassenführung des Vorjahres.

Abschnitt 4 — Verantwortlichkeit der Finanzakteure

Art. 27 - Aufgabenentbindung Unbeschadet disziplinarrechtlicher Maßnahmen kann bevollmächtigten und nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten jederzeit die ihnen übertragene oder weiter übertragene Befugnis einstweilig oder endgültig entzogen werden.

Unbeschadet disziplinarrechtlicher Maßnahmen können der Rechnungspflichtige und gegebenenfalls der Mitarbeiter, dem in Anwendung von Artikel 25 Paragraf 5 gewisse Aufgaben übertragen wurden, jederzeit einstweilig oder endgültig von ihren Aufgaben entbunden werden.

Unbeschadet disziplinarrechtlicher Maßnahmen können die Zahlstellenverwalter jederzeit einstweilig oder endgültig von ihren Aufgaben entbunden werden.

Wenn in den oben genannten Fällen eine Aufgabenentbindung faktisch zu einer Dienstenthebung führt, gelten die im Dienstrecht vorgesehenen disziplinarrechtlichen Bestimmungen.

Art. 28 - Disziplinarrechtliche Maßnahmen

Die Bestimmungen dieses Abschnitts beeinträchtigen nicht eine etwaige strafrechtliche Verantwortung der in Artikel 27 genannten Bediensteten.

Unbeschadet der Artikel 29 und 30 können bevollmächtigte und nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte, Rechnungspflichtige und gegebenenfalls Mitarbeiter, denen in Anwendung von Artikel 25 Paragraf 5 gewisse Aufgaben übertragen wurden, sowie Zahlstellenverwalter nach Maßgabe des Dienstrechts disziplinarrechtlich belangt und finanziell haftbar gemacht werden. Im Fall einer rechtswidrigen Tätigkeit, des Betrugs oder der Korruption zum Nachteil der Interessen der Einrichtung werden die in den geltenden Rechtsvorschriften bezeichneten Behörden und Stellen eingeschaltet.

Art. 29 - Auf die bevollmächtigten und nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten anwendbare Vorschriften

§ 1 - Der bevollmächtigte oder nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte übernimmt die finanzielle Verantwortung und kann zum vollen oder teilweisen Ersatz eines Schadens herangezogen werden, den die Einrichtung durch seine grobe Fahrlässigkeit, seinen schweren Fehler oder seine wiederholten leichten Verfehlungen in Wahrnehmung oder anlässlich der Wahrnehmung seiner Dienstpflichten erlitten hat, insbesondere wenn er Forderungen feststellt oder Einziehungsanweisungen erteilt, Mittelbindungen vornimmt oder Auszahlungsanweisungen unterzeichnet, ohne dabei das vorliegende Dekret und seine Ausführungsbestimmungen zu beachten. Das Gleiche gilt, wenn er es durch seine grobe Fahrlässigkeit, seinen schweren Fehler oder seine wiederholten leichten Verfehlungen unterlässt, ein Dokument auszustellen, das eine Forderung begründet, oder wenn er die Erteilung von Einziehungsanweisungen ohne Grund unterlässt oder verzögert oder wenn er die Erteilung einer Auszahlungsanweisung, die eine zivilrechtliche Haftung der Gemeinschaft gegenüber Dritten zur Folge haben kann, ohne Grund unterlässt oder verzögert.

§ 2 - Ist ein bevollmächtigter oder nachgeordnet bevollmächtigter Anweisungsbefugter der Auffassung, dass Entscheidungen, die er auszuführen hat, eine Unregelmäßigkeit aufweisen oder gegen die Grundsätze der Haushaltsführung verstoßen, ist er gehalten, dies der Befugnis erteilenden Stelle schriftlich mitzuteilen. Erteilt ihm die Befugnis erteilende Stelle schriftlich die mit Gründen versehene Anordnung, die genannte Entscheidung auszuführen, ist er von seiner verwaltungsrechtlichen Verantwortung entbunden.

§ 3 - Im Fall einer Weiterübertragung der Anweisungsbefugnis innerhalb seiner Dienststellen bleibt der bevollmächtigte Anweisungsbefugte für die Effizienz der Verwaltungssysteme und der Systeme für die interne Kontrolle sowie für die Wahl des nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten verantwortlich.

Art. 30 - Auf die Rechnungspflichtigen und Zahlstellenverwalter anwendbare Vorschriften

§ 1 - Die Rechnungspflichtigen und gegebenenfalls die Mitarbeiter, denen in Anwendung von Artikel 25 Paragraf 5 gewisse Aufgaben übertragen wurden, sind nach Maßgabe des Dienstrechts und nach den im Dienstrecht vorgesehenen Verfahren disziplinarrechtlich verantwortlich. Sie sind zu Schadenersatz verpflichtet, wenn grobe Fahrlässigkeit, ein schwerwiegender Fehler oder wiederholte leichte Verfehlungen vorliegen. Sie können insbesondere für folgende Verfehlungen haftbar gemacht werden:

1. Verlust beziehungsweise Beschädigung ihnen anvertrauter Barmittel, Werte und Dokumente;
2. ungerechtfertigte Änderung von Bankkonten oder Postgirokonten;
3. Vornahme von Einziehungen oder Zahlungen, die nicht den Beträgen auf den Einziehungsanweisungen oder den Auszahlungsanweisungen entsprechen;
4. Versäumnis, fällige Beträge zu vereinnahmen.

§ 2 - Die Zahlstellenverwalter sind nach Maßgabe des Dienstrechts und nach den im Dienstrecht vorgesehenen Verfahren disziplinarrechtlich verantwortlich. Sie sind zu Schadenersatz verpflichtet, wenn grobe Fahrlässigkeit, ein schwerwiegender Fehler oder wiederholte leichte Verfehlungen vorliegen. Sie können insbesondere für folgende Verfehlungen haftbar gemacht werden:

1. Verlust beziehungsweise Beschädigung ihnen anvertrauter Barmittel, Werte und Dokumente;
2. Leistung von Zahlungen ohne Vorliegen ordnungsmäßiger Belege;
3. Zahlungen an andere Personen als die Empfangsberechtigten;
4. Versäumnis, fällige Beträge zu vereinnahmen.

§ 3 - Die Rechnungspflichtigen und gegebenenfalls die Mitarbeiter, denen in Anwendung von Artikel 25 Paragraph 5 gewisse Aufgaben übertragen wurden, sowie die Zahlstellenverwalter unterliegen der Gerichtsbarkeit des Rechnungshofes.

KAPITEL IV — *Allgemeine Buchhaltung*

Art. 31 - Buchführung

In Anwendung von Artikel 5 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen führen die Einrichtungen eine allgemeine Buchhaltung. Die allgemeine Buchhaltung umfasst eine Finanzbuchhaltung und eine Kosten- und Leistungsrechnung.

Art. 32 - Finanzbuchhaltung

§ 1 - In Anwendung von Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen basiert die Finanzbuchhaltung auf dem Prinzip der doppelten Buchhaltung und liefert ein getreues Bild der finanziellen und vermögensrechtlichen Situation sowie des Ergebnisses der Einrichtung. Zu diesem Zweck registriert sie das Vermögen, die Rechte, die Verbindlichkeiten und die Verpflichtungen der Einrichtung.

Die Regierung legt die Buchführungsregeln und -methoden sowie den einheitlichen Kontenplan fest, der von allen Einrichtungen anzuwenden ist. Der Kontenplan ist in Bilanzklassen unterteilt.

§ 2 - In Anwendung von Artikel 6 Absatz 3 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen läuft das Rechnungsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember desselben Jahres.

§ 3 - In Anwendung von Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen wird jede Verrichtung auf Grundlage eines datierten Beweisstückes unmittelbar in die Bücher und Konten der allgemeinen Buchhaltung eingetragen, getreu, vollständig und chronologisch geordnet. Sie wird dem Rechnungsjahr zugeordnet, in dem die Rechte festgestellt werden. Die Eintragung in die allgemeine Buchhaltung erfolgt zeitgleich mit der unter Artikel 14 angeführten Haushaltsbuchhaltung.

§ 4 - Die Bücher und die Kontenführung gewährleisten die Kontinuität sowie die Rechtmäßigkeit und die Unwiderruflichkeit der Eintragungen.

Alle Beweisbelege werden methodisch klassiert und aufbewahrt. Die Regierung legt die Modalitäten und die Fristen der Aufbewahrung der Bücher und der Belege fest.

Der für die Aufbewahrung der Bücher und der Beweisstücke verwendete Datenträger muss die Unwiderruflichkeit sowie die Zugänglichkeit der Daten während der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist sicherstellen.

§ 5 - Die Regierung legt fest, auf welchen elektronischen Datenverarbeitungssystemen die Buchhaltung der Einrichtungen erfolgt.

Art. 33 - Nachverfolgung der Kassenbewegungen

Die allgemeine Buchhaltung erlaubt eine ständige Nachverfolgung der Kassenbewegungen und die Erstellung von periodischen Kassenlagen.

Art. 34 - Kosten- und Leistungsrechnung

Die allgemeine Buchhaltung beinhaltet eine Kosten- und Leistungsrechnung, die es erlaubt, alle zur Geschäftsführung zweckdienlichen Informationen zu liefern, insbesondere die Kosten der Dienstleistungen zu ermitteln.

Art. 35 - Inventar

Jedes Jahr wird zum 31. Dezember ein vollständiges Inventar aller Bestandteile des Vermögens der Einrichtung erstellt. Es beinhaltet alle Besitztümer und Rechte aller Art sowie die Schulden und Verpflichtungen aller Art. Dieses Inventar ist auf dieselbe Weise wie die Bilanzklassen des unter Artikel 32 Paragraph 1 aufgeführten Kontenplans geordnet.

Art. 36 - Zuordnung zum Rechnungsjahr

Die Rechte können nur dann einem Rechnungsjahr zugeordnet werden, wenn sie im Laufe dieses Jahres festgestellt wurden. Allerdings werden die am 31. Dezember festgestellten Rechte, die nicht vor dem 1. März des darauf folgenden Jahres gebucht werden, einem nachfolgenden Jahr zugeordnet.

Art. 37 - Löschung

Die zugunsten der Einrichtung festgestellten Rechte erlöschen durch ihre Begleichung, ihre Annullierung oder ihre Verjährung.

KAPITEL V — *Rechnungslegung*

Art. 38 - Rechnungslegung

In Anwendung von Artikel 9 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen und unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 25 Paragraph 6 und des Artikels 26 Absatz 2 erstellt die Regierung jedes Jahr unter ihrer Verantwortung die Rechnungslegung der Gesamtheit der Einrichtungen.

Die Rechnungslegung umfasst:

1. den Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres mit einem verfügenden Teil, den Haushaltsausführungsrechnungen gemäß Artikel 16 und den Jahresabschlüssen aller Einrichtungen sowie der konsolidierten Haushaltsausführungsrechnung und dem konsolidierten Jahresabschluss, die die Daten in verdichteter Form darstellen;

2. die Erläuterungen.

Die in Absatz 2 erwähnten Jahresabschlüsse umfassen für jede Einrichtung:

1. die Bilanz zum 31. Dezember;
2. die auf Basis der Lasten und Erträge erstellte Ergebnisrechnung;
3. eine Analyse der Bilanz, aus der hervorgeht, dass alle festgestellten Rechte und eingegangenen Verpflichtungen gebucht worden sind und dass die Saldi der Kontenbewegungen sich im Umlaufvermögen der Bilanz widerspiegeln;
4. eine zusammenfassende Rechnung der Haushaltsverrichtungen des Jahres in Einnahmen und Ausgaben.

Art. 39. Grundsätze der Rechnungslegung

§ 1 - Die Rechnungen müssen hinsichtlich folgender Elemente regelgemäß, wahrheitsgetreu und vollständig sein und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermitteln:

1. in den Haushaltsausführungsrechnungen: hinsichtlich der Elemente der Ausführung des Haushaltsplans in Einnahmen und Ausgaben;
2. in den Jahresabschlüssen: hinsichtlich der Aktiva, der Passiva, des Aufwands und des Ertrags, der nicht bei den Aktiva und Passiva erfassten Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der Zahlungsströme.

§ 2 - Die Jahresabschlüsse werden nach folgenden Grundsätzen erstellt:

1. Kontinuität der Tätigkeiten;
2. Vorsichtsprinzip;
3. Stetigkeit der Rechnungsführungsmethoden;
4. Vergleichbarkeit der Daten;
5. relative Wesentlichkeit;
6. Bruttoprinzip;
7. Vorrang der Wirklichkeit gegenüber dem äußeren Anschein;
8. Periodenrechnung.

Art. 40. Übermittlung an den Rechnungshof

Der Entwurf der Rechnungslegung wird dem Rechnungshof vor dem 30. Juni des Jahres, das auf das Haushaltsjahr folgt, übermittelt.

Art. 41 - Zertifizierung

Im Laufe des Monats Oktober, der auf das Ende des Haushaltsjahres folgt, übermittelt der Rechnungshof dem Parlament, der Regierung und der betroffenen Einrichtung seine Bemerkungen zur Rechnungslegung und die unter Artikel 46 beschriebene Zertifizierung der Konten.

Art. 42 - Hinterlegung im Parlament

Spätestens am 31. Oktober des Jahres, das auf das Ende des Haushaltsjahres folgt, hinterlegt die Regierung die Rechnungslegung im Parlament.

Art. 43 - Endgültige Abrechnung

Das Dekret zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsjahres wird spätestens am 31. Dezember des Jahres, das auf das Haushaltsjahr folgt, verabschiedet. Damit ist das Rechnungsjahr endgültig abgeschlossen.

KAPITEL VI — *Aufsichts- und Kontrollbestimmungen*

Art. 44 - Interne Kontrolle

§ 1 - Das System der internen Kontrolle zielt darauf ab, eine möglichst große Sicherheit und Risikobeherrschung zu erreichen hinsichtlich:

1. der Übereinstimmung der Entscheidungen mit geltenden Bestimmungen und Verträgen;
2. der Vorbeugung und der Feststellung von Fehlern und Übertretungen;
3. der Verwirklichung der auferlegten Zielsetzungen;
4. der Verlässlichkeit und der Vollständigkeit der Buchungsangaben;
5. der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit der Verrichtungen;
6. der Besitztumswahrung.

Die Regierung legt die Mindestvorschriften für die interne Kontrolle fest.

§ 2 - Der Anweisungsbefugte führt entsprechend den von der Regierung festgelegten Mindestvorschriften und unter Beachtung der Risiken, die mit dem Verwaltungsumfeld und der Art der finanzierten Maßnahmen verbunden sind, die Organisationsstruktur sowie die internen Verwaltungs- und Kontrollsysteme und -verfahren ein, die für die Ausführung seiner Aufgaben geeignet sind, gegebenenfalls einschließlich Ex-post-Überprüfungen. Die operativen und finanziellen Aspekte jedes Vorgangs werden vor seiner Genehmigung von anderen Bediensteten geprüft als dem Bediensteten, der den Vorgang eingeleitet hat. Ex-ante- und Ex-post-Überprüfung sowie die Einleitung von Vorgängen sind zwei getrennte Funktionen.

§ 3 - Die für die Kontrolle der Abwicklung von Finanzvorgängen Verantwortlichen müssen über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen. Sie halten sich an spezielle Standesregeln, die von der Regierung festgelegt werden.

§ 4 - Ist ein mit der finanziellen Abwicklung oder der Kontrolle von Vorgängen betrauter Bediensteter der Ansicht, dass eine Entscheidung, der er auf Anweisung seines Dienstvorgesetzten Folge leisten oder zustimmen soll, eine Unregelmäßigkeit aufweist oder gegen den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung oder gegen die von ihm einzuhaltenden Berufsregeln verstößt, unterrichtet er schriftlich den bevollmächtigten Anweisungsbefugten und, falls dieser nicht innerhalb einer von der Regierung festgelegten Frist tätig wird, den Anweisungsbefugten. Wird dieser nicht innerhalb einer von der Regierung festgelegten Frist tätig, unterrichtet er schriftlich den Rechnungshof. Falls es sich um eine rechtswidrige Tätigkeit, um Betrug und Korruption zum Nachteil der Interessen der Gemeinschaft handeln könnte, unterrichtet er die in den geltenden Rechtsvorschriften bezeichneten Behörden und Stellen.

Art. 45 - Internes Audit

Die Einrichtung richtet einen internen Auditdienst ein, dessen Aufgabe es ist, die Funktionsweise der Haushaltsausführung und der Buchführung der Einrichtung sowie ihres Systems der internen Kontrolle zu überwachen. Sie sorgt für die notwendige Unabhängigkeit des Auditdienstes und legt seine Arbeitsweise fest. Der Auditdienst übt eine überwachende und eine beratende Funktion aus. Ein Auditdienst kann für mehrere oder alle Einrichtungen tätig sein.

Die Arbeitspläne des Auditdienstes, seine Feststellungen und seine Empfehlungen sowie die angewandten Verfahren werden umgehend sowohl dem Anweisungsbefugten als auch den anderen Kontrollinstanzen mitgeteilt.

Art. 46 - Externe Kontrolle durch den Rechnungshof

In Anwendung von Artikel 10 Paragraph 1 des Gesetzes über die allgemeinen Bestimmungen übt der Rechnungshof die Kontrolle der Haushaltsbuchhaltung und der allgemeinen Buchhaltung der Einrichtungen aus.

Ein Kontrollbericht beschreibt die Modalitäten dieser Kontrolle und schließt mit der Zertifizierung der Konten. Diese Zertifizierung beinhaltet die abschließenden Feststellungen des Rechnungshofes bezüglich:

1. der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Dekretes und seiner Ausführungserlasse hinsichtlich der Kontenführung und der Aufstellung der Rechnungslegung;
2. der Rechtmäßigkeit, der Wahrhaftigkeit und der Zuverlässigkeit der Rechnungslegung, was das Vermögen, die Finanzsituation und das Ergebnis der Einrichtung betrifft;
3. der ordnungsgemäßen Funktionsweise des Buchführungssystems und der Einhaltung der vorgesehenen Abläufe innerhalb der Buchführungsdienste;
4. der Gesetzmäßigkeit und der Regelmäßigkeit der getätigten Verrichtungen.

Art. 47 - Zugang zur Buchhaltung

Zur Durchführung seiner Aufgaben verfügt der Rechnungshof über einen unmittelbaren Zugang zur Haushaltsbuchhaltung und zur allgemeinen Buchhaltung der Einrichtungen. Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.

*KAPITEL VII — Eintreibung der festgestellten forderungen***Art. 48 - Beanstandung festgestellter Forderungen**

Wenn die gemäß Artikel 24 festgestellten Forderungen durch die Schuldner beanstandet werden, informiert der zuständige Rechnungspflichtige den Anweisungsbefugten. Dieser befindet über die Beanstandung. In der Zwischenzeit setzt der Rechnungspflichtige die Eintreibung der festgestellten Forderung aus.

Die beanstandeten Forderungen werden durch den Anweisungsbefugten teilweise oder vollständig annulliert oder bestätigt. Seine Entscheidungen werden dem Rechnungspflichtigen mitgeteilt, der gegebenenfalls die notwendigen Eintragungen in der allgemeinen Buchhaltung und in der Haushaltsbuchhaltung vornimmt.

Art. 49 - Zahlungserleichterungen

Der Rechnungspflichtige kann unter den durch die Regierung geschaffenen Rahmenbedingungen Zahlungsaufschübe oder Zahlungserleichterungen gewähren für Schuldner, die nachweislich in finanziellen Schwierigkeiten sind.

Art. 50 - Gerichtsweg

Die am Fälligkeitstag nicht entrichteten festgestellten Forderungen können durch den Rechnungspflichtigen protokolliert und durch den Anweisungsbefugten auf dem Gerichtsweg eingeklagt werden.

Art. 51 - Nicht eintreibbare Forderungen

§ 1 - Festgestellte Forderungen werden durch den Anweisungsbefugten als ganz oder teilweise nicht eintreibbar erklärt, wenn:

1. sie aufgrund der gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen verjährt sind;
2. die geschätzten Eintreibungskosten höher sind als der Betrag der festgestellten Forderung;
3. die Insolvenz der Schuldner durch Gerichtsvollzieher oder Steuerbehörden bescheinigt wird;
4. sie auf im Konkurs oder in der Auflösung befindliche Gesellschaften ausgestellt sind und der Konkursverwalter die Nichteintreibbarkeit der Forderung bescheinigt.

In diesen Fällen verbucht der Rechnungspflichtige eine entsprechende Wertminderung in der allgemeinen Buchhaltung und gegebenenfalls in der Haushaltsbuchhaltung.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 23 § 2 erfolgt die in Paragraph 1 erwähnte Erklärung der Nichteintreibbarkeit durch den Anweisungsbefugten selbst, ohne Möglichkeit einer Übertragung dieser Befugnis an einen bevollmächtigten oder nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten.

§ 3 - Jede Einzahlung, die nach der in Paragraph 1 erwähnten Erklärung der Nichteintreibbarkeit erfolgt, wird in der allgemeinen Buchhaltung und in der Haushaltsbuchhaltung als eine unmittelbare Einnahme gebucht.

*KAPITEL VIII — Vermögensveräußerungen***Art. 52 - Veräußerungen**

Unter Vorbehalt anders lautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen können die beweglichen und unbeweglichen Vermögensgüter der Einrichtungen, die nicht mehr verwendet werden können, aber einen Handelswert aufweisen, veräußert werden.

Art. 53 - Abgeschriebene Vermögenswerte

Die Vermögensgüter, die in der allgemeinen Buchhaltung vollständig abgeschrieben und noch in Gebrauch sind, werden im Inventar ohne Wert aufgeführt.

TITEL II — BESONDERE BESTIMMUNGENKAPITEL I — *Dienste der Hauptverwaltung***Art. 54 - Anwendungsbereich**

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nur auf die Dienste der Hauptverwaltung anwendbar.

Art. 55 - Haushaltsdekret

Der Haushalt der Dienste der Hauptverwaltung wird durch das Haushaltsdekret festgestellt.

Art. 56 - Haushaltsfonds

§ 1 - In Anwendung von Artikel 6 Absatz 2 kann ein Dekret Haushaltsfonds schaffen, indem es bestimmten Ausgaben zweckgebundene Einnahmen zuweist. Die entsprechenden Ausgabe- und Verpflichtungsermächtigungen werden in diesem Fall als variable Kredite bezeichnet.

§ 2 - In Abweichung von Artikel 13 können in einem Haushaltsfonds die genehmigten Mittel überschritten und Mittel gebunden sowie Ausgaben getätigt werden in Höhe der jährlichen Einnahmen zuzüglich der gemäß Paragraf 5 am Ende des Vorjahres übertragenen Saldi der Verpflichtungs- beziehungsweise Ausgabeermächtigungen.

§ 3 - Den Haushaltsfonds werden keine Mittel aus dem Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan zugewiesen.

§ 4 - In Abweichung von Artikel 5 werden am Ende eines Haushaltsjahres die verfügbaren Einnahmen eines Haushaltsfonds auf das kommende Haushaltsjahr übertragen.

Ab Beginn eines Haushaltsjahres kann der verfügbare Saldo, zu dessen Lasten keine Mittel gebunden wurden, für neue Verpflichtungen im Anwendungsbereich des Fonds verwendet werden.

Ab Beginn eines Haushaltsjahres kann der verfügbare Saldo, zu dessen Lasten keine Ausgaben festgestellt wurden, für neue Ausgaben im Anwendungsbereich des Fonds verwendet werden.

§ 5 - In Ergänzung zu Artikel 16 legt die Haushaltsausführungsrechnung der Dienste der Hauptverwaltung die Saldi der auf das nächste Haushaltsjahr zu übertragenden Verpflichtungs- und Auszahlungsmittel der variablen Kredite fest.

Art. 57 - Haushaltsgliederung

§ 1 - Der Haushalt umfasst:

1. das Haushaltsdekret mit einem verfügbaren Teil, dem Haushaltsplan der Einnahmen und dem Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan;
2. die Allgemeine Rechtfertigungserklärung mit den Erläuterungen zu den Haushaltsplänen der Einnahmen und Ausgaben, dem administrativen Ausgabenhaushaltsplan, der Liste der Haushaltsfonds, der Liste der mehrjährigen Verpflichtungen und der Liste der Bürgschaften.

§ 2 - Der verfügbare Teil des Haushaltsdekrets enthält die für das Haushaltsjahr mit den Einnahmen und Ausgaben verbundenen Bestimmungen, einschließlich der Ermächtigung für die Regierung, Anleihen innerhalb festgelegter Grenzen und Bestimmungen aufzunehmen.

Für jeden Zuschuss, der nicht auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, enthält das Haushaltsdekret eine Bestimmung, die die Art des Zuschusses verdeutlicht. Diese Zuschüsse können zu den von der Regierung festgelegten Bedingungen gewährt werden.

§ 3 - Der Haushaltsplan der Einnahmen listet die geschätzten Einnahmen nach ihrem Entstehungsgrund gemäß der wirtschaftlichen Klassifizierung auf. Er unterscheidet zwischen allgemeinen und zweckgebundenen Einnahmen. Die geschätzten Beträge begrenzen nicht die festzustellenden Rechte.

Einziges Gliederungsebene des Haushaltsplanes der Einnahmen ist der Einnahmenartikel. Jeder Einnahmenartikel wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

§ 4 - Der Allgemeine Ausgabenhaushaltsplan listet die voraussichtlich benötigten Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen auf.

Erste Gliederungsebene des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplanes ist der Organisationsbereich. Er umfasst die Mittel für die gesamten Tätigkeiten eines bestimmten Aufgabenbereiches der Dienste der Hauptverwaltung.

Zweite Gliederungsebene des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplanes ist das Programm. Pro Organisationsbereich gibt es ein oder mehrere Verwaltungs- und Tätigkeitsprogramme. Die Verwaltungsprogramme enthalten die zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Organisationsbereiches nötigen Personal-, Betriebs- und Investitionsmittel. Die Tätigkeitsprogramme enthalten die spezifischen Mittel zur Erfüllung der einzelnen Zielsetzungen des Organisationsbereiches.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und genehmigt. Die Ausgabeermächtigungen werden für den gesamten Haushaltsplan vorgesehen und genehmigt.

Die variablen Kredite umfassen Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen. Sie werden in der Haushaltsgliederung im entsprechenden Programm aufgeführt. Sie werden nicht mit den Mitteln des Programms fusioniert.

§ 5 - Die Allgemeine Rechtfertigungserklärung umfasst die Erläuterungen zum Haushalt. Ihr sind zwingend beizufügen:

1. der administrative Haushaltsplan als dritte Gliederungsebene des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplanes. Jedes Programm ist in eine oder mehrere Zuweisungen unterteilt mit Mitteln für bestimmte Tätigkeiten. Jede Zuweisung wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert;

2. eine Liste der Haushaltsfonds mit folgenden Angaben : der vom Vorjahr übertragene Saldo der Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen, die Schätzung der Einnahmen des Haushaltsjahres, die Schätzung der zur Verfügung stehenden Mittel, die Schätzung der während des Haushaltsjahres verwendeten Mittel sowie den auf das kommende Haushaltsjahr zu übertragenden Endsaldo der Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen;

3. eine mehrjährige Simulation der Einnahmen und Ausgaben;

4. eine Liste der mehrjährigen Verpflichtungen der Gemeinschaft gemäß Artikel 58 Paragraf 2;

5. eine Liste der Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen der Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 58 Paragraph 3;
6. eine Liste der Forderungen, die gemäß Artikel 51 als nicht eintreibbar erklärt wurden;
7. die von der Regierung genehmigten Haushalte der Dienste mit getrennter Geschäftsführung und der Einrichtungen öffentlichen Interesses mit den Erläuterungen.

Art. 58 - Anleihen, mehrjährige Verpflichtungen und Bürgschaften

§ 1 - Das Haushaltsdekret bestimmt, bis zu welcher Höhe die Regierung Anleihen zur Deckung von Investitionsausgaben aufnehmen darf.

§ 2 - Außer im Fall von wiederkehrenden Verpflichtungen gemäß Artikel 13 sind Maßnahmen, die die Gemeinschaft über die Haushaltsermächtigung hinaus zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichten können, nur dann zulässig, wenn das Haushaltsdekret in seinem verfügenden Teil dazu ermächtigt.

§ 3 - Die Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, die zu Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren führen können, bedarf einer Ermächtigung durch das Haushaltsdekret, die den Höchstbetrag festlegt.

§ 4 - Der Haushaltsminister ist ermächtigt:

1. die im allgemeinen Interesse der Führung des Schatzamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft erforderlichen Finanzgeschäfte abzuschließen, einschließlich der Aufnahme von kurzfristigen Anleihen, deren Laufzeit geringer als ein Jahr sein muss;
2. die Bedingungen der Rückzahlung der durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien oder im Ausland getätigten Anleihen im Einvernehmen mit dem Geldgeber anzupassen oder Verwaltungsverträge in diesem Bereich abzuschließen;
3. die Reserven der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die etwaigen, die Ausgaben übersteigenden Tageseinnahmen des Schatzamtes und die Erträge der Anleihen unter Ausnutzung der auf dem Kapitalmarkt angebotenen Möglichkeiten zur Kapitalanlage im Interesse des Schatzamtes zu verwalten.

Art. 59 - Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen

Die Regierung legt die Richtlinien und die Arbeitsweise für die Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen fest.

Die Regierung stellt den Haushaltsentwurf auf und hinterlegt ihn spätestens bis zum 31. Oktober des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, im Parlament. Gleichzeitig mit der Hinterlegung im Parlament übermittelt die Regierung den Haushaltsentwurf dem Rechnungshof.

Spätestens am 31. Dezember desselben Jahres wird der Haushalt durch das Parlament verabschiedet.

Jedes Jahr findet im Laufe des ersten Quartals eine Haushaltskontrolle hinsichtlich einer eventuellen Anpassung des Haushaltes statt. Weitere Haushaltskontrollen und Haushaltsanpassungen sind zu jedem Zeitpunkt möglich.

Die Anpassung des Haushalts erfolgt in der gleichen Art und Weise wie die Aufstellung des Haushalts und unter Beachtung der Haushaltsgliederung gemäß Artikel 57. Die verschiedenen Tabellen des Haushaltsplans der Einnahmen, des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplanes und des administrativen Ausgabenhaushaltsplans werden aktualisiert, wobei der Vergleich der ursprünglichen und der angepassten Mittel aufgezeigt wird.

Die Regierung hinterlegt die Dekretentwürfe zur Anpassung des Haushaltes zusammen mit den Rechtfertigungsdokumenten im Parlament.

Erfolgt die Anpassung im Rahmen der unter Absatz 3 erwähnten Haushaltskontrolle, werden die Entwürfe spätestens am 30. April des laufenden Haushaltsjahres hinterlegt. Diese Anpassungen werden spätestens am 30. Juni des laufenden Haushaltsjahres durch das Parlament verabschiedet.

Art. 60 - Provisorische Haushaltsmittel

Falls ersichtlich wird, dass der Haushalt nicht vor dem 31. Dezember des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, verabschiedet werden kann, stellt das Dekret den Haushaltsplan der Einnahmen fest und stellt die provisorischen Haushaltsmittel bereit, die zum Betrieb der Dienststellen erforderlich sind und die auf den Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan des betreffenden Haushaltsjahres angerechnet werden.

Falls nötig werden Dekretentwürfe zur Bereitstellung zusätzlicher vorläufiger Haushaltsmittel, die auf den Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan des betreffenden Haushaltsjahres angerechnet werden, im Parlament hinterlegt.

Art. 61 - Dauer der provisorischen Haushaltsmittel

In dem Dekret zur Bereitstellung provisorischer Haushaltsmittel wird angegeben, auf welchen Zeitraum sich diese Mittel beziehen.

Der Zeitraum darf nicht mehr als vier Monate betragen, außer wenn geltende Bestimmungen oder Verträge verlangen, dass diese Mittel für einen längeren Zeitraum bereitgestellt werden.

Art. 62 - Berechnung der provisorischen Haushaltsmittel

Die provisorischen Haushaltsmittel werden auf der Grundlage der Haushaltsmittel des letzten verabschiedeten Ausgabenhaushaltsplans berechnet.

Provisorische Haushaltsmittel werden nicht für neuartige Ausgaben verwendet.

Soweit besondere Bestimmungen in den Dekreten zur Bereitstellung provisorischer Haushaltsmittel nichts anderes vorschreiben, liegen die Ausgaben pro Programm beim Ausgabenhaushaltsplan beziehungsweise pro Zuweisung beim administrativen Ausgabenhaushaltsplan nicht höher als die Beträge des zuletzt genehmigten Ausgabenhaushaltsplans, und zwar im Verhältnis zum Zeitraum, auf den sich diese provisorischen Haushaltsmittel beziehen.

Art. 63 - Kasseneinheit

Alle Geldeingänge in die Kassen der Hauptverwaltung erfolgen zentral auf die Konten des Schatzamtes.

Art. 64 - Erstattungen

In Abweichung von Artikel 10 können die Rechnungspflichtigen unmittelbar über die Einnahmen verfügen, um unrechtmäßig vereinnahmte Beträge und die damit verbundenen Verzugszinsen gemäß den geltenden Bestimmungen zu erstatten.

Art. 65 - Dringlichkeit

§ 1 - In Dringlichkeitsfällen infolge außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer Umstände und bei fehlenden oder unzureichenden Verpflichtungsermächtigungen oder Ausgabeermächtigungen kann die Regierung durch einen mit Gründen versehenen Beschluss erlauben, dass Haushaltsmittel gebunden, Verbindlichkeiten als zahlbar festgestellt, Auszahlungsanordnungen erteilt und Ausgaben getätigt werden, die über den Rahmen der eingesetzten Haushaltsmittel hinausgehen oder die, falls keine Haushaltsmittel eingesetzt sind, dem per Beschluss festgelegten Betrag entsprechen.

Gegenstand des Beschlusses der Regierung kann die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung ohne Änderung der Ausgabeermächtigung, die Erhöhung der Ausgabeermächtigung ohne Änderung der Verpflichtungsermächtigung oder die Abänderung einer im verfügenden Teil des Haushaltsdekretes erteilten Ermächtigung sein.

Der Wortlaut der Beschlüsse wird dem Parlament und dem Rechnungshof unverzüglich mitgeteilt. Der Rechnungshof lässt dem Parlament seine Anmerkungen zukommen.

§ 2 - Für die unter Paragraph 1 erwähnten Ermächtigungen wird im Laufe des Monats, der dem Beschluss folgt, ein entsprechender Entwurf eines Anpassungshaushaltes im Parlament hinterlegt, der die erforderlichen Haushaltsmittel bereitstellt.

Art. 66 - Information des Parlamentes

Die Regierung übermittelt dem Parlament vierteljährlich eine Übersicht der Ausführung der Haushalte.

Art. 67 - Eröffnung zusätzlicher Haushaltsmittel

Wenn sich nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der unter Artikel 68 aufgeführten Neuverteilung herausstellt, dass eine Ausgabeermächtigung ungenügend ist, um eine Ausgabe zu tätigen, die alle Bedingungen einer festgestellten Ausgabe erfüllt, eröffnet die Regierung die entsprechenden Haushaltsmittel durch einen mit Gründen versehenen Beschluss gemäß den in Artikel 65 vorgesehenen Modalitäten.

Art. 68 - Neuverteilung der Zuweisungen

Im Laufe des Haushaltsjahres kann die Regierung die Verteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des administrativen Ausgabenhaushaltsplans anpassen. Bei jeder Neuverteilung werden die Mittelerminderungen vollständig durch Mittelerhöhungen ausgeglichen.

Auf Ebene der Verpflichtungsermächtigungen können die Mittel eines Programms neu auf die Zuweisungen desselben Programms verteilt werden.

Auf Ebene der Ausgabeermächtigungen können die Mittel des Haushaltes neu auf die Zuweisungen des Haushaltes verteilt werden.

Weder die Verpflichtungs- noch die Ausgabeermächtigungen variabler Kredite können neu verteilt werden.

Nimmt die Regierung eine Neuverteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des administrativen Ausgabenhaushaltsplans vor, informiert sie das Parlament.

Art. 69 - Anweisungsbefugter

Die Regierung übt die Funktion des Anweisungsbefugten aus. Sie legt fest, wie diese Befugnis unter die Mitglieder der Regierung verteilt wird.

Die Regierung kann diese Befugnis an bevollmächtigte Anweisungsbefugte übertragen. Die Übertragung kann die Möglichkeit einer weiteren Übertragung an nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte vorsehen.

Art. 70 - Anpassungs- und Korrekturbuchungen

Der Rechnungspflichtige kann Anpassungsbuchungen vornehmen bis zur Übermittlung der allgemeinen Rechnungslegung an den Rechnungshof innerhalb der unter Artikel 40 vorgesehenen Fristen. Diese Anpassungen beziehen sich nur auf wichtige Ereignisse, die sich im Laufe des betreffenden Rechnungsjahres ergeben haben und die unvorhersehbar oder deren Auswirkung zum Zeitpunkt der Kontenabschlüsse nicht bekannt waren.

Korrekturbuchungen infolge der Kontroll- und Zertifizierungsarbeiten des Rechnungshofes, wie sie unter Artikel 46 vorgesehen sind, können noch so lange durch den Rechnungspflichtigen vorgenommen werden, bis der Rechnungshof den Kontrollbericht zur allgemeinen Rechnungslegung in Anwendung von Artikel 41 dem Parlament übermittelt hat.

Art. 71 - Haushaltskontrolle

Die Regierung organisiert die Verwaltungs- und Haushaltskontrolle. Sie wird dabei durch die bei ihr akkreditierten Finanzinspektoren unterstützt, die unter ihrer Aufsicht arbeiten.

Art. 72 - Analyse der Haushaltsentwürfe

Im Rahmen der Kontrolle der Gesetzmäßigkeit und der Rechtmäßigkeit der Ausgaben und der Einnahmen analysiert der Rechnungshof die Haushaltsentwürfe der Regierung und übermittelt dem Parlament seine Anmerkungen.

KAPITEL II — Dienste mit getrennter Geschäftsführung**Art. 73 - Anwendungsbereich**

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nur auf die in Artikel 74 definierten Dienste mit getrennter Geschäftsführung anwendbar.

Art. 74 - Definition

Die Dienststellen der Gemeinschaft, deren Geschäftsführung aufgrund eines Gesetzes oder eines Dekretes von der Geschäftsführung der Dienste der Hauptverwaltung getrennt ist, werden als Dienste mit getrennter Geschäftsführung bezeichnet.

Der Dienst mit getrennter Geschäftsführung untersteht der hierarchischen Aufsicht des zuständigen Ministers.

Art. 75 - Haushaltsfeststellung

Der Haushalt eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung wird durch den zuständigen Minister festgestellt und durch die Regierung genehmigt.

Falls eine Einnahmendotation des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung vorgesehen ist, wird diese Dotation in dem in Artikel 57 Paragraph 4 erwähnten Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan als Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigung der Dienste der Hauptverwaltung aufgeführt und als solche vom Parlament genehmigt.

In jedem Fall wird die maximale Höhe der Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung durch das in Artikel 55 erwähnte Haushaltsdekret des Parlamentes genehmigt. Das Parlament kann dieses Maximum von der Entwicklung der Eigeneinnahmen des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung abhängig machen.

Der von der Regierung genehmigte Haushalt wird dem Parlament als Teil der in Artikel 57 Paragraph 5 erwähnten Allgemeinen Rechtfertigungserklärung übermittelt.

Art. 76 - Haushaltsgliederung

§ 1 - Der Haushalt eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung umfasst den Haushaltsplan der Einnahmen, den Ausgabenhaushaltsplan und die Erläuterungen zum Haushalt.

§ 2 - Der Haushaltsplan der Einnahmen listet die geschätzten Einnahmen nach ihrem Entstehungsgrund gemäß der wirtschaftlichen Klassifizierung auf. Die geschätzten Beträge begrenzen nicht die festzustellenden Rechte.

Einziges Gliederungsebene des Haushaltsplanes der Einnahmen ist der Einnahmenartikel. Jeder Einnahmenartikel wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

§ 3 - Der Ausgabenhaushaltsplan listet die voraussichtlich benötigten Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen auf.

Erste Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplanes ist der Organisationsbereich. Er umfasst die Mittel für die gesamten Tätigkeiten eines bestimmten Aufgabenbereiches des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung.

Zweite Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplanes ist das Programm. Pro Organisationsbereich gibt es ein oder mehrere Verwaltungs- und Tätigkeitsprogramme. Die Verwaltungsprogramme enthalten die zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Organisationsbereiches nötigen Personal-, Betriebs- und Investitionsmittel. Die Tätigkeitsprogramme enthalten die spezifischen Mittel zur Erfüllung der einzelnen Zielsetzungen des Organisationsbereiches.

Dritte Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplans ist die Zuweisung. Jede Zuweisung wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und genehmigt, die Ausgabeermächtigungen für den gesamten Haushalt.

§ 4 - Die Regierung kann festlegen, dass die Gliederung des Ausgabenhaushaltsplanes eines bestimmten Dienstes mit getrennter Geschäftsführung nur Programme und Zuweisungen oder nur Zuweisungen umfasst. Im letzten Fall werden die Verpflichtungsermächtigungen pro Zuweisung und die Ausgabeermächtigungen für den Haushalt vorgesehen und genehmigt.

Art. 77 - Anleihen und mehrjährige Verpflichtungen

§ 1 - Das in Artikel 55 erwähnte Haushaltsdekret bestimmt in seinem verfügbaren Teil, bis zu welcher Höhe der Dienst mit getrennter Geschäftsführung Anleihen zur Deckung von Investitionsausgaben aufnehmen darf.

§ 2 - Außer im Fall von wiederkehrenden Verpflichtungen gemäß Artikel 13 sind Maßnahmen, die den Dienst mit getrennter Geschäftsführung über die Haushaltsermächtigung hinaus zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichten können, nur dann zulässig, wenn das in Artikel 55 erwähnte Haushaltsdekret in seinem verfügbaren Teil dazu ermächtigt.

§ 3 - Nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung ist der Dienst mit getrennter Geschäftsführung befugt:

1. die im allgemeinen Interesse der Geschäftsführung des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung erforderlichen Finanzgeschäfte abzuschließen, einschließlich der Aufnahme von kurzfristigen Anleihen, deren Laufzeit geringer als ein Jahr sein muss;

2. die Bedingungen der Rückzahlung der durch den Dienst mit getrennter Geschäftsführung in Belgien oder im Ausland getätigten Anleihen im Einvernehmen mit dem Geldgeber anzupassen oder Verwaltungsverträge in diesem Bereich abzuschließen;

3. die Reserven des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung sowie die etwaigen, die Ausgaben übersteigenden Tageseinnahmen und die Erträge der Anleihen unter Ausnutzung der auf dem Kapitalmarkt angebotenen Möglichkeiten zur Kapitalanlage im Interesse des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung zu verwalten. In diesem Fall legt die Regierung vorab grundsätzlich die Art, den maximalen Umfang und die Höchstdauer der möglichen Kapitalanlagen fest.

Art. 78 - Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen

Die Regierung legt die Richtlinien und die Arbeitsweise für die Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen fest.

Der Haushaltsentwurf wird dem Haushaltsminister bis spätestens 30. September des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, übermittelt.

Jedes Jahr findet im Laufe des ersten Quartals eine Haushaltskontrolle hinsichtlich einer eventuellen Anpassung des Haushaltes statt. Weitere Haushaltskontrollen und Haushaltsanpassungen sind zu jedem Zeitpunkt möglich.

Die Anpassung des Haushalts erfolgt in der gleichen Art und Weise wie die Aufstellung des Haushalts und unter Beachtung der Haushaltsgliederung gemäß Artikel 76. Die verschiedenen Tabellen des Haushaltsplans der Einnahmen und des Ausgabenhaushaltsplans werden aktualisiert, wobei der Vergleich der ursprünglichen und der angepassten Mittel aufgezeigt wird.

Der zuständige Minister übermittelt den Entwurf zur Anpassung des Haushaltes zusammen mit den Erläuterungen dem Haushaltsminister. Die Haushaltsanpassung wird von der Regierung genehmigt und dem Parlament zur Information übermittelt.

Erfolgt die Anpassung im Rahmen der unter Absatz 3 erwähnten Haushaltskontrolle, werden die Entwürfe spätestens am 31. März des laufenden Haushaltsjahres übermittelt.

Art. 79 - Provisorische Haushaltsmittel

Falls der Haushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung nicht vor dem 31. Dezember des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, genehmigt wurde, können die Mittel des durch den zuständigen Ministers übermittelten Haushaltsentwurfs genutzt werden, außer für neuartige Ausgaben, die im Haushalt des Vorjahres nicht genehmigt waren.

Art. 80 - Information der Regierung

Der Dienst mit getrennter Geschäftsführung übermittelt dem zuständigen Minister und dem Haushaltsminister vierteljährlich eine Übersicht der Ausführung des Haushaltes.

Art. 81 - Neuverteilung der Zuweisungen

Im Laufe des Haushaltsjahres kann der zuständige Minister die Verteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans anpassen. Bei jeder Neuverteilung werden die Mittelenerhöhungen vollständig durch Mittelminderungen ausgeglichen.

Auf Ebene der Verpflichtungsermächtigungen können die Mittel eines Programms neu auf die Zuweisungen desselben Programms verteilt werden. Umfasst der Ausgabenhaushaltsplan nur eine Gliederungsebene, können die Verpflichtungsermächtigungen nicht neu verteilt werden.

Auf Ebene der Ausgabeermächtigungen können die Mittel des Haushaltes neu auf die Zuweisungen des Haushaltes verteilt werden.

Nimmt der zuständige Minister eine Neuverteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans vor, informiert er die Regierung.

Art. 82 - Anweisungsbefugter

Der zuständige Minister übt die Funktion des Anweisungsbefugten aus. Er kann diese Befugnis an bevollmächtigte Anweisungsbefugte übertragen. Die Übertragung kann die Möglichkeit einer weiteren Übertragung an nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte vorsehen.

Art. 83 - Anpassungs- und Korrekturbuchungen

Der Rechnungspflichtige kann Anpassungsbuchungen vornehmen bis zur Übermittlung der Haushaltsausführungsrechnung und des Jahresabschlusses innerhalb der unter Artikel 84 vorgesehenen Fristen. Diese Anpassungen beziehen sich nur auf wichtige Ereignisse, die sich im Laufe des betreffenden Rechnungsjahres ergeben haben und die unvorhersehbar oder deren Auswirkung zum Zeitpunkt der Kontenabschlüsse nicht bekannt waren.

Korrekturbuchungen infolge der Kontroll- und Zertifizierungsarbeiten des Rechnungshofes, wie sie unter Artikel 46 vorgesehen sind, können noch so lange durch den Rechnungspflichtigen vorgenommen werden, bis der Rechnungshof den Kontrollbericht zur allgemeinen Rechnungslegung in Anwendung von Artikel 41 dem Parlament übermittelt hat.

Art. 84 - Haushaltsausführungsrechnung und Jahresabschluss

Bis zum 30. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt der Dienst mit getrennter Geschäftsführung dem zuständigen Minister und dem Haushaltsminister die Haushaltsausführungsrechnung gemäß Artikel 16 und den Jahresabschluss gemäß Artikel 38 mit den entsprechenden Erläuterungen sowie einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten während des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hat der Dienst mit getrennter Geschäftsführung einen Geschäftsführungsvertrag mit der Regierung abgeschlossen, enthält der Jahresbericht ebenfalls die Berichterstattung über den Stand der Ausführung dieses Geschäftsführungsvertrages.

Nach Genehmigung durch die Regierung übermittelt der Haushaltsminister die Haushaltsausführungsrechnung, den Jahresabschluss und den Jahresbericht dem Rechnungshof. Die Übermittlung erfolgt spätestens am 31. Mai des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt.

Art. 85 - Rücklage

In seiner Buchhaltung eröffnet der Dienst mit getrennter Geschäftsführung ein Konto, das für die Buchung einer aus der Verwendung des Ergebnisses resultierenden Rücklage bestimmt ist. Der Höchstbetrag der Rücklage wird durch Dekret festgesetzt. Der Dienst mit getrennter Geschäftsführung legt den Betrag der Rücklage jährlich im Rahmen der oben erwähnten Höchstgrenze fest. Der Beschluss zur Festlegung des Betrages wird der Regierung zur Billigung vorgelegt.

*KAPITEL III — Einrichtungen öffentlichen Interesses***Art. 86 - Anwendungsbereich**

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind nur auf die in Artikel 87 definierten Einrichtungen öffentlichen Interesses anwendbar.

Art. 87 - Definition

§ 1 - Die Einrichtung öffentlichen Interesses wird durch das Dekret geschaffen. Sie verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit.

Das Grundlagendekret zur Schaffung der Einrichtung öffentlichen Interesses legt die Aufgaben und die Funktionsweise der Einrichtung öffentlichen Interesses fest.

Die Einrichtung öffentlichen Interesses wird von einem Verwaltungsrat geleitet. Das Grundlagendekret legt die Zusammensetzung des Verwaltungsrates fest.

§ 2 - Folgende Einrichtungen sind Einrichtungen öffentlichen Interesses im Sinne von Paragraph 1:

1. das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung;
3. das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;
4. das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
5. die Autonome Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, sobald die Bestimmungen des vorliegenden Dekretes durch ein gemäß Artikel 24 Paragraph 2 der Verfassung verabschiedetes Dekret auf sie anwendbar gemacht wurden.

Art. 88 - Aufsicht

§ 1 - Die Einrichtung öffentlichen Interesses unterliegt der Aufsicht der zuständigen Minister und des Haushaltsministers. Die Aufsicht des Haushaltsministers betrifft alle Entscheidungen, die finanzielle oder haushaltsmäßige Auswirkungen haben.

Die Aufsicht erfolgt mittels eines oder mehrerer Regierungskommissare, die von der Regierung auf Vorschlag der zuständigen Minister und des Haushaltsministers bezeichnet werden.

Für jeden Regierungskommissar kann die Regierung einen Stellvertreter bezeichnen, der im Fall einer Verhinderung die Aufgaben des Regierungskommissars wahrnimmt.

§ 2 - Der Regierungskommissar nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil. Er besitzt weitestgehende Befugnisse zur Erfüllung seiner Aufgabe.

§ 3 - Jeder Regierungskommissar verfügt über eine Frist von vier vollen Tagen, um Einspruch zu erheben gegen jeden Beschluss, der seiner Meinung nach gegen geltende Bestimmungen oder das Gemeinwohl verstößt. Durch den Einspruch des Regierungskommissars wird die Ausführung des Beschlusses ausgesetzt. Der Regierungskommissar informiert den Verwaltungsrat der Einrichtung schriftlich über seinen Einspruch.

Die in Absatz 1 erwähnte Frist von vier vollen Tagen läuft ab dem Tag der Sitzung, auf der die Entscheidung getroffen wurde, sofern der Regierungskommissar zu dieser Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde, andernfalls ab dem Tag, an dem er von der Entscheidung Kenntnis genommen hat.

§ 4 - Der Regierungskommissar erhebt Einspruch bei dem Minister, auf dessen Vorschlag er bezeichnet worden ist.

Der Minister, bei dem Einspruch erhoben wird, verfügt über eine Frist von dreißig vollen Tagen ab dem in Paragraph 3 Absatz 2 erwähnten Zeitpunkt, um das Gutachten der anderen betroffenen Minister einzuholen und die Entscheidung aufzuheben. Er teilt dem Verwaltungsrat die Aufhebung der Entscheidung mit. Erfolgt keine Aufhebung innerhalb der vorerwähnten Frist, gilt die Entscheidung als definitiv.

§ 5 - Die Regierung legt den Betrag der Entschädigungen und Anwesenheitsgelder fest, die den Regierungskommissaren zulasten des Haushaltes der Einrichtung öffentlichen Interesses gewährt werden.

Art. 89 - Zwangsaufsicht

§ 1 - Wenn das Gemeinwohl oder geltende Bestimmungen es erfordern, kann ein Aufsichtsminister oder der Haushaltsminister den Verwaltungsrat der Einrichtung öffentlichen Interesses dazu anhalten, über bestimmte Beschlussvorlagen zu entscheiden oder bestimmte Fragen zu beantworten. Der Minister oder der Regierungskommissar, der auf seinen Vorschlag bezeichnet worden ist, teilt dem Verwaltungsrat mit, zu welchen Fragen der Verwaltungsrat der Einrichtung öffentlichen Interesses innerhalb welcher Frist eine Entscheidung treffen muss.

Hat der Verwaltungsrat der Einrichtung öffentlichen Interesses innerhalb der gewährten Frist keine Entscheidung getroffen oder kann der Minister sich der Entscheidung des Verwaltungsrates nicht anschließen, kann die Regierung per Erlass die Entscheidung anstelle des Verwaltungsrates treffen. Eine Kopie des entsprechenden Erlasses wird dem Parlament unmittelbar übermittelt.

§ 2 - Die Regierung kann einen Sonderkommissar bezeichnen, wenn die Einrichtung öffentlichen Interesses es versäumt, die verlangten Auskünfte oder Angaben zu erteilen oder die Maßnahmen durchzuführen, die durch geltende Bestimmungen oder durch einen rechtskräftigen gerichtlichen Beschluss vorgeschrieben sind. Der Sonderkommissar ist anstelle der säumigen Behörde dazu befugt, alle notwendigen Maßnahmen im Rahmen des Mandats zu treffen, das ihm per Ernennungserlass erteilt worden ist.

Bevor die Regierung einen Sonderkommissar entsendet:

1. übermittelt sie der Einrichtung öffentlichen Interesses per Einschreiben eine begründete Anmahnung, in der erläutert wird, was von ihr verlangt wird oder welche Maßnahmen sie zu treffen versäumt hat;

2. gewährt sie der Einrichtung öffentlichen Interesses in derselben Anmahnung eine bestimmte und angemessene Frist, um der an sie gerichteten Aufforderung nachzukommen, ihr Verhalten zu rechtfertigen, ihren Standpunkt zu bestätigen oder die vorgeschriebenen Maßnahmen zu treffen.

Art. 90 - Haushaltsfeststellung

Der Haushalt einer Einrichtung öffentlichen Interesses wird durch ihren Verwaltungsrat festgestellt und durch die Regierung genehmigt.

Gegebenenfalls wird die Einnahmendotation der Einrichtung öffentlichen Interesses in dem in Artikel 57 Paragraph 4 erwähnten Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan als Ausgabeermächtigung der Dienste der Hauptverwaltung aufgeführt und als solche vom Parlament genehmigt.

In jedem Fall wird die maximale Höhe der Gesamtsumme der Verpflichtungsermächtigungen der Einrichtung öffentlichen Interesses durch das in Artikel 55 erwähnte Haushaltsdekret des Parlamentes genehmigt. Das Parlament kann dieses Maximum von der Entwicklung der Eigeneinnahmen der Einrichtung öffentlichen Interesses abhängig machen.

Der von der Regierung genehmigte Haushalt wird dem Parlament als Teil der in Artikel 57 Paragraph 5 erwähnten Allgemeinen Rechtfertigungserklärung übermittelt.

Art. 91 - Haushaltsgliederung

§ 1 - Der Haushalt einer Einrichtung öffentlichen Interesses umfasst den Haushaltsplan der Einnahmen, den Ausgabenhaushaltsplan und die Erläuterungen zum Haushalt.

§ 2 - Der Haushaltsplan der Einnahmen listet die geschätzten Einnahmen nach ihrem Entstehungsgrund gemäß der wirtschaftlichen Klassifizierung auf. Die geschätzten Beträge begrenzen nicht die festzustellenden Rechte.

Einziges Gliederungsebene des Haushaltsplanes der Einnahmen ist der Einnahmenartikel. Jeder Einnahmenartikel wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

§ 3 - Der Ausgabenhaushaltsplan listet die voraussichtlich benötigten Verpflichtungs- und Ausgabeermächtigungen auf.

Erste Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplanes ist der Organisationsbereich. Er umfasst die Mittel für die gesamten Tätigkeiten eines bestimmten Aufgabenbereiches der Einrichtung öffentlichen Interesses.

Zweite Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplanes ist das Programm. Pro Organisationsbereich gibt es ein oder mehrere Verwaltungs- und Tätigkeitsprogramme. Die Verwaltungsprogramme enthalten die zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Organisationsbereiches nötigen Personal-, Betriebs- und Investitionsmittel. Die Tätigkeitsprogramme enthalten die spezifischen Mittel zur Erfüllung der einzelnen Zielsetzungen des Organisationsbereiches.

Dritte Gliederungsebene des Ausgabenhaushaltsplans ist die Zuweisung. Jede Zuweisung wird durch eine Umschreibung identifiziert und gemäß der wirtschaftlichen und der funktionellen Klassifizierung kodiert.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und genehmigt. Die Ausgabeermächtigungen werden pro Programm vorgesehen und für den gesamten Haushalt genehmigt.

§ 4 - Die Regierung kann festlegen, dass die Gliederung des Ausgabenhaushaltsplanes einer bestimmten Einrichtung öffentlichen Interesses nur Programme und Zuweisungen oder nur Zuweisungen umfasst. Im letzten Fall werden die Verpflichtungsermächtigungen pro Zuweisung und die Ausgabeermächtigungen für den Haushalt vorgesehen und genehmigt.

Art. 92 - Anleihen und mehrjährige Verpflichtungen

§ 1 - Das in Artikel 55 erwähnte Haushaltsdekret bestimmt in seinem verfügenden Teil, bis zu welcher Höhe die Einrichtung öffentlichen Interesses Anleihen zur Deckung der Investitionsausgaben aufnehmen darf.

§ 2 - Außer im Fall von wiederkehrenden Verpflichtungen gemäß Artikel 13 sind Maßnahmen, die die Einrichtung öffentlichen Interesses über die Haushaltsermächtigung hinaus zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichten können, nur dann zulässig, wenn das in Artikel 55 erwähnte Haushaltsdekret in seinem verfügenden Teil dazu ermächtigt.

§ 3 - Nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung ist die Einrichtung öffentlichen Interesses befugt:

1. die im allgemeinen Interesse der Geschäftsführung der Einrichtung öffentlichen Interesses erforderlichen Finanzgeschäfte abzuschließen, einschließlich der Aufnahme von kurzfristigen Anleihen, deren Laufzeit geringer als ein Jahr sein muss;

2. die Bedingungen der Rückzahlung der durch die Einrichtung öffentlichen Interesses in Belgien oder im Ausland getätigten Anleihen im Einvernehmen mit dem Geldgeber anzupassen oder Verwaltungsverträge in diesem Bereich abzuschließen;

3. die Reserven der Einrichtung öffentlichen Interesses sowie die etwaigen, die Ausgaben übersteigenden Tageseinnahmen und die Erträge der Anleihen unter Ausnutzung der auf dem Kapitalmarkt angebotenen Möglichkeiten zur Kapitalanlage im Interesse der Einrichtung öffentlichen Interesses zu verwalten. In diesem Fall legt die Regierung vorab grundsätzlich die Art, den maximalen Umfang und die Höchstdauer der möglichen Kapitalanlagen fest.

Art. 93 - Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen

Die Regierung legt die Richtlinien und die Arbeitsweise für die Erstellung der Haushalte und der Haushaltsanpassungen fest.

Der Haushaltsentwurf wird bis spätestens 30. September des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, dem Aufsichtsminister und dem Haushaltsminister übermittelt. Erfolgt die Übermittlung des Haushaltsentwurfes einer Einrichtung öffentlichen Interesses nicht innerhalb dieser Frist, werden eventuelle Zahlungen zulasten des Haushaltes der Dienste der Hauptverwaltung an die betreffende Einrichtung öffentlichen Interesses ausgesetzt.

Jedes Jahr findet im Laufe des ersten Quartals eine Haushaltskontrolle hinsichtlich einer eventuellen Anpassung des Haushaltes statt. Weitere Haushaltskontrollen und Haushaltsanpassungen sind zu jedem Zeitpunkt möglich.

Die Anpassung des Haushaltes erfolgt in der gleichen Art und Weise wie die Aufstellung des Haushaltes und unter Beachtung der Haushaltsgliederung gemäß Artikel 91. Die verschiedenen Tabellen des Haushaltsplans der Einnahmen und des Ausgabenhaushaltsplans werden aktualisiert, wobei der Vergleich der ursprünglichen und der angepassten Mittel aufgezeigt wird.

Die Einrichtung öffentlichen Interesses übermittelt den Entwurf zur Anpassung des Haushaltes zusammen mit den Erläuterungen dem Aufsichtsminister und dem Haushaltsminister. Die Haushaltsanpassung wird von der Regierung genehmigt und dem Parlament zur Information übermittelt.

Erfolgt die Anpassung im Rahmen der unter Absatz 3 erwähnten Haushaltskontrolle, werden die Entwürfe spätestens am 31. März des laufenden Haushaltsjahres übermittelt.

Art. 94 - Provisorische Haushaltsmittel

Falls der Haushalt der Einrichtung öffentlichen Interesses nicht vor dem 31. Dezember des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, genehmigt wurde, können die Mittel des von der Einrichtung öffentlichen Interesses hinterlegten Haushaltsentwurfes genutzt werden, außer für neuartige Ausgaben, die im Haushalt des Vorjahres nicht genehmigt waren.

Art. 95 - Information der Regierung

Die Einrichtung öffentlichen Interesses übermittelt dem Aufsichtsminister und dem Haushaltsminister vierteljährlich eine Übersicht der Ausführung des Haushaltes.

Art. 96 - Neuverteilung der Zuweisungen

Im Laufe des Haushaltsjahres kann der Verwaltungsrat die Verteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans anpassen. Bei jeder Neuverteilung werden die Mittelerrhöhungen vollständig durch Mittelerminderungen ausgeglichen.

Auf Ebene der Verpflichtungsermächtigungen können die Mittel eines Programms neu auf die Zuweisungen des Programms verteilt werden. Umfasst der Ausgabenhaushaltsplan nur eine Gliederungsebene, können die Verpflichtungsermächtigungen nicht neu verteilt werden.

Auf Ebene der Ausgabeermächtigungen können die Mittel des Haushaltes neu auf die Zuweisungen des Haushaltes verteilt werden.

Nimmt der Verwaltungsrat eine Neuverteilung der Haushaltsmittel auf die Zuweisungen des Ausgabenhaushaltsplans vor, informiert er die Regierung.

Art. 97 - Anweisungsbefugter

Der Verwaltungsrat übt die Funktion des Anweisungsbefugten aus. Er kann diese Befugnis an bevollmächtigte Anweisungsbefugte übertragen. Die Übertragung kann die Möglichkeit einer weiteren Übertragung an nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte vorsehen.

Art. 98 - Anpassungs- und Korrekturbuchungen

Der Rechnungspflichtige kann Anpassungsbuchungen vornehmen bis zur Übermittlung der Haushaltsausführungsrechnung und des Jahresabschlusses innerhalb der unter Artikel 99 vorgesehenen Fristen. Diese Anpassungen dürfen sich nur auf wichtige Ereignisse beziehen, die sich im Laufe des betreffenden Rechnungsjahres ergeben haben und die unvorhersehbar oder deren Auswirkung zum Zeitpunkt der Kontenabschlüsse nicht bekannt waren.

Korrekturbuchungen infolge der Kontroll- und Zertifizierungsarbeiten des Rechnungshofes, wie sie unter Artikel 46 vorgesehen sind, können noch so lange durch den Rechnungspflichtigen vorgenommen werden, bis der Rechnungshof den Kontrollbericht zur allgemeinen Rechnungslegung in Anwendung von Artikel 41 dem Parlament übermittelt hat.

Art. 99 - Haushaltsausführungsrechnung und Jahresabschluss

Bis zum 30. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt die Einrichtung öffentlichen Interesses dem Aufsichtsminister und dem Haushaltsminister die Haushaltsausführungsrechnung gemäß Artikel 16 und den Jahresabschluss gemäß Artikel 38 mit den entsprechenden Erläuterungen sowie einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten während des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hat die Einrichtung öffentlichen Interesses einen Geschäftsführungsvertrag mit der Regierung abgeschlossen, enthält der Jahresbericht ebenfalls die Berichterstattung über den Stand der Ausführung dieses Geschäftsführungsvertrages.

Nach Genehmigung durch die Regierung übermittelt der Haushaltsminister die Haushaltsausführungsrechnung, den Jahresabschluss und den Jahresbericht dem Rechnungshof. Die Übermittlung erfolgt spätestens am 31. Mai des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt.

Art. 100 - Rücklage

In ihrer Buchhaltung eröffnet die Einrichtung öffentlichen Interesses ein Konto, das für die Buchung einer aus der Verwendung des Ergebnisses resultierenden Rücklage bestimmt ist. Der Höchstbetrag der Rücklage wird durch das Grundlagendekret festgesetzt. Die Einrichtung öffentlichen Interesses legt den Betrag der Rücklage jährlich im Rahmen der oben erwähnten Höchstgrenze fest. Der Beschluss zur Festlegung des Betrages wird der Regierung zur Billigung vorgelegt.

Art. 101 - Betriebsrevisor

Die Regierung kann für jede Einrichtung öffentlichen Interesses einen oder mehrere Betriebsrevisoren bezeichnen. Der oder die Betriebsrevisoren können im Rahmen des in Artikel 45 definierten internen Auditdienstes tätig werden.

Die Betriebsrevisoren überprüfen die Buchhaltung und bescheinigen die Echtheit und die Richtigkeit der Buchungsvorgänge. Sie können Einsicht nehmen in Buchhaltungsbücher und -dokumente, in Schriftwechsel, in Protokolle, in Finanzsituationen und allgemein in alle Buchungsvorgänge. Sie überprüfen die Konsistenz der Güter und Wertgegenstände, die der Einrichtung öffentlichen Interesses entweder gehören oder die diese verwaltet beziehungsweise über die diese verfügt. Sie greifen nicht in die Verwaltung der Einrichtung öffentlichen Interesses ein.

Die Betriebsrevisoren übermitteln dem Aufsichtsminister, dem Haushaltsminister und dem Verwaltungsrat der Einrichtung öffentlichen Interesses mindestens ein Mal pro Jahr, anlässlich der Erstellung der Bilanz und der Ergebnisrechnung, einen Bericht über die Aktiva- und Passivasituation sowie über das Betriebsergebnis der Einrichtung öffentlichen Interesses. Sie informieren umgehend über jede Nachlässigkeit, jede Unregelmäßigkeit und allgemein jede Situation, die die Solvenz und die Liquidität der Einrichtung öffentlichen Interesses gefährdet.

Art. 102 - Personal

§ 1 - Die Regierung legt das Dienstrecht der Bediensteten und den Stellenplan der Einrichtungen öffentlichen Interesses fest.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Grundlagendekretes der Einrichtung öffentlichen Interesses werden die Personalmitglieder vom Verwaltungsrat ernannt, befördert und entlassen.

Die Einrichtungen öffentlichen Interesses übermitteln dem Aufsichtsminister, dem Haushaltsminister und dem Minister für das öffentliche Amt auf Anfrage jegliche Information bezüglich der Laufbahn oder der Besoldung ihrer Personalmitglieder. Bei Anfragen des Haushaltsministers oder des Ministers für das öffentliche Amt werden die Informationen ebenfalls dem Aufsichtsminister übermittelt.

Die Regierung legt fest, mit welchen Datenverarbeitungssystemen die Personalverwaltung der Einrichtungen öffentlichen Interesses erfolgt.

§ 2 - Die Regierung kann eine Einrichtung öffentlichen Interesses dazu ermächtigen, an dem durch das Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Mitglieder des Personals gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Rechtsnachfolger eingeführten Pensionssystem teilzunehmen.

TITEL III — VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN**Art. 103 - Anrechte auf Subventionen und Zuschüsse**

In Abweichung aller anders lautenden Vorschriften besteht kein Anrecht auf die Auszahlung von Subventionen und Zuschüssen aller Art, deren jährlicher Betrag 124 EUR nicht überschreitet, mit Ausnahme der Zuschüsse und Beihilfen an natürliche Personen.

In Abweichung von Absatz 1 besteht kein Anrecht auf die Auszahlung von Zuschüssen:

- unter 2.500 EUR für die in Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1-3, 5 und 7-10 des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 vorgesehenen Infrastrukturvorhaben;
- unter 2.500 EUR für das in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 desselben Dekretes vorgesehene Infrastrukturvorhaben, falls der Antragsteller eine Rechtsperson privaten oder öffentlichen Rechts ist;
- unter 750 EUR für das in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 desselben Dekretes vorgesehene Infrastrukturvorhaben, falls der Antragsteller eine natürliche Person ist;
- unter 750 EUR für das in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 desselben Dekretes vorgesehene Infrastrukturvorhaben.

Art. 104 - Auszahlung von Subventionen und Dotationen

§ 1 - In Abweichung aller anders lautenden Vorschriften mit Ausnahme übergeordneter Normen werden alle auszahlenden Vorschüsse von Subventionen und Dotationen für Funktions- und Personalkosten im Rahmen der jeweils dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel monatlich in Zwölfteilen ausgezahlt, und zwar jeweils vor dem 22. jedes Monats.

Insofern keine der in Absatz 1 erwähnten Vorschusszahlungen vorgesehen sind, werden die im jeweiligen Ausgabenhaushalt vorgesehenen Jahresbeträge der Funktions- und Personaldotationen für die Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft monatlich in Zwölfteilen ausgezahlt, und zwar jeweils vor dem 22. jedes Monats. Dieselbe Regelung gilt für alle anderen Subventionen und Dotationen für Funktions- und Personalkosten einschließlich des gesamten Unterrichtswesens.

§ 2 - Paragraph 1 ist nur anwendbar auf Auszahlungen, deren Jahresbetrag 6.000 EUR überschreitet.

Alle jährlichen Subventionen und Dotationen für Funktions- und Personalkosten, die den im ersten Absatz erwähnten Betrag nicht überschreiten und für die bisher keine Vorschusszahlungen vorgesehen sind, werden als Jahresvorschuss ausbezahlt, der 50 % der zu erwartenden Jahressubvention beträgt. Die Auszahlung des Vorschusses erfolgt im ersten Trimester des Jahres, das dem betroffenen Tätigkeitsjahr folgt. Die restliche Subvention wird nach erfolgter Endabrechnung spätestens im März des Jahres, das dem Jahr der Vorschusszahlung folgt, ausgezahlt. Falls die Vorschusszahlung den nach Endabrechnung zustehenden Subventionsbetrag übersteigt, kann die entsprechende Summe von der Subvention des folgenden Jahres abgehalten werden.

Insofern die Auszahlung des gesamten Jahreszuschusses bis Ende Juni des Zuschussjahres zu erwarten ist, kann von der Auszahlung des im vorherigen Absatz genannten Vorschusses abgesehen werden.

Art. 105 - Geschäftsführungsverträge

Die Regierung kann mit Einrichtungen oder Diensten, die im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig sind, für eine jeweils festzulegende Dauer einen Geschäftsführungsvertrag abschließen, in dem die Aufgaben dieser Einrichtungen oder Dienste, die Rahmenbedingungen, unter denen diese wahrgenommen werden, sowie deren Finanzierung festgelegt werden.

Jeder Geschäftsführungsvertrag ist dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor seiner Unterzeichnung zur Genehmigung vorzulegen.

TITEL IV — SCHLUSSBESTIMMUNGEN**Art. 106 - Vorherige Haushaltsjahre**

Die Erstellung und die Übermittlung der allgemeinen Rechnungslegung und der Kontenabschlüsse der Rechnungspflichtigen für die Haushaltsjahre vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes unterliegen weiterhin der Gesetzgebung, die zu diesem Zeitpunkt anwendbar war.

Art. 107 - Eröffnungsbilanz

Bei der Hinterlegung des ersten Haushaltsentwurfs gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekretes erstellen die zuständigen Minister und der Haushaltsminister für die Gesamtheit der Einrichtungen eine Eröffnungsbilanz.

Bei dieser Eröffnungsbilanz:

1. werden die in den Kontenabschlüssen der Rechnungspflichtigen zum 31. Dezember 2009 aufgeführten Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzungsposten und Schulden aufgenommen, wobei die Vermögensgegenstände und Schulden zu bewerten sind;

2. werden die in den Kontenabschlüssen der Rechnungspflichtigen zum 31. Dezember 2009 aufgeführten Forderungen und Verbindlichkeiten einzeln erfasst und bewertet;

3. wird der Saldo jeder offen stehenden Verpflichtung zum 31. Dezember 2009 aufgeführt;

4. entsprechen die am 1. Januar 2010 einzutragenden Guthaben den durch die Finanzinstitute aufgrund von Kontenauszügen bestätigten Beträgen;

5. entsprechen die Sach- und Bargeldguthaben den Beträgen der durch die Rechnungspflichtigen erstellten Kassenprotokolle zum 31. Dezember 2009.

Art. 108 - Abänderungsbestimmung

Artikel 7 Paragraph 5 des Gesetzes vom 18. Februar 1977 zur Festlegung gewisser Bestimmungen über den öffentlichen Dienst des Rundfunks und Fernsehens, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 1986, wird aufgehoben.

Art. 109 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1 des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein vierter Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„Das Zentrum ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und unterliegt den Bestimmungen dieses Dekretes.“

Art. 110 - Abänderungsbestimmung

Artikel 34 Paragraph 2 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 16. Oktober 1995 und 7. Januar 2002, wird wie folgt ersetzt:

„§ 2 - Das Zentrum richtet Rücklagekonten gemäß Artikel 100 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein. Der Höchstbetrag der dort verbuchten Rücklage wird auf 1.250.000 EUR festgesetzt.“

Art. 111 - Abänderungsbestimmung

Artikel 35 desselben Dekretes, abgeändert durch die Dekrete vom 16. Oktober 1995 und 8. November 2004, wird aufgehoben.

Art. 112 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1 Absatz 1 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird der zweite Satz durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Die Dienststelle besitzt die Rechtspersönlichkeit und gehört zu den Einrichtungen

öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie unterliegt den Bestimmungen dieses Dekretes.”

Art. 113 - Abänderungsbestimmung

Artikel 17 Absatz 1 desselben Dekretes wird aufgehoben.

In Absatz 2 desselben Artikels wird der erste Satzteil mit dem Wortlaut “Sie unterliegen ebenfalls” durch den Wortlaut “Die Personalmitglieder der Dienststelle, einschließlich des Direktors, unterliegen” ersetzt.

Art. 114 - Abänderungsbestimmung

Artikel 33*bis* desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 1998 und abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird wie folgt ersetzt:

“Art. 33*bis* - Die Dienststelle richtet Rücklagekonten gemäß Artikel 100 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein. Der Höchstbetrag der dort verbuchten Rücklage wird auf 1.250.000 EUR festgesetzt.”

Art. 115 - Abänderungsbestimmung

Die Artikel 16 und 39 desselben Dekretes werden aufgehoben.

Art. 116 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 15 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird der erste Absatz wie folgt ersetzt:

“Unter der Bezeichnung “Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen” wird eine Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegründet. Das Institut unterliegt den Bestimmungen dieses Dekretes.”

Art. 117 - Abänderungsbestimmung

Artikel 38*bis* desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 1998 und abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird wie folgt ersetzt:

“Art. 38*bis* - Das Institut richtet Rücklagekonten gemäß Artikel 100 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein. Der Höchstbetrag der dort verbuchten Rücklage wird auf 400.000 EUR festgesetzt.”

Art. 118 - Abänderungsbestimmung

Die Artikel 24 bis 26, Artikel 35 Absatz 2 und Artikel 45 desselben Dekretes werden aufgehoben.

Art. 119 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 7 des Dekretes vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekretes vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung “Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken” wird der erste Satzteil mit dem Wortlaut “In Ausführung von Artikel 140 des Königlichen Erlasses vom 17. Juli 1991 zur Koordinierung der Gesetzgebung über die Rechnungsführung des Staates” durch den Wortlaut “In Ausführung von Artikel 74 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft” ersetzt.

Art. 120 - Abänderungsbestimmung

Die Artikel 8*bis* Absatz 3 und Artikel 10 desselben Dekretes werden aufgehoben.

Art. 121 - Abänderungsbestimmung

Artikel 1 Absatz 2 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird wie folgt ersetzt:

“Das Arbeitsamt ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und unterliegt den Bestimmungen dieses Dekretes.”

Art. 122 - Abänderungsbestimmung

Artikel 16 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird wie folgt ersetzt:

“Art. 16 - Das Arbeitsamt richtet Rücklagekonten gemäß Artikel 100 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein. Der Höchstbetrag der dort verbuchten Rücklage wird auf 620.000 EUR festgesetzt.”

Art. 123 - Abänderungsbestimmung

Artikel 4 Paragraf 5 sowie die Artikel 14 und 19 desselben Dekretes werden aufgehoben.

Art. 124 - Abänderungsbestimmung

Artikel 55 des Programmdekretes 2000 vom 23. Oktober 2000 wird aufgehoben.

Art. 125 - Abänderungsbestimmung Artikel 24 Absatz 1 des Programmdekretes 2001 vom 7. Januar 2002 wird wie folgt ersetzt:

“In Ausführung von Artikel 74 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Dienst mit getrennter Geschäftsführung unter der Bezeichnung “Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft” geschaffen.”

Art. 126 - Abänderungsbestimmung

Artikel 25 Paragraf 1 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 1. März 2004, wird aufgehoben.

Art. 127 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 110 Absatz 1 Nummer 4 des Dekretes vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen, eingeführt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird der Wortlaut “von Artikel 2 des Programmdekretes vom 4. März 1996” durch den Wortlaut “von Artikel 104 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft” ersetzt.

Art. 128 - Abänderungsbestimmung

Sind aufgehoben:

— die Artikel 1, 2 und *2bis* des Programmdekretes vom 4. März 1996, abgeändert durch die Dekrete vom 23. Oktober 2000, 7. Januar 2002, 3. Februar 2003 und 21. März 2005;

— Artikel 6 des Programmdekretes vom 3. Februar 2003;

— Artikel 32 des Programmdekretes vom 20. Februar 2006.

Art. 129 - Aufhebungsbestimmung

Das Gesetz vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses ist für die in Artikel 87 Paragraf 2 genannten Einrichtungen öffentlichen Interesses aufgehoben.

Art. 130 - Aufhebungsbestimmung

Die Gesetzgebung über die Rechnungsführung des Staates, koordiniert durch den Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991, ist aufgehoben.

Art. 131 - Inkrafttreten

Das vorliegende Dekret tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Gegeben zu Eupen, den 25. Mai 2009

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—————
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2008-2009*

Nummerierte Dokumente : 158 (2008-2009) Nr. 1 Dekretentwurf — 158 (2008-2009) Nr. 2 Abänderungsvorschläge — 158 (2008-2009) Nr. 3 Bericht

Ausführlicher Bericht : 25. Mai 2009 - Nr. 14 (2008-2009) Diskussion und Abstimmung

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2009 — 2498

[2009/203077]

25 MAI 2009. — Décret relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté le texte ci-après et nous, Gouvernement, arrêtons :

TITRE I^{er}. — DISPOSITIONS COMMUNES**CHAPITRE I^{er}. — Champ d'application et définitions****Article 1^{er}. Champ d'application**

§ 1^{er}. Le présent décret fixe les dispositions relatives au budget et à la comptabilité des institutions de la Communauté germanophone définies à l'article 2, 2.

§ 2. Le Titre I^{er} du présent décret est applicable à toutes les institutions.

Art. 2. Définitions

Pour l'application du présent décret, on entend par :

1. « la loi fixant les dispositions générales » : la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des Comptes, modifiée par la loi du 27 décembre 2006;

2. « les institutions » : pour la Communauté germanophone :

a) les services de l'Administration générale,

b) les services à gestion séparée conformément à l'article 74 du présent décret;

c) les organismes d'intérêt public conformément à l'article 87 du présent décret;

3. « le Parlement » : le Parlement de la Communauté germanophone;

4. « le Gouvernement » : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

5. « le Ministre du budget » : le Ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone, en charge du budget;

6. « le Ministre de tutelle » : le Ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone, dont dépend un organisme d'intérêt public;

7. « la classification économique » : la classification uniforme des recettes et des dépenses budgétaires dans le cadre du système européen des comptes économiques nationaux;

8. « la classification fonctionnelle » : la classification internationale des dépenses de l'État par champs d'action.

CHAPITRE II. — Dispositions budgétaires générales

Art. 3. Arrêt du budget

Chaque institution arrête son budget avant le début de l'année budgétaire.

Art. 4. Signification et effet du budget

Le budget est destiné à fixer et à couvrir les besoins financiers estimés nécessaires pour l'exécution des missions de l'institution au cours de la période budgétaire. Il sert de base à la gestion financière et économique.

Le budget autorise l'institution à souscrire des engagements et à effectuer des dépenses.

Le budget n'a pas pour effet de créer ou d'annuler des prétentions ou des obligations.

Art. 5. Annualité

Les crédits inscrits au budget sont autorisés pour la durée d'un exercice budgétaire. En application de l'article 3, alinéa 2 de la loi fixant les dispositions générales, l'exercice budgétaire commence le 1^{er} janvier et s'achève le 31 décembre de la même année.

Art. 6. Couverture globale

L'ensemble des recettes couvre l'ensemble des dépenses.

Les recettes peuvent être affectées dans la mesure où le décret le permet.

Art. 7. Vérité budgétaire

Pour l'établissement du budget, seules seront inscrites les recettes probables ainsi que les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnancement nécessaires pour l'exécution des missions de l'institution.

Art. 8. Economie, efficacité et efficacité

Les principes d'économie, d'efficacité et d'efficacité doivent être respectés lors de l'établissement et de l'exécution du budget. Des enquêtes d'efficacité appropriées doivent être effectuées pour toutes les mesures à incidence financière.

Art. 9. Universalité et unité

Il y a lieu d'arrêter un budget pour chaque année budgétaire.

En application de l'article 3 de la loi fixant les dispositions générales, le budget contient toutes les recettes attendues au cours de l'année budgétaire, tous les crédits d'engagement estimés nécessaires et toutes les dépenses probables.

Le budget autorise tout engagement et toute dépense au profit de tiers. Pour l'application du présent décret les services de l'Administration générale, les services à gestion séparée visés à l'article 74 et les organismes d'intérêt public visés à l'article 87 sont considérés comme étant tiers les uns vis-à-vis des autres.

Art. 10. Imputation brute

Les recettes et les dépenses seront inscrites séparément et avec leur montant total.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement peut autoriser des exceptions au principe de l'imputation brute, notamment pour les frais accessoires et les rentrées complémentaires provenant d'opérations d'achat et de vente. Dans ces cas, le calcul du montant inscrit doit figurer dans les informations relatives au budget.

Art. 11. Spécialité

Les recettes seront inscrites suivant la cause de leur survenance, les crédits d'engagement et d'ordonnancement suivant leur destination, et ce séparément.

Art. 12. Recettes

En application de l'article 4, 1^o de la loi fixant les dispositions générales, l'estimation des recettes concerne les droits à constater au profit de l'institution au cours de l'année budgétaire, y compris les recettes affectées éventuelles.

Un droit est considéré comme constaté lorsque le montant précis a été déterminé, que l'identité du débiteur est connue, que l'obligation de paiement existe et qu'une pièce justificative est disponible.

Art. 13. Dépenses

En application de l'article 4, 2^o de la loi fixant les dispositions générales, l'autorisation des dépenses concerne :

1. les crédits d'engagement : des fonds peuvent être engagés à concurrence de ce montant pour les obligations souscrites au cours de l'année budgétaire. Pour les obligations récurrentes, qui ont un impact sur plusieurs années, seuls les montants dus au cours de l'année budgétaire sont engagés;

2. les crédits d'ordonnancement : des dépenses peuvent être liquidées pour ce montant afin de remplir les engagements souscrits pendant l'année en cours ou pendant les années antérieures.

CHAPITRE III. — Exécution du budget et comptabilité budgétaire

Section 1^{re}. — Dispositions générales

Art. 14. Imputation des recettes et des dépenses

Sont imputés sur le budget d'une année déterminée :

1. comme recettes : les droits constatés au cours d'une année budgétaire, y compris les droits afférents aux recettes affectées;

2. comme dépenses à charge des crédits d'engagement : les fonds engagés en vertu des obligations nées ou des engagements souscrits au cours de l'année budgétaire ainsi que, pour les obligations récurrentes, les montants dus au cours de l'année budgétaire;

3. comme dépenses à charge des crédits d'ordonnancement : les dépenses liquidées pendant l'année budgétaire.

Art. 15. Contrôle permanent

La comptabilité budgétaire est tenue d'une telle manière qu'elle permet un contrôle permanent des dépenses inscrites aux budgets.

Art. 16. Compte d'exécution budgétaire

Le compte d'exécution budgétaire est composé de tableaux subdivisés de la même manière que les budgets. Il reprend, outre les estimations et les engagements, les opérations comptables effectuées conformément à l'article 14.

*Section 2. — Utilisation des fonds budgétaires***Art. 17. Perception des recettes et liquidation des dépenses**

Les recettes doivent être perçues entièrement et à temps.

Les dépenses ne sont liquidées que dans la mesure où elles sont nécessaires pour la gestion financière. Les crédits d'engagement et d'ordonnancement doivent être gérés de manière telle qu'ils suffisent à couvrir toutes les dépenses correspondant à l'affectation indiquée dans le budget.

L'utilisation des crédits budgétaires accordés a lieu en application des décrets et des arrêtés d'exécution et de délégation.

Art. 18. Lien factuel et temporel

Les crédits d'engagement et d'ordonnancement sont utilisés uniquement dans le but indiqué au budget des dépenses et seulement jusqu'à la fin de l'année budgétaire concernée.

Art. 19. Obligation légale et budgétaire

Le consentement aux contrats ou accords à caractère onéreux ainsi qu'aux arrêtés d'octroi de subventions ou d'autres obligations unilatérales à caractère onéreux ne sera pas communiqué tant que le montant correspondant n'aura pas été imputé sur les crédits d'engagement prévus à cet effet. Seule l'obligation légale fixant les conditions précises ouvre aux tiers un droit à l'encontre de l'institution.

Lorsque le montant de l'obligation légale diffère du montant de l'obligation budgétaire, celui-ci doit dans le cadre des moyens budgétaires disponibles être adapté en conséquence.

Lorsqu'une obligation budgétaire n'est pas confirmée par une obligation légale, elle expire au plus tard à la fin de l'année budgétaire.

Les dépenses autres que celles mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne peuvent être imputées sur les crédits d'engagement prévus à cet effet que moyennant des preuves justifiant l'existence et les conditions précises de l'obligation.

Art. 20. Engagements à charge du prochain budget

A partir du 1^{er} novembre, les engagements nécessaires pour la pérennité des institutions peuvent être effectués à charge des crédits d'engagement de l'année budgétaire suivante dans le cadre des crédits alloués pour les dépenses correspondantes de l'année en cours. Ces engagements interdisent toute fourniture de biens ou de services avant le début de l'année budgétaire.

Art. 21. Embargo budgétaire

Lorsque l'évolution des recettes ou des dépenses d'une institution implique qu'un résultat budgétaire défavorable sera probablement atteint, le Gouvernement peut conditionner la prise de nouveaux engagements à son accord.

*Section 3. — Acteurs financiers***Art. 22. Principe de la séparation des fonctions**

Les fonctions de l'ordonnateur et du comptable sont séparées et incompatibles entre elles.

Art. 23. L'ordonnateur

§ 1^{er}. Chaque institution dispose d'un ordonnateur.

§ 2. L'ordonnateur détermine les agents de niveau approprié auxquels il délègue des fonctions d'ordonnateur ainsi que l'étendue des pouvoirs conférés. En outre, il peut prévoir la possibilité pour les bénéficiaires de cette délégation de subdéléguer leurs pouvoirs.

Les délégations et les subdélégations des fonctions d'ordonnateur ne sont accordées qu'aux personnes soumises au statut ou au régime applicable aux autres agents de l'institution concernée.

Les ordonnateurs délégués ou subdélégués ne peuvent agir que dans les limites fixées par l'acte de délégation ou de subdélégation. L'ordonnateur délégué ou subdélégué compétent peut être assisté dans sa tâche par un ou plusieurs agents chargés d'effectuer, sous la responsabilité du premier, certaines opérations nécessaires à l'exécution du budget et à la reddition des comptes.

Art. 24. Missions des ordonnateurs

§ 1^{er}. L'ordonnateur est chargé d'exécuter les recettes et les dépenses suivant les principes de la comptabilité budgétaire et d'en assurer la légalité et la régularité.

§ 2. Pour exécuter des dépenses, l'ordonnateur procède à des engagements budgétaires et des engagements juridiques, à la liquidation des dépenses et à l'ordonnancement des paiements nécessaires.

§ 3. L'engagement consiste à réserver à charge des crédits d'engagement les fonds nécessaires au paiement ultérieur de sommes dues en vertu d'une obligation juridique.

L'ordonnateur qui procède à un engagement s'assure de la pertinence de l'imputation budgétaire, de la disponibilité des fonds, de la régularité et de la concordance de la dépense avec les dispositions juridiques en vigueur et avec le budget ainsi que du respect des principes de la comptabilité budgétaire.

§ 4. La liquidation d'une dépense est l'acte par lequel l'ordonnateur vérifie la prétention du bénéficiaire, l'existence et le montant de la créance et l'échéance de la créance.

§ 5. L'ordonnancement d'une dépense est l'acte par lequel l'ordonnateur, après avoir vérifié la disponibilité des fonds, ordonne au comptable, par délivrance d'une ordonnance de paiement, de payer le montant de la dépense liquidée par ses soins.

§ 6. Dans les cas suivants, l'ordonnateur peut procéder à un engagement et liquider en même temps la dépense correspondante :

1. lorsqu'il s'agit d'une dépense fixe comme un traitement ou les cotisations sociales,
2. lorsque la dépense ne dépasse pas un certain montant, fixé par le Gouvernement.

§ 7. L'exécution des recettes comporte la constatation des créances et l'émission des ordres de recouvrement. Elle comporte, le cas échéant, la renonciation aux créances constatées

§ 8. La constatation d'une créance est l'acte par lequel l'ordonnateur vérifie l'existence des dettes du débiteur, détermine ou vérifie l'existence et le montant de la dette et vérifie l'échéance de la dette.

Après la constatation de la créance, l'ordonnateur délivre un ordre de recouvrement au comptable et communique au débiteur le montant à payer, le type de la créance, son imputation budgétaire ainsi que les modalités de paiement et le délai de paiement.

Art. 25. Le comptable

§ 1^{er}. Chaque institution nomme un comptable chargé

1. de la bonne exécution des paiements, de l'encaissement des recettes et du recouvrement des créances constatées;
2. de préparer et de présenter les comptes, conformément aux dispositions du chapitre V du présent titre;
3. de la tenue de la comptabilité conformément aux dispositions du chapitre V du présent titre;
4. de définir, conformément aux dispositions du chapitre V du présent titre, les règles et les méthodes comptables ainsi que le plan comptable;
5. de définir et de valider les systèmes comptables ainsi que le cas échéant de valider les systèmes définis par l'ordonnateur et destinés à fournir ou justifier des informations comptables;
6. de la gestion de la trésorerie.

Le gouvernement détermine les modalités de nomination des comptables.

§ 2. Le comptable obtient des ordonnateurs, qui en garantissent la fiabilité, toutes les informations nécessaires à l'établissement de comptes présentant une image fidèle du patrimoine de l'institution et de l'exécution budgétaire.

§ 3. Par dérogation à l'article 22, le comptable constate la créance pour les recettes immédiates.

§ 4. Sauf dérogation prévue à l'article 26, le comptable est seul habilité pour le maniement de fonds et de valeurs. Il est responsable de leur conservation.

§ 5. Le comptable peut, pour l'exercice de ses tâches, déléguer certaines de ses fonctions à des agents placés sous sa responsabilité hiérarchique.

§ 6. Avant le 30 juin de chaque année, le comptable transmet sous sa propre responsabilité à la Cour des comptes le bilan de l'exercice précédent qui démontre que tous les droits constatés et tous les engagements ont été comptabilisés et que les soldes des mouvements de comptes se reflètent dans les actifs circulants des institutions.

Art. 26. Le gestionnaire de caisses

En vue du paiement de dépenses de faible montant dont le montant maximal est fixé par le comptable et d'encaissement de recettes autres que les ressources propres, il peut être créé des caisses qui sont alimentées par le comptable de l'institution et qui sont sous la responsabilité de gestionnaires de caisses désignés par le comptable de l'institution.

Le gestionnaire de caisse tient un livre de caisse. Avant le 30 juin de chaque année il transmet sous sa propre responsabilité à la Cour des comptes un rapport sur la gestion de caisse de l'exercice précédent.

Section 4. — Responsabilité des acteurs financiers

Art. 27. Déchargement de fonctions

Sans préjudice d'éventuelles mesures disciplinaires, les ordonnateurs délégués et subdélégués peuvent à tout moment se voir retirer, temporairement ou définitivement, leur délégation ou subdélégation.

Sans préjudice d'éventuelles mesures disciplinaires, le comptable ou, le cas échéant, l'agent auquel certaines tâches ont été déléguées en application de l'article 25, § 5 peut à tout moment être déchargé temporairement ou définitivement de ses fonctions.

Sans préjudice d'éventuelles mesures disciplinaires, les gestionnaires de caisses peuvent à tout moment être déchargés temporairement ou définitivement de leurs fonctions.

Si dans les cas précités un déchargement de fonctions conduit en fait à une révocation, les dispositions disciplinaires prévues dans le statut sont d'application.

Art. 28. Mesures disciplinaires

Les dispositions du présent chapitre ne préjugent pas de la responsabilité pénale que pourraient engager les agents visés à l'article 27.

Tout ordonnateur délégué ou subdélégué, comptable ou, le cas échéant, agent auquel certaines tâches ont été déléguées en application de l'article 25, § 5 ainsi que tout gestionnaire de caisses engage sa responsabilité disciplinaire et pécuniaire, dans les conditions prévues par le statut de la fonction publique, sans préjudice des dispositions des articles 29 et 30. Dans le cas d'une activité illégale, de fraude ou de corruption susceptibles de nuire aux intérêts de l'institution, les autorités et les instances désignées par la législation en vigueur seront saisies.

Art. 29. Règles applicables aux ordonnateurs délégués et subdélégués

§ 1^{er}. L'ordonnateur délégué ou subdélégué engage sa responsabilité pécuniaire et peut être tenu de réparer en totalité ou en partie le préjudice subi par l'institution en raison d'une négligence grave, d'une faute lourde ou d'une faute légère à caractère habituel qu'il aurait commises dans l'exercice ou à l'occasion de ses fonctions, en particulier lorsqu'il constate les droits à recouvrer ou émet les ordres de recouvrement, engage une dépense ou signe un ordre de paiement, sans se conformer au présent décret et à ses arrêtés d'exécution. Il en est de même lorsque, par sa négligence grave, sa faute lourde ou sa faute légère à caractère habituel, il néglige d'établir un acte engendrant une créance ou lorsqu'il néglige ou retarde, sans justification, l'émission d'ordres de recouvrement ou qu'il néglige ou retarde, sans justification, l'émission d'un ordre de paiement pouvant entraîner une responsabilité civile de la Communauté à l'égard de tiers.

§ 2. Lorsqu'un ordonnateur délégué ou subdélégué considère qu'une décision qui lui incombe est entachée d'irrégularité ou qu'elle contrevient aux principes de la comptabilité budgétaire, il doit le signaler par écrit à l'autorité délégante. Si l'autorité délégante donne par écrit l'instruction motivée de prendre la décision susvisée à l'ordonnateur délégué ou subdélégué, celui-ci est dégagé de sa responsabilité.

§ 3. En cas de subdélégation à l'intérieur de ses services, l'ordonnateur délégué reste responsable de l'efficience des systèmes de gestion et de contrôle interne mis en place et du choix de l'ordonnateur subdélégué.

Art. 30. Règles applicables aux comptables et gestionnaires de caisses

§ 1^{er}. Le comptable ou, le cas échéant, l'agent auquel certaines tâches ont été déléguées en application de l'article 25, § 5 engage, dans les conditions et selon les procédures prévues par le statut, sa responsabilité disciplinaire et, en cas de négligence grave, d'une faute lourde ou d'une faute légère à caractère habituel, sa responsabilité civile. Constitue en particulier une faute susceptible d'engager sa responsabilité le fait :

1. de perdre ou de détériorer des fonds, des valeurs et des documents dont il a la garde;
2. de modifier indûment des comptes bancaires ou des comptes courants postaux;
3. d'effectuer des recouvrements ou des paiements non conformes aux ordres de recouvrement ou de paiement correspondants;
4. d'omettre d'encaisser des recettes échues.

§ 2. Le gestionnaire de caisses engage, dans les conditions et selon les procédures prévues par le statut, sa responsabilité disciplinaire et, en cas de négligence grave, d'une faute lourde ou d'une faute légère à caractère habituel, sa responsabilité civile. Constitue en particulier une faute susceptible d'engager sa responsabilité le fait :

1. de perdre ou détériorer des fonds, des valeurs et des documents dont il a la garde;
2. de ne pouvoir justifier par des pièces régulières des paiements qu'il effectue;
3. de payer à d'autres que les ayants droit;
4. d'omettre d'encaisser des recettes échues.

§ 3. Les comptables ou, le cas échéant, les agents auxquels certaines tâches ont été déléguées en application de l'article 25, § 5 ainsi que les gestionnaires de caisses sont soumis à la compétence juridictionnelle de la Cour des Comptes.

CHAPITRE IV. — *La comptabilité générale*

Art. 31. Comptabilité

En application de l'article 5 de la loi fixant les dispositions générales, les institutions tiennent une comptabilité générale. La comptabilité générale comprend une comptabilité financière et un compte des frais et des prestations.

Art. 32. Comptabilité financière

§ 1^{er}. En application de l'article 6, alinéa 1^{er} de la loi fixant les dispositions générales, la comptabilité financière repose sur le principe de comptabilité en partie double et présente une image fidèle de la situation financière et patrimoniale ainsi que du résultat de l'institution. A cette fin, elle enregistre le patrimoine, les droits, les engagements et les obligations de l'institution.

Le Gouvernement fixe les règles et les méthodes comptables ainsi que le plan comptable uniforme, à appliquer par toutes les institutions. Le plan comptable est divisé en classes de bilan.

§ 2. En application de l'article 6, alinéa 3 de la loi fixant les dispositions générales, l'exercice comptable court du 1^{er} janvier au 31 décembre de la même année.

§ 3. En application de l'article 6, alinéa 2 de la loi fixant les dispositions générales, chaque opération est immédiatement inscrite dans les livres et les comptes de la comptabilité générale sur la base d'une preuve datée et classée soigneusement par ordre chronologique. Elle est rattachée à l'exercice comptable pendant lequel les droits ont été constatés. L'inscription dans la comptabilité générale et dans la comptabilité budgétaire visée à l'article 14 a lieu en même temps.

§ 4. Les livres et la gestion des comptes assurent la continuité ainsi que la légalité et l'inamovibilité des inscriptions.

Toutes les preuves sont classées méthodiquement et conservées. Le Gouvernement fixe les modalités et les délais de conservation des livres et des pièces justificatives.

Le support numérique utilisé pour la conservation des livres et des pièces justificatives doit garantir l'inamovibilité et l'accessibilité des données pendant les délais de conservation prescrits.

§ 5. Le Gouvernement détermine la nature des supports électroniques à utiliser pour la comptabilité des institutions.

Art. 33. Suivi des opérations de caisse

La comptabilité générale permet un suivi permanent des opérations de caisse et l'établissement de situations de caisse périodiques.

Art. 34. Compte des frais et des prestations

La comptabilité générale comprend un compte des frais et des prestations permettant de fournir toutes les informations utiles pour la gestion, notamment de déterminer les frais des prestations. Le Gouvernement en fixe les autres modalités.

Art. 35. Inventaire

Un inventaire complet de toutes les composantes du patrimoine de l'institution est établi le 31 décembre de chaque année. Il comprend tous les biens et tous les droits quels qu'ils soient ainsi que les dettes et les obligations quelles qu'elles soient. Cet inventaire est organisé de la même manière que les catégories de bilan du plan comptable visé à l'article 32, § 1^{er}.

Art. 36. Affectation à l'exercice comptable

L'affectation de droits à un exercice comptable déterminé n'est possible que si ceux-ci ont été constatés au cours de cet exercice. Toutefois, les droits constatés le 31 décembre et non comptabilisés avant le 1^{er} mars de l'exercice suivant seront affectés à un exercice ultérieur.

Art. 37. Extinction

Les droits constatés au profit de l'institution s'éteignent par paiement, annulation ou prescription.

CHAPITRE V. — *Reddition des comptes***Art. 38.** Reddition des comptes

En application de l'article 9 de la loi fixant les dispositions générales et sans préjudice des dispositions de l'article 25, § 6, et de l'article 26, alinéa 2, le Gouvernement présente chaque année, sous sa responsabilité, la reddition des comptes de l'ensemble des institutions.

La reddition des comptes comprend :

1. le projet de décret fixant le décompte définitif de l'exercice comptable, composé d'une partie normative, des comptes d'exécution du budget visés à l'article 16 et des états financiers de toutes les institutions ainsi que du compte d'exécution consolidé du budget et du compte annuel consolidé, qui présentent les données sous une forme compacte;

2. les commentaires.

Les états financiers visés à l'alinéa 2 comprennent pour chaque institution :

1. le bilan au 31 décembre;
2. le compte de résultat établi sur la base des charges et des produits;
3. une analyse du bilan montrant que tous les droits constatés et tous les engagements souscrits ont été comptabilisés et que les actifs circulants du bilan reflètent les soldes des mouvements de comptes;
4. un compte de récapitulation des opérations budgétaires de l'année, en recettes et en dépenses.

Art. 39. Principes de la reddition des comptes

§ 1^{er}. Les comptes doivent être réguliers, sincères et complets et présenter une image fidèle :

1. en ce qui concerne les comptes d'exécution du budget, des éléments de l'exécution du budget en recettes et en dépenses;
2. en ce qui concerne les états financiers, des éléments d'actif, de passif, des charges et des produits, des droits et des obligations non repris à l'actif et au passif, ainsi que des flux de trésorerie.

§ 2. Les états financiers sont établis sur la base des principes comptables suivants :

1. la continuité des activités;
2. la prudence;
3. la permanence des méthodes comptables;
4. la comparabilité des informations;
5. l'importance relative;
6. la non-compensation;
7. la prééminence de la réalité sur l'apparence;
8. la comptabilité d'exercice.

Art. 40. Transmission à la Cour des Comptes

Le projet de reddition des comptes est transmis à la Cour des Comptes avant le 30 juin de l'année suivant l'année budgétaire.

Art. 41. Certification

Dans le courant du mois d'octobre suivant la fin de l'année budgétaire, la Cour des Comptes transmet au Parlement, au Gouvernement et à l'institution concernée ses observations sur la reddition des comptes et la certification des comptes décrite à l'article 46.

Art. 42. Dépôt au Parlement

Au plus tard le 31 octobre de l'année suivant la fin de l'année budgétaire, le Gouvernement dépose la reddition des comptes au Parlement.

Art. 43. Décompte définitif

Le décret portant décompte définitif de l'année budgétaire est adopté au plus tard le 31 décembre de l'année suivant l'année budgétaire. Ceci clôt définitivement l'exercice comptable.

CHAPITRE VI. — *Tutelle et contrôle***Art. 44.** Contrôle interne

§ 1^{er}. Le but du système de contrôle interne est d'assurer un maximum de sécurité et de limitation des risques en ce qui concerne :

1. la concordance entre les décisions et les dispositions et contrats en vigueur;
2. la prévention et la constatation d'erreurs et d'infractions;
3. la réalisation des objectifs fixés;
4. la fiabilité et l'universalité des données comptables;
5. l'économie, l'efficacité et l'efficacé des opérations;
6. la conservation des acquis.

Le Gouvernement fixe les normes minimales pour le contrôle interne.

§ 2. L'ordonnateur met en place, conformément aux normes minimales arrêtées par le Gouvernement et en tenant compte des risques associés à l'environnement de gestion et à la nature des actions financées, la structure organisationnelle ainsi que les systèmes et les procédures de gestion et de contrôle internes à l'exécution de ses tâches,

y compris, le cas échéant, des vérifications ex post. Avant qu'une opération soit autorisée, ses aspects opérationnels et financiers sont vérifiés par des agents distincts de l'agent ayant initié l'opération. La vérification ex ante et ex post et l'initiation d'une opération sont des fonctions séparées.

§ 3. Tout agent responsable du contrôle de la gestion des opérations financières doit avoir les compétences professionnelles requises. Il respecte un code spécifique de normes professionnelles arrêté par le Gouvernement.

§ 4. Tout agent partie à la gestion financière ou au contrôle des opérations qui estime qu'une décision que son supérieur lui impose d'appliquer ou d'accepter est irrégulière ou contraire aux principes de bonne gestion financière ou aux règles professionnelles qu'il est tenu de respecter en informe par écrit l'ordonnateur délégué et, en cas d'inaction de celui-ci dans le délai fixé par le Gouvernement, l'ordonnateur. En cas d'inaction de celui-ci dans le délai fixé par le Gouvernement, il en informe par écrit la Cour des Comptes. Dans le cas d'une activité illégale, de fraude ou de corruption susceptibles de nuire aux intérêts de la Communauté, il informe les autorités et les instances désignées par la législation en vigueur.

Art. 45. Audit interne

L'institution met en place un service d'audit interne chargé de surveiller le fonctionnement de l'exécution budgétaire et de la comptabilité de l'institution et de son système de contrôle interne. Elle veille à l'indépendance du service d'audit et en fixe le mode de fonctionnement. Le service d'audit exerce une fonction de surveillance et de conseil. Un service d'audit peut travailler pour plusieurs ou pour toutes les institutions.

Les plans de travail du service d'audit, ses constatations et ses recommandations ainsi que les procédures appliquées sont transmis sans délai tant à l'ordonnateur qu'aux autres instances de contrôle.

Art. 46. Contrôle externe par la Cour des Comptes

En application de l'article 10, § 1^{er}, de la loi fixant les dispositions générales, la Cour des Comptes contrôle la comptabilité budgétaire et la comptabilité générale des institutions.

Un rapport de contrôle décrit les modalités de ce contrôle; il se termine par la certification des comptes. Cette certification comprend les constatations finales de la Cour des Comptes

1. en ce qui concerne le respect des dispositions du présent décret et de ses arrêtés d'exécution quant à la tenue des comptes et à l'établissement de la reddition des comptes;
2. en ce qui concerne la légalité, la sincérité et la fiabilité de la reddition des comptes quant au patrimoine, à la situation financière et au résultat de l'institution;
3. en ce qui concerne le fonctionnement régulier du système comptable et du respect des procédures prévues par le système comptable;
4. en ce qui concerne la légalité et la régularité des opérations effectuées.

Art. 47. Accès à la comptabilité

Pour remplir ses missions, la Cour des Comptes dispose d'un accès direct à la comptabilité budgétaire et à la comptabilité générale des institutions. Le Gouvernement en fixe les modalités.

CHAPITRE VII. — *Recouvrement des créances constatées*

Art. 48. Contestation des créances constatées

Lorsque le débiteur conteste les créances constatées conformément à l'article 24, le comptable compétent en informe l'ordonnateur. Celui-ci se prononce sur la contestation. Dans l'intervalle, le comptable suspend le recouvrement de la créance constatée.

Les créances contestées sont entièrement ou partiellement annulées ou confirmées par l'ordonnateur. Ses décisions sont communiquées au comptable qui procède, le cas échéant, aux inscriptions nécessaires dans la comptabilité générale et la comptabilité budgétaire.

Art. 49. Facilités de paiement

Le comptable peut, dans le cadre défini par le Gouvernement, accorder des reports ou des facilités de paiement aux débiteurs en proie à des difficultés financières manifestes.

Art. 50. Voie judiciaire

Les créances constatées, non honorées le jour de leur échéance, peuvent être consignées par le comptable et faire l'objet d'une action en justice, introduite par l'ordonnateur.

Art. 51. Créances irrécouvrables

§ 1^{er}. Les créances constatées sont déclarées irrécouvrables en tout ou en partie par l'ordonnateur

1. lorsqu'elles sont prescrites en vertu des dispositions légales ou contractuelles;
2. lorsque les frais de recouvrement estimés sont supérieurs au montant de la créance constatée;
3. lorsque l'insolvabilité du créancier est attestée par un huissier de justice ou par l'administration fiscale;
4. lorsque les créances sont libellées sur des sociétés en état de faillite ou de dissolution et que le curateur atteste le caractère irrécouvrable de la créance.

Dans ces cas, le comptable inscrit une moins-value correspondant au montant irrécouvrable dans la comptabilité générale et, le cas échéant, dans la comptabilité budgétaire.

§ 2. Par dérogation à l'article 23, § 2, la déclaration d'irrécouvrabilité d'une créance visée au paragraphe 1^{er} est effectuée par l'ordonnateur lui-même, sans possibilité de délégation à un ordonnateur délégué ou subdélégué.

§ 3. Tout versement opéré après la déclaration constatant le caractère irrécouvrable, visée au paragraphe 1^{er}, est inscrite comme recette directe dans la comptabilité générale et dans la comptabilité budgétaire.

CHAPITRE VIII. — *Cession d'actifs***Art. 52.** Cessions

Sous réserve de dispositions légales ou décrétales contraires, les actifs mobiliers et immobiliers des institutions, devenus inutilisables, mais possédant une valeur marchande, peuvent être cédés.

Art. 53. Actifs amortis

Les actifs entièrement amortis dans la comptabilité générale, mais toujours utilisés, sont repris sans valeur dans l'inventaire.

TITRE II. — DISPOSITIONS PARTICULIÈRES**CHAPITRE I^{er}.** — *Les services de l'Administration générale***Art. 54.** Champ d'application

Les dispositions du présent chapitre ne s'appliquent qu'aux services de l'Administration générale.

Art. 55. Décret budgétaire

Le budget des services de l'Administration générale est arrêté par le décret budgétaire.

Art. 56. Fonds budgétaires

§ 1^{er}. En application de l'article 6, alinéa 2, un décret peut créer des fonds budgétaires en affectant certaines recettes à certaines dépenses. Dans ce cas, les crédits d'engagement et d'ordonnement sont appelés crédits variables.

§ 2. Par dérogation à l'article 13, sont permis dans un fond budgétaire le dépassement des moyens et l'engagement de moyens ainsi que l'exécution de dépenses à concurrence des recettes majorées des soldes des fonds d'engagement et de paiement reportés à la fin de l'exercice précédent en application du paragraphe 5.

§ 3. Les fonds budgétaires ne sont pas approvisionnés par des fonds en provenance du budget général des dépenses.

§ 4. Par dérogation à l'article 5, les recettes disponibles dans un des fonds budgétaires à la fin de l'exercice budgétaire sont reportées à l'exercice budgétaire suivant.

A partir du début de l'exercice budgétaire, le solde disponible à charge duquel aucune somme n'a été engagée, peut être utilisé pour de nouveaux engagements dans le champ d'application du fond budgétaire.

A partir du début de l'exercice budgétaire, le solde disponible à charge duquel aucune dépense n'a été liquidée, peut être utilisé pour de nouvelles dépenses dans le champ d'application du fond budgétaire.

§ 5. En complément à l'article 16, le compte d'exécution du budget des services de l'Administration générale fixe les soldes des fonds d'engagement et de paiement des crédits variables à reporter à l'année budgétaire suivante.

Art. 57. Structure budgétaire

§ 1^{er}. Le budget comprend :

1. le décret budgétaire, composé d'une partie normative, du budget des recettes et du budget général des dépenses;
2. l'Exposé Général contenant les informations relatives aux budgets des recettes et des dépenses, au budget administratif des dépenses, à la liste des fonds budgétaires, à la liste des engagements pluriannuels et à la liste des cautionnements.

§ 2. La partie normative du décret budgétaire contient les dispositions relatives aux recettes et aux dépenses de l'année budgétaire, y compris l'autorisation pour le Gouvernement de contracter des emprunts dans le cadre des limites et des dispositions arrêtées.

Pour toute subvention dépourvue de base légale, le décret budgétaire contient une disposition précisant la nature de la subvention. Ces subventions peuvent être octroyées aux conditions fixées par le Gouvernement.

§ 3. Le budget des recettes contient les recettes, énumérées suivant leur origine, conformément à la classification économique. Il fait la distinction entre recettes générales et recette affectées. Les montants estimés ne limitent pas les droits à constater.

L'article budgétaire constitue le seul niveau de répartition des recettes. Chaque article budgétaire est identifié par une description et codifié suivant la classification économique et fonctionnelle.

§ 4. Le budget général des dépenses énumère les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnement nécessaires selon les prévisions.

La division organique est le premier niveau de répartition du budget général des dépenses. Elle comprend les moyens prévus pour l'ensemble des activités dans un domaine déterminé des services de l'Administration générale.

Le programme est le deuxième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque division organique comprend un ou plusieurs programmes administratifs et opérationnels. Les programmes administratifs contiennent les crédits de personnel, d'exploitation et d'investissement destinés à l'exécution des missions de la division organique. Les programmes opérationnels contiennent les crédits spécifiques nécessaires pour atteindre les différents objectifs de la division organique.

Les crédits d'engagement sont prévus et octroyés par programme. Les crédits d'ordonnement sont prévus et octroyés pour l'ensemble du plan budgétaire.

Les crédits variables comprennent des crédits d'engagement et des crédits d'ordonnement. Ils sont repris dans la division budgétaire du programme concerné. Ils ne sont pas fusionnés avec les crédits du programme.

§ 5. L'Exposé Général comprend les commentaires relatifs au projet. Doivent obligatoirement y être joints :

1. le budget administratif en tant que troisième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque programme est subdivisé en une ou plusieurs allocations, dotées de crédits destinés à des activités particulières. Chaque allocation est identifiée par une description et codifiée suivant la classification économique et fonctionnelle;

2. la liste des fonds budgétaires comportant les indications suivantes : le solde des crédits d'engagement et d'ordonnement reportés de l'année précédente, l'estimation des recettes de l'année budgétaire, l'estimation des crédits disponibles, l'estimation des crédits utilisés pendant l'année budgétaire et le solde définitif des crédits d'engagement et d'ordonnement à reporter à l'année suivante;

3. une simulation pluriannuelle des recettes et des dépenses;
4. la liste des engagements pluriannuels de la Communauté, conformément à l'article 58, § 2;
5. la liste des cautionnements, garanties ou autres avals de la Communauté, en application de l'article 58, § 3;
6. une liste des créances qui conformément à l'article 51 ont été déclarées irrécouvrables;
7. les budgets des services à gestion séparée et des organismes d'intérêt public, approuvés par le Gouvernement, accompagnés de leurs explications.

Art. 58. Emprunts, engagements pluriannuels et cautionnements

§ 1^{er}. Le décret budgétaire fixe le montant des emprunts destinés à la couverture de dépenses d'investissement que le Gouvernement peut contracter.

§ 2. Sauf pour les engagements récurrents au sens de l'article 13, les mesures susceptibles d'engager la Communauté au-delà de l'habilitation budgétaire dans des dépenses au cours d'années budgétaires à venir ne sont admises que si le décret budgétaire les autorise dans sa partie normative.

§ 3. La constitution de cautionnements, garanties ou autres avals susceptibles d'entraîner des dépenses au cours d'années budgétaires à venir nécessite une habilitation par le décret budgétaire, qui fixe le montant maximal.

§ 4. Le Ministre du budget est habilité

1. à conclure les opérations financières nécessaires dans l'intérêt général de la gestion de la Trésorerie de la Communauté germanophone, y compris la souscription d'emprunts à court terme, dont la durée doit être inférieure à un an;

2. à adapter, de commun accord avec le bailleur de fonds, les conditions de remboursement des emprunts contractés par la Communauté germanophone en Belgique ou à l'étranger et à conclure des contrats administratifs en la matière;

3. à gérer dans l'intérêt de la Trésorerie les réserves de la Communauté germanophone ainsi que les recettes journalières éventuelles de la Trésorerie, supérieures aux dépenses, et le produit des emprunts en utilisant les possibilités de placement de capitaux offertes par le marché.

Art. 59. Etablissement des budgets et des ajustements budgétaires

Le Gouvernement fixe les lignes directrices et les modalités d'établissement des budgets et des ajustements budgétaires.

Le Gouvernement établit le projet de budget et le dépose au Parlement au plus tard le 31 octobre de l'année précédant l'année budgétaire. En même temps que le dépôt au Parlement, le Gouvernement fait parvenir le projet de budget à la Cour des comptes.

Au plus tard le 31 décembre de la même année, le budget est adopté par le Parlement.

Un contrôle budgétaire a lieu chaque année au cours du premier trimestre en vue d'un ajustement éventuel du budget. D'autres contrôles et ajustements budgétaires sont possibles à tout moment.

L'ajustement du budget a lieu de la même manière que l'établissement du budget, dans le respect de la structure budgétaire décrite à l'article 57. Les différents tableaux du budget des recettes, du budget général des dépenses et du budget administratif des dépenses sont actualisés; ils font la comparaison entre les crédits initiaux et les crédits ajustés.

Le Gouvernement dépose en même temps au Parlement les projets de décret ajustant le budget et les documents justificatifs.

Lorsque l'ajustement a lieu dans le cadre du contrôle budgétaire visé à l'alinéa 3, les projets sont déposés au plus tard le 30 avril de l'année budgétaire en cours. Ces ajustements sont adoptés par le Parlement au plus tard le 30 juin de l'année budgétaire en cours.

Art. 60. Crédits budgétaires provisoires

S'il apparaît que le budget ne pourra pas être voté avant le 31 décembre de l'année précédant l'année budgétaire, le décret arrête le budget des recettes et alloue les crédits provisoires nécessaires au fonctionnement des services, qui sont imputés sur le budget général des dépenses de l'année budgétaire en question.

Si nécessaire, des projets de décret allouant des crédits provisoires supplémentaires, imputés sur le budget général des dépenses de l'année budgétaire en question, sont déposés au Parlement.

Art. 61. Durée des crédits budgétaires provisoires

Le décret allouant des crédits provisoires indique la période à laquelle ces crédits se rapportent.

Cette période ne peut pas excéder quatre mois, sauf si certaines dispositions ou certains contrats en vigueur exigent qu'ils soient alloués pour une période plus longue.

Art. 62. Calcul des crédits budgétaires provisoires

Les crédits budgétaires provisoires sont calculés sur la base des crédits du dernier budget des dépenses qui a été voté.

Les crédits budgétaires provisoires ne sont pas utilisés pour de nouveaux types de missions.

Sauf dispositions particulières contraires dans les décrets allouant des crédits budgétaires provisoires, les dépenses par programme pour le budget des dépenses et par allocation pour le budget administratif des dépenses ne sont pas supérieures aux montants du dernier budget voté, et ce par rapport à la période à laquelle se rapportent ces crédits budgétaires provisoires.

Art. 63. Unité de caisse

Toutes les rentrées pécuniaires dans les caisses de l'Administration générale sont centralisées sur les comptes de la Trésorerie.

Art. 64. Remboursements

Par dérogation à l'article 10, les comptables peuvent disposer immédiatement des recettes pour rembourser les montants perçus indûment et les intérêts de retard y afférents selon les dispositions en vigueur.

Art. 65. Urgence

§ 1^{er}. En cas d'urgence à la suite de circonstances exceptionnelles ou imprévisibles et en cas d'absence ou d'insuffisance des crédits d'engagement ou d'ordonnancement, le Gouvernement peut, par une décision motivée, autoriser l'engagement de crédits budgétaires, la liquidation d'engagements, l'ordonnancement et le paiement de dépenses dépassant le cadre des crédits budgétaires alloués ou correspondant, à défaut d'allocation de crédits budgétaires, au montant fixé par cette décision.

La décision du Gouvernement peut porter sur l'augmentation du crédit d'engagement sans modification du crédit d'ordonnancement, l'augmentation du crédit d'ordonnancement sans modification du crédit d'engagement ou la modification d'une habilitation donnée dans la partie normative du décret budgétaire.

Le libellé des décisions du Gouvernement est transmis immédiatement au Parlement et à la Cour des Comptes. La Cour des Comptes fait parvenir ses observations au Parlement.

§ 2. Pour les habilitations visées au paragraphe 1^{er}, un projet d'ajustement budgétaire allouant les crédits budgétaires nécessaires est déposé au Parlement dans le mois suivant la décision.

Art. 66. Information du Parlement

Chaque trimestre, le Gouvernement transmet au Parlement un aperçu de l'exécution des budgets.

Art. 67. Ouverture de crédits budgétaires supplémentaires

S'il s'avère, après épuisement de toutes les possibilités de réallocation visées à l'article 68, qu'un crédit d'ordonnancement est insuffisant pour couvrir une dépense remplissant toutes les conditions d'une dépense liquidée, le Gouvernement ouvre les crédits budgétaires nécessaires par une décision motivée, conformément aux modalités prévues à l'article 65.

Art. 68. Réaffectation des allocations

Au cours de l'année budgétaire, le Gouvernement peut réaffecter les crédits budgétaires aux allocations du budget administratif des dépenses. A chaque réaffectation, les augmentations de crédits sont entièrement compensées par des diminutions de crédits.

Au niveau des crédits d'engagement, les crédits d'un programme peuvent être répartis autrement sur les allocations de ce même programme.

Au niveau des crédits d'ordonnancement, les crédits budgétaires peuvent être répartis autrement sur les allocations du budget.

Ni les crédits d'engagement ni les crédits d'ordonnancement de crédits variables ne peuvent faire l'objet d'une réaffectation.

Lorsque le Gouvernement procède à une réaffectation des crédits budgétaires aux allocations du budget administratif des dépenses, il en informe le Parlement.

Art. 69. L'ordonnateur

Le Gouvernement exerce la fonction d'ordonnateur. Il fixe les modalités de répartition de cette compétence entre les membres du Gouvernement.

Le Gouvernement peut déléguer cette compétence à des ordonnateurs délégués. La délégation peut prévoir la possibilité d'une nouvelle délégation à des ordonnateurs subdélégués.

Art. 70. Ajustements et corrections comptables

Le comptable peut continuer à procéder à des ajustements comptables jusqu'à la transmission de la reddition générale des comptes à la Cour des Comptes dans les délais prévus à l'article 40. Ces ajustements se rapportent uniquement à des événements importants survenus au cours de l'exercice comptable concerné et dont la survenance ou les effets n'étaient pas connus au moment de la clôture des comptes.

Les ajustements comptables découlant du travail de contrôle et de certification de la Cour des Comptes, tel que prévu à l'article 46, restent possibles dans le chef du comptable jusqu'à ce que la Cour des Comptes ait transmis au Parlement le rapport de contrôle relatif à la reddition générale des comptes en application de l'article 41.

Art. 71. Contrôle budgétaire

Le Gouvernement organise le contrôle administratif et budgétaire. Il est aidé dans cette tâche par les inspecteurs financiers agréés par lui, qui travaillent sous sa supervision.

Art. 72. Analyse des projets budgétaires

Dans le cadre du contrôle de la légalité et de la régularité des dépenses et des recettes, la Cour des Comptes analyse les projets budgétaires du Gouvernement et transmet ses observations au Parlement.

CHAPITRE II. — Services à gestion séparée**Art. 73. Champ d'application**

Les dispositions du présent chapitre sont uniquement applicables aux services à gestion séparée définis à l'article 74.

Art. 74. Définition

Les services de la Communauté dont la gestion est séparée de la gestion des services de l'Administration générale en vertu d'une loi ou d'un décret sont appelés services à gestion séparée.

Le service à gestion séparée est soumis au contrôle hiérarchique du Ministre compétent.

Art. 75. Arrêt du budget

Le budget du service à gestion séparée est arrêté par le Ministre compétent et approuvé par le Gouvernement.

Lorsqu'une dotation des recettes est prévue pour le service à gestion séparée, celle-ci est reprise comme crédit d'engagement et crédit d'ordonnancement des services de l'Administration générale dans le budget général des dépenses visé à l'article 57, § 4, et approuvée par le Parlement à ce titre.

En tous les cas, le plafond de la somme globale des crédits d'engagement du service à gestion séparée est approuvé par le décret budgétaire du Parlement visé à l'article 55. Le Parlement peut faire dépendre ce plafond de l'évolution des recettes propres du service à gestion séparée.

Le budget approuvé par le Gouvernement est transmis au Parlement en tant que partie intégrante de l'Exposé Général visé à l'article 57, § 5.

Art. 76. Structure budgétaire

§ 1^{er}. Le budget du service à gestion séparée comprend le budget des recettes, le budget des dépenses et les commentaires relatifs au budget.

§ 2. Le budget des recettes énumère les recettes estimées suivant leur origine conformément à la classification économique. L'estimation des montants ne limite pas les droits à constater.

L'article budgétaire est le seul niveau de répartition du budget des recettes. Chaque article budgétaire est identifié par une description et codifié suivant la classification économique et fonctionnelle.

§ 3. Le budget des dépenses énumère les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnement probablement nécessaires.

La division organique est le premier niveau de répartition du budget général des dépenses. Elle comprend les moyens prévus pour l'ensemble des activités dans un domaine déterminé du service à gestion séparée.

Le programme est le deuxième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque division organique comprend un ou plusieurs programmes administratifs et opérationnels. Les programmes administratifs contiennent les crédits de personnel, d'exploitation et d'investissement destinés à l'exécution des missions de la division organique. Les programmes opérationnels contiennent les crédits spécifiques nécessaires pour atteindre les différents objectifs de la division organique.

L'allocation est le troisième niveau de répartition du budget des dépenses. Chaque allocation est identifiée par une description et codifiée suivant la classification économique et fonctionnelle.

Les crédits d'engagement sont prévus et approuvés par programme, les crédits d'ordonnement pour l'ensemble du budget.

§ 4. Le Gouvernement peut décider que la structure du budget des dépenses d'un service à gestion séparée déterminé ne comprend que des programmes et des allocations ou uniquement des allocations. Dans le dernier cas, les crédits d'engagement sont prévus et approuvés par allocation, les crédits d'ordonnement pour le budget.

Art. 77. Emprunts et engagements pluriannuels

§ 1^{er}. Le décret budgétaire visé à l'article 55 fixe dans sa partie normative le montant des emprunts destinés à la couverture de dépenses d'investissement que le service à gestion séparée peut contracter.

§ 2. Sauf pour les engagements récurrents au sens de l'article 13, les mesures susceptibles d'engager le service à gestion séparée au-delà de l'habilitation budgétaire dans des dépenses au cours d'années budgétaires à venir ne sont admises que si le décret budgétaire visé à l'article 55 les autorise dans sa partie normative.

§ 3. Le service à gestion séparée est habilité, mais uniquement avec l'autorisation expresse du Gouvernement,

1. à conclure les opérations financières nécessaires dans l'intérêt général de la gestion du service à gestion séparée, y compris la souscription d'emprunts à court terme, dont la durée doit être inférieure à un an;

2. à adapter, de commun accord avec le bailleur de fonds, les conditions de remboursement des emprunts contractés par le service à gestion séparée en Belgique ou à l'étranger et à conclure des contrats administratifs en la matière;

3. à gérer dans l'intérêt du service à gestion séparée les réserves du service à gestion séparée ainsi que les recettes journalières éventuelles, supérieures aux dépenses, et le produit des emprunts en utilisant les possibilités de placement de capitaux offertes par le marché. Dans le dernier cas, le Gouvernement fixe préalablement principalement le type, le montant maximal et la durée maximale des placements de capitaux possibles.

Art. 78. Etablissement des budgets et des ajustements budgétaires

Le Gouvernement fixe les lignes directrices et les modalités d'établissement des budgets et des ajustements budgétaires.

Le projet de budget est transmis au Ministre du budget au plus tard le 30 septembre de l'année précédant l'année budgétaire.

Un contrôle budgétaire a lieu chaque année au cours du premier trimestre en vue d'une adaptation éventuelle du budget. D'autres contrôles et ajustements budgétaires sont possibles à tout moment.

L'ajustement du budget a lieu de la même manière que l'établissement du budget, dans le respect de la structure budgétaire décrite à l'article 76. Les différents tableaux du budget des recettes et du budget des dépenses sont actualisés; ils font la comparaison entre les crédits initiaux et les crédits ajustés.

Le Ministre compétent transmet le projet d'ajustement budgétaire au Ministre du budget en même temps que les commentaires. L'ajustement budgétaire est approuvé par le Gouvernement et transmis au Parlement pour information.

Lorsque l'ajustement a lieu dans le cadre du contrôle budgétaire visé à l'alinéa 3, les projets sont transmis au plus tard le 31 mars de l'année budgétaire en cours.

Art. 79. Crédits budgétaires provisoires

Si le budget du service à gestion séparée n'est pas approuvé avant le 31 décembre de l'année précédant l'année budgétaire, les crédits du projet budgétaire transmis par le Ministre compétent peuvent être utilisés, sauf pour des dépenses nouvelles non approuvées par le budget de l'année précédente.

Art. 80. Information du Gouvernement

Chaque trimestre, le service à gestion séparée transmet au Ministre compétent et au Ministre du budget un aperçu de l'exécution du budget.

Art. 81. Réaffectation des allocations

Au cours de l'année budgétaire, le Ministre compétent peut adapter la répartition des crédits budgétaires sur les allocations du budget des dépenses. A chaque réaffectation, les augmentations de crédits sont entièrement compensées par des diminutions de crédits.

Au niveau des crédits d'engagement, les crédits d'un programme peuvent être répartis autrement sur les allocations de ce même programme. Lorsque le budget des dépenses ne comporte qu'un seul niveau de répartition, les crédits d'engagement ne peuvent pas faire l'objet d'une réaffectation.

Au niveau des crédits d'ordonnancement, les crédits budgétaires peuvent être répartis autrement sur les allocations du budget.

Lorsque le Ministre compétent procède à une réaffectation des crédits budgétaires aux allocations du budget des dépenses, il en informe le Gouvernement.

Art. 82. L'ordonnateur

Le Ministre compétent exerce la fonction d'ordonnateur. Il peut déléguer cette compétence à des ordonnateurs délégués. La délégation peut prévoir la possibilité d'une nouvelle délégation à des ordonnateurs subdélégués.

Art. 83. Ajustements et corrections comptables

Le comptable peut continuer à procéder à des ajustements comptables jusqu'à la transmission du compte d'exécution budgétaire et des comptes annuels dans les délais prévus à l'article 84. Ces ajustements se rapportent uniquement à des événements importants survenus au cours de l'exercice comptable concerné et dont la survenance ou les effets n'étaient pas connus au moment de la clôture des comptes.

Les ajustements comptables découlant du travail de contrôle et de certification de la Cour des Comptes, tel que prévu à l'article 46, restent possibles dans le chef du comptable jusqu'à ce que la Cour des Comptes ait transmis au Parlement le rapport de contrôle relatif à la reddition générale des comptes en application de l'article 41.

Art. 84. Compte d'exécution du budget et comptes annuels

Avant le 30 avril de l'année suivant l'année budgétaire, le service à gestion séparée transmet au Ministre compétent et au Ministre du budget le compte d'exécution du budget conformément à l'article 16 et les comptes annuels conformément à l'article 38, accompagnés des commentaires, ainsi qu'un rapport annuel sur ses activités au cours de l'année budgétaire écoulée. Lorsque le service à gestion séparée a conclu un contrat de gestion avec le Gouvernement, le rapport annuel contient également un rapport sur l'état d'avancement de l'exécution de ce contrat de gestion.

Après approbation par le Gouvernement, le Ministre du budget transmet le compte d'exécution du budget, les comptes annuels et le rapport annuel à la Cour des Comptes. La transmission a lieu au plus tard le 31 mai de l'année suivant l'année budgétaire.

Art. 85. Réserve

Dans sa comptabilité, le service à gestion séparée ouvre un compte destiné à servir à la comptabilisation d'une réserve provenant de l'utilisation du résultat. Le plafond de la réserve est fixé par décret. Le service à gestion séparée fixe chaque année le montant de la réserve dans le cadre du plafond mentionné ci-dessus. La décision de fixation du montant est présentée pour approbation au Gouvernement.

CHAPITRE III. — Organismes d'intérêt public**Art. 86. Champ d'application**

Les dispositions du présent chapitre sont uniquement applicables aux organismes d'intérêt public définis à l'article 87.

Art. 87. Définition

§ 1^{er}. L'organisme d'intérêt public est créé par le décret. Il possède la personnalité juridique.

Le décret organique portant création de l'organisme d'intérêt public fixe les missions et le mode de fonctionnement de l'organisme d'intérêt public.

L'organisme d'intérêt public est dirigé par un conseil d'administration. Le décret organique fixe la composition du conseil d'administration.

§ 2. Les institutions suivantes sont des organismes d'intérêt public au sens du paragraphe 1^{er} :

1. le Centre belge de radiodiffusion et de télévision de la Communauté germanophone (Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft);
2. le Service pour personnes handicapées de la Communauté germanophone (Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung);
3. l'Institut de formation des classes moyennes et des petites et moyennes entreprises (Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen);
4. l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone (Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft);
5. la Haute-Ecole autonome de la Communauté germanophone, (Autonome Hochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft) dès que les dispositions du présent décret auront été rendues applicables pour elle par un décret adopté conformément à l'article 24, § 2 de la Constitution.

Art. 88. Tutelle

§ 1^{er}. L'organisme d'intérêt public est soumis à la tutelle du Ministre compétent et du Ministre du budget. La tutelle du Ministre du budget couvre toutes les décisions à incidence financière ou budgétaire.

La tutelle est exercée par un ou plusieurs commissaires du Gouvernement désignés par le Gouvernement sur proposition du Ministre compétent et du Ministre du budget.

Pour chaque commissaire du Gouvernement, le Gouvernement peut désigner un suppléant qui exerce, en cas d'empêchement, les missions du commissaire du Gouvernement.

§ 2. Le commissaire du Gouvernement assiste avec voix consultative aux réunions du conseil d'administration. Il jouit des pouvoirs les plus étendus pour remplir sa mission.

§ 3. Chaque commissaire du Gouvernement dispose d'un délai de quatre jours pleins pour introduire un recours contre toute décision qui, à son avis, viole des dispositions en vigueur ou l'intérêt général. Le recours du commissaire du Gouvernement suspend l'exécution de la décision. Le commissaire du Gouvernement informe par écrit le conseil d'administration de son recours.

Le délai de quatre jours pleins, indiqué à l'alinéa 1^{er}, court à partir du jour de la réunion pendant laquelle la décision a été prise, pour autant que le commissaire du Gouvernement ait régulièrement été invité. Dans le cas contraire, il court à partir du jour où celui-ci a pris connaissance de la décision.

§ 4. Le commissaire du Gouvernement introduit son recours auprès du Ministre sur proposition duquel il a été désigné.

Le Ministre auprès duquel le recours est introduit dispose d'un délai de trente jours pleins à partir du moment indiqué au paragraphe 3, alinéa 2, pour solliciter l'avis des autres Ministres concernés et annuler la décision. Il informe le conseil d'administration de l'annulation de la décision. A défaut d'annulation dans le délai précité, la décision est considérée comme définitive.

§ 5. Le Gouvernement fixe le montant des indemnités et des jetons de présence accordés aux commissaires du Gouvernement à charge du budget de l'organisme d'intérêt public.

Art. 89. Tutelle coercitive

§ 1^{er}. Si l'intérêt général ou des dispositions en vigueur l'exigent, le Ministre de tutelle ou le Ministre du budget peut obliger l'organisme d'intérêt public à décider de certains projets de décision ou à répondre à certaines questions. Le Ministre ou le commissaire du Gouvernement désigné sur sa proposition informe le conseil d'administration des questions dont le conseil d'administration de l'organisme d'intérêt public doit décider et du délai qui lui est imparti.

Si le conseil d'administration de l'organisme d'intérêt public n'a pas pris de décision dans le délai indiqué ou si le Ministre ne peut pas se rallier à la décision du conseil d'administration, le Gouvernement peut prendre une décision par arrêté en lieu et place du conseil d'administration. Une photocopie de l'arrêté en question est immédiatement transmise au Parlement.

§ 2. Le Gouvernement peut désigner un commissaire spécial lorsque l'organisme d'intérêt public omet de communiquer les informations ou les données requises ou de prendre les mesures prescrites par des dispositions en vigueur ou par un jugement coulé en force de chose jugée. Le commissaire spécial est habilité en lieu et place de l'instance retardataire à prendre toutes les mesures dans le cadre du mandat qui lui a été confié par arrêté de nomination.

Avant d'envoyer un commissaire spécial, le Gouvernement

1. transmet à l'organisme d'intérêt public, par recommandé, un rappel motivé expliquant ce qu'on attend de lui ou les mesures qu'il a omis de prendre;

2. fixe à l'organisme d'intérêt public, dans le même rappel, un certain délai, raisonnable, pour répondre à la sommation qui lui a été adressée, pour justifier son comportement, pour confirmer son point de vue ou pour prendre les mesures prescrites.

Art. 90. Arrêt du budget

Le budget de l'organisme d'intérêt public est arrêté par son conseil d'administration et approuvé par le Gouvernement.

Le cas échéant, la dotation des recettes de l'organisme d'intérêt public est reprise comme crédit d'ordonnement dans le budget général des dépenses des services de l'Administration générale, visé à l'article 57, § 4, et approuvée par le Parlement à ce titre.

En tous les cas, le plafond de la somme globale des crédits d'engagement de l'organisme d'intérêt public est approuvé par le décret budgétaire du Parlement visé à l'article 55. Le Parlement peut faire dépendre ce plafond de l'évolution des recettes propres de l'organisme d'intérêt public.

Le budget approuvé par le Gouvernement est transmis au Parlement en tant que partie intégrante de l'Exposé Général visé à l'article 57, § 5.

Art. 91. Structure budgétaire

§ 1^{er}. Le budget de l'organisme d'intérêt public comprend le budget des recettes, le budget des dépenses et les commentaires relatifs au budget.

§ 2. Le budget des recettes énumère les recettes estimées suivant leur origine conformément à la classification économique. L'estimation des montants ne limite pas les droits à constater.

L'article budgétaire est le seul niveau de répartition du budget des recettes. Chaque article budgétaire est identifié par une description et codifié suivant la classification économique et fonctionnelle.

§ 3. Le budget des dépenses énumère les crédits d'engagement et les crédits d'ordonnement probablement nécessaires.

La division organique est le premier niveau de répartition du budget général des dépenses. Elle comprend les moyens prévus pour l'ensemble des activités dans un domaine déterminé de l'organisme d'intérêt public.

Le programme est le deuxième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque division organique comprend un ou plusieurs programmes administratifs et opérationnels. Les programmes administratifs contiennent les crédits de personnel, d'exploitation et d'investissement destinés à l'exécution des missions de la division organique. Les programmes opérationnels contiennent les crédits spécifiques nécessaires pour atteindre les différents objectifs de la division organique.

La division organique est le premier niveau de répartition du budget général des dépenses. Elle comprend les moyens prévus pour l'ensemble des activités dans un domaine déterminé de l'organisme d'intérêt public.

Le programme est le deuxième niveau de répartition du budget général des dépenses. Chaque division organique comprend un ou plusieurs programmes administratifs et opérationnels. Les programmes administratifs contiennent les crédits de personnel, d'exploitation et d'investissement destinés à l'exécution des missions de la division organique. Les programmes opérationnels contiennent les crédits spécifiques nécessaires pour atteindre les différents objectifs de la division organique.

L'allocation est le troisième niveau de répartition du budget des dépenses. Chaque allocation est identifiée par une description et codifiée suivant la classification économique et fonctionnelle.

Les crédits d'engagement sont prévus et approuvés par programme. Les crédits d'ordonnancement sont prévus et approuvés pour l'ensemble du budget.

§ 4. Le Gouvernement peut décider que la structure du budget des dépenses d'un organisme d'intérêt public déterminé ne comprend que des programmes et des allocations ou uniquement des allocations. Dans le dernier cas, les crédits d'engagement sont prévus et approuvés par allocation, les crédits d'ordonnancement pour le budget.

Art. 92. Emprunts et engagements pluriannuels

§ 1^{er}. Le décret budgétaire visé à l'article 55 fixe dans sa partie normative le montant des emprunts destinés à la couverture de dépenses d'investissement que l'organisme d'intérêt public peut contracter.

§ 2. Sauf pour les engagements récurrents au sens de l'article 13, les mesures susceptibles d'engager l'organisme d'intérêt public au-delà de l'habilitation budgétaire dans des dépenses au cours d'années budgétaires à venir ne sont admises que si le décret budgétaire visé à l'article 55 les autorise dans sa partie normative.

§ 3. L'organisme d'intérêt public est habilité, mais uniquement avec l'autorisation expresse du Gouvernement,

1. à conclure les opérations financières nécessaires dans l'intérêt général de l'organisme d'intérêt public, y compris la souscription d'emprunts à court terme, dont la durée doit être inférieure à un an;

2. à adapter, de commun accord avec le bailleur de fonds, les conditions de remboursement des emprunts contractés par l'organisme d'intérêt public en Belgique ou à l'étranger et à conclure des contrats administratifs en la matière;

3. à gérer dans l'intérêt de l'organisme d'intérêt public les réserves de l'organisme d'intérêt public ainsi que les recettes journalières éventuelles, supérieures aux dépenses, et le produit des emprunts en utilisant les possibilités de placement de capitaux offertes par le marché. Dans le dernier cas, le Gouvernement fixe préalablement principalement le type, le montant maximal et la durée maximale des placements de capitaux possibles.

Art. 93. Etablissement des budgets et des ajustements budgétaires

Le Gouvernement fixe les lignes directrices et les modalités d'établissement des budgets et des ajustements budgétaires.

Le projet de budget est transmis au Ministre de tutelle et au Ministre du budget au plus tard le 30 septembre de l'année précédant l'année budgétaire. Si la transmission du projet de budget de l'organisme d'intérêt public n'est pas effectuée endéans ce délai, les paiements éventuels à charge du budget de l'Administration générale à l'adresse de l'organisme d'intérêt public sont suspendus.

Un contrôle budgétaire a lieu chaque année au cours du premier trimestre en vue d'une adaptation éventuelle du budget. D'autres contrôles et adaptations budgétaires sont possibles à tout moment.

L'ajustement du budget a lieu de la même manière que l'établissement du budget, dans le respect de la structure budgétaire décrite à l'article 91. Les différents tableaux du budget des recettes et du budget des dépenses sont actualisés; ils font la comparaison entre les crédits initiaux et les crédits ajustés.

L'organisme d'intérêt public transmet le projet d'ajustement budgétaire au Ministre de tutelle et au Ministre du budget en même temps que les commentaires.

Lorsque l'ajustement a lieu dans le cadre du contrôle budgétaire visé à l'alinéa 3, les projets sont transmis au plus tard le 31 mars de l'année budgétaire en cours.

Art. 94. Crédits budgétaires provisoires

Si le budget de l'organisme d'intérêt public n'est pas approuvé avant le 31 décembre de l'année précédant l'année budgétaire, les crédits du projet budgétaire déposé par l'organisme d'intérêt public peuvent être utilisés, sauf pour des dépenses nouvelles non approuvées par le budget de l'année précédente.

Art. 95. Information du Gouvernement

Chaque trimestre, l'organisme d'intérêt public transmet au Ministre de tutelle et au Ministre du budget un aperçu de l'exécution du budget.

Art. 96. Nouvelle répartition des allocations

Au cours de l'année budgétaire, le conseil d'administration peut adapter la répartition des crédits budgétaires sur les allocations du budget des dépenses. A chaque nouvelle répartition, les augmentations de crédits sont entièrement compensées par des diminutions de crédits.

Au niveau des crédits d'engagement, les crédits d'un programme peuvent être répartis autrement sur les allocations de ce programme. Lorsque le budget des dépenses ne comporte qu'un seul niveau de répartition, les crédits d'engagement ne peuvent pas faire l'objet d'une nouvelle répartition.

Au niveau des crédits d'ordonnancement, les crédits budgétaires peuvent être répartis autrement sur les allocations du budget.

Lorsque le conseil d'administration procède à une réaffectation des crédits budgétaires aux allocations du budget des dépenses, il en informe le Gouvernement.

Art. 97. L'ordonnateur

Le conseil d'administration exerce la fonction d'ordonnateur. Il peut déléguer cette compétence à des ordonnateurs délégués. La délégation peut prévoir la possibilité d'une nouvelle délégation à des ordonnateurs subdélégués.

Art. 98. Ajustements et corrections comptables

Le comptable peut continuer à procéder à des ajustements comptables jusqu'à la transmission du compte d'exécution budgétaire et des comptes annuels dans les délais prévus à l'article 99. Ces ajustements se rapportent uniquement à des événements importants survenus au cours de l'exercice comptable concerné et dont la survenance ou les effets n'étaient pas connus au moment de la clôture des comptes.

Les ajustements comptables découlant du travail de contrôle et de certification de la Cour des Comptes, tel que prévu à l'article 46, restent possibles dans le chef du comptable jusqu'à ce que la Cour des Comptes ait transmis au Parlement le rapport de contrôle relatif à la reddition générale des comptes en application de l'article 41.

Art. 99. Compte d'exécution du budget et comptes annuels

Avant le 30 avril de l'année suivant l'année budgétaire, l'organisme d'intérêt public transmet au Ministre de tutelle et au Ministre du budget le compte d'exécution du budget conformément à l'article 16 et les comptes annuels conformément à l'article 38, accompagnés des commentaires, ainsi qu'un rapport annuel sur ses activités au cours de l'année budgétaire écoulée. Lorsque l'organisme d'intérêt public a conclu un contrat de gestion avec le Gouvernement, le rapport annuel contient également un rapport sur l'état d'avancement de l'exécution de ce contrat de gestion.

Après approbation par le Gouvernement, le Ministre du budget transmet le compte d'exécution du budget, les comptes annuels et le rapport annuel à la Cour des Comptes. La transmission a lieu au plus tard le 31 mai de l'année suivant l'année budgétaire.

Art. 100. Réserve

Dans sa comptabilité, l'organisme d'intérêt public ouvre un compte destiné à servir à la comptabilisation d'une réserve provenant de l'utilisation du résultat. Le plafond de la réserve est fixé par le décret organique. L'organisme d'intérêt public fixe chaque année le montant de la réserve dans le cadre du plafond mentionné ci-dessus. La décision de fixation du montant est présentée pour approbation au Gouvernement.

Art. 101. Réviseur d'entreprises

Le Gouvernement peut désigner un ou plusieurs réviseurs d'entreprises pour chaque organisme d'intérêt public. Le ou les réviseurs d'entreprises peuvent intervenir dans le cadre du service d'audit interne défini à l'article 45.

Les réviseurs d'entreprises vérifient la comptabilité et certifient la sincérité et la véracité des opérations comptables. Ils peuvent consulter tous les livres et documents comptables, la correspondance, les procès-verbaux, les situations financières et les opérations comptables en général. Ils vérifient la consistance des biens et des valeurs appartenant à l'organisme d'intérêt public ou gérés par lui ou dont il dispose. Ils n'interviennent pas dans la gestion de l'organisme d'intérêt public.

Les réviseurs d'entreprises transmettent au Ministre de tutelle, au Ministre du budget et au conseil d'administration de l'organisme d'intérêt public au moins une fois par an, à l'occasion de l'établissement du bilan et du compte de résultat, un rapport sur la situation de l'actif et du passif ainsi que sur le résultat opérationnel de l'organisme d'intérêt public. Ils signalent immédiatement toute négligence, toute irrégularité et en général toute situation mettant en péril la solvabilité et la liquidité de l'organisme d'intérêt public.

Art. 102. Personnel

§ 1^{er}. Le Gouvernement fixe le statut du personnel des agents et l'organigramme des organismes d'intérêt public.

Sous réserve des dispositions du décret organique de l'organisme d'intérêt public, les membres du personnel sont nommés, promus et licenciés par le conseil d'administration.

Les organismes d'intérêt public transmettent sur demande au Ministre de tutelle, au Ministre du budget et au Ministre de la fonction publique toutes les informations relatives à la carrière ou la rémunération de leur personnel. Pour les demandes émanant du Ministre du budget ou du Ministre de la fonction publique, les informations sont également communiquées au Ministre de tutelle.

Le Gouvernement décide des systèmes de traitement de données utilisés pour la gestion du personnel des organismes d'intérêt public.

§ 2. Le Gouvernement peut habiliter un organisme d'intérêt public à participer au système de pensions introduit par la loi du 28 avril 1958 relative à la pension des membres du personnel de certains organismes d'intérêt public et de leurs ayants droit.

TITRE III. — DISPOSITIONS DIVERSES**Art. 103.** Droits au paiement de subventions et de subsides

Par dérogation à toute prescription contraire, il n'existe pas de droit au paiement de subventions et subsides de toute nature dont le montant annuel ne dépasse pas 124 euros, à l'exception des subsides et allocations aux personnes physiques.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, il n'existe pas de droit au paiement de subsides

— inférieurs à 2.500 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1^o à 3^o, 5^o et 7^o à 10^o, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure;

— inférieurs à 2.500 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, du même décret lorsque le demandeur est une personne morale de droit privé ou public;

— inférieurs à 750 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1^{er}, 4^o, du même décret, lorsque le demandeur est une personne physique;

— inférieurs à 750 EUR pour les projets d'infrastructure prévus à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6^o, du même décret.

Art. 104. Paiement de subventions et de dotations

§ 1^{er}. Par dérogation à toute règle contraire, à l'exception de normes fixées par des instances supérieures, toutes les avances de subventions et dotations pour frais de fonctionnement et de personnel à liquider le seront mensuellement, par douzième, avant le 22 de chaque mois, dans les limites des différents crédits budgétaires disponibles.

Dans la mesure où aucune liquidation d'avances visée à l'alinéa 1^{er} n'est prévue, les montants annuels des dotations de fonctionnement et de personnel inscrits dans les différents budgets des dépenses en faveur des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone ainsi que du Parlement de la Communauté germanophone seront liquidés mensuellement par douzième avant le 22 de chaque mois. La même règle vaut pour toutes les autres dotations et subventions pour frais de fonctionnement et de personnel, en ce compris tout l'enseignement.

§ 2. Le paragraphe 1^{er} ne s'applique qu'aux paiements dont le montant excède 6.000 euros.

Toutes les subventions et dotations annuelles pour frais de fonctionnement et de personnel qui ne dépassent pas le montant figurant au premier alinéa et pour lesquelles aucune avance n'était prévue jusqu'à présent seront liquidées sous forme d'avance annuelle à concurrence de 50 % de la subvention annuelle escomptée. La liquidation de l'avance aura lieu au cours du premier trimestre de l'année suivant l'année d'activité concernée. Le solde de la subvention sera liquidé après décompte final, au plus tard dans le courant du mois de mars de l'année qui suit l'année où l'avance a été liquidée. Si l'avance est supérieure au montant de subvention obtenu après décompte, alors la somme correspondante peut être retenue sur la subvention de l'année suivante.

Dans la mesure où la liquidation de la subvention annuelle totale est escomptée pour la fin juin de l'année de subsideation, l'on peut renoncer au paiement de l'avance visée à l'alinéa précédent.

Art. 105. Contrats de gestion

Pour une période à définir à chaque fois, le Gouvernement peut conclure avec des institutions ou des services actifs sur le territoire de la Communauté germanophone un contrat de gestion dans lequel sont fixées les missions de ces institutions ou services, les conditions-cadres dans lesquelles elles doivent être assumées ainsi que leur financement.

Avant sa signature, chaque contrat de gestion doit être soumis à l'approbation du Parlement de la Communauté germanophone.

TITRE IV. — DISPOSITIONS FINALES**Art. 106.** Années budgétaires antérieures

L'établissement et la transmission de la reddition générale des comptes et des balances de comptes des comptables pour les années budgétaires antérieures à l'entrée en vigueur du présent décret restent soumis à la législation applicable à l'époque.

Art. 107. Bilan d'ouverture

Lors du dépôt du premier projet de budget conformément aux dispositions du présent décret, les Ministres concernés ainsi que le Ministre du budget établissent pour l'ensemble des institutions un bilan d'ouverture.

Lors de ce bilan d'ouverture,

1. les éléments d'actifs, les comptes de régularisation et les dettes figurant dans les balances de comptes des comptables au 31 décembre 2009 sont repris, avec évaluation des éléments d'actifs et des dettes;
2. les créances et les engagements figurant dans les balances de comptes des comptables au 31 décembre 2009 sont recensés et évalués individuellement,
3. le solde de tout engagement non honoré au 31 décembre 2009 est repris;
4. les avoirs à inscrire le 1^{er} janvier 2010 correspondent aux montants certifiés par les organismes financiers sur la base d'extraits de comptes;
5. les avoirs réels et les avoirs en espèces correspondent aux montants des relevés de caisse effectués le 31 décembre 2009 par les comptables.

Art. 108. Disposition modificative

L'article 7, § 5, de la loi du 18 février 1977 portant certaines dispositions relatives au service public de la Radiodiffusion et de la Télévision, modifié par le décret du 27 juin 1986, est abrogé.

Art. 109. Disposition modificative

A l'article 1^{er} du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, il est inséré un quatrième alinéa libellé comme suit :

« Le Centre est un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone et est soumis aux dispositions de ce décret. »

Art. 110. Disposition modificative

L'article 34, § 2, du même décret, modifié par les décrets du 16 octobre 1995 et du 7 janvier 2002, est remplacé comme suit :

« § 2. Le Centre instaure des comptes de réserve conformément à l'article 100 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Le plafond de la réserve ainsi comptabilisée est fixé à 1.250.000 euros. »

Art. 111. Disposition modificative

L'article 35 du même décret, modifié par les décrets du 16 octobre 1995 et du 8 novembre 2004, est abrogé.

Art. 112. Disposition modificative

A l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, modifié par le décret du 29 juin 1998, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit : « Le service possède la personnalité juridique et fait partie des organismes d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Il est soumis aux dispositions de ce décret. »

Art. 113. Disposition modificative

A l'article 17 du même décret, l'alinéa 1^{er} est abrogé.

A l'alinéa 2 du même article, dans la première partie de phrase, les mots « Ils sont également soumis » sont remplacés par les mots « Les membres du personnel de l'Office, y compris le directeur, sont soumis ».

Art. 114. Disposition modificative

L'article 33*bis* du même décret, inséré par le décret du 29 juin 1998 et modifié par le décret du 7 janvier 2002, est remplacé comme suit :

« Art. 33*bis*. L'Office instaure des comptes de réserve conformément à l'article 100 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Le plafond de la réserve ainsi comptabilisée est fixé à 1.250.000 euros. »

Art. 115. Disposition modificative

Les articles 16 et 39 du même décret sont abrogés.

Art. 116. Disposition modificative

A l'article 15 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les classes moyennes et les petites et moyennes entreprises, le premier alinéa est remplacé comme suit :

« Il est créé, sous la dénomination "Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen", un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. L'Institut est soumis aux dispositions de ce décret.

Art. 117. Disposition modificative

L'article 38*bis* du même décret, inséré par le décret du 29 juin 1998 et modifié par le décret du 7 janvier 2002, est remplacé comme suit :

« Art. 38*bis*. L'Institut instaure des comptes de réserve conformément à l'article 100 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Le plafond de la réserve ainsi comptabilisée est fixé à 400.000 euros. »

Art. 118. Disposition modificative

Les articles 24 à 26, l'article 35, alinéa 2, et l'article 45 du même décret sont abrogés.

Art. 119. Disposition modificative

A l'article 7 du décret du 20 décembre 1999 modifiant le décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des fonds budgétaires et instituant le « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken », service à gestion séparée, dans la première partie de phrase, les mots « En application de l'article 140 de l'arrêté royal du 17 juillet 1991 portant coordination des lois sur la comptabilité de l'État » sont remplacés par les mots « En application de l'article 74 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone ».

Art. 120. Disposition modificative

L'articles 8*bis*, alinéa 3, et l'article 10 du même décret sont abrogés.

Art. 121. Disposition modificative

L'article 1^{er}, alinéa 2, du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone est remplacé comme suit : « L'Office de l'emploi est un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone et est soumis aux dispositions de ce décret.

Art. 122. Disposition modificative

L'article 16 du même décret, modifié par le décret du 7 janvier 2002, est remplacé comme suit :

« Art. 16. L'Office instaure des comptes de réserve conformément à l'article 100 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. Le plafond de la réserve ainsi comptabilisée est fixé à 620.000 euros. »

Art. 123. Disposition modificative

L'article 4, § 5, ainsi que les articles 14 et 19 du même décret sont abrogés.

Art. 124. Disposition modificative

L'article 55 du décret-programme 2000 du 23 octobre 2000 est abrogé.

Art. 125. Disposition modificative

L'article 24, alinéa 1^{er}, du décret-programme 2001 du 7 janvier 2002 est remplacé comme suit :

« En application de l'article 74 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, il est créé un service à gestion séparée sous l'appellation "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ».

Art. 126. Disposition modificative

A l'article 25 du même décret, modifié par le décret du 1^{er} mars 2004, le paragraphe 1^{er} est abrogé.

Art. 127. Disposition modificative

A l'article 110, alinéa 1^{er}, 4^o, du décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques, inséré par le décret du 25 juin 2007, les mots « à l'article 2 du décret-programme du 4 mars 1996 » sont remplacés par les mots « à l'article 104, § 1^{er}, alinéa 2 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone ».

Art. 128. Disposition modificative

Les dispositions suivantes sont abrogées :

— les articles 1, 2 et *2bis* du décret-programme du 4 mars 1996, modifié par les décrets du 23 octobre 2000, du 3 février 2003 et du 21 mars 2005;

— l'article 6 du décret-programme du 3 février 2003;

— l'article 32 du décret-programme du 20 février 2006.

Art. 129. Disposition abrogatoire

La loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public est abrogée pour les organismes d'intérêt public visés à l'article 87, § 2.

Art. 130. Disposition abrogatoire

Les lois sur la comptabilité de l'État, coordonnées par l'arrêté royal du 17 juillet 1991, sont abrogées.

Art. 131. Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2010.

Fait à Eupen, le 27 avril 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des pouvoirs locaux.

B. GENTGES,

Le Vice-ministre-président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme.

O. PAASCH,

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique.

I. WEYKMANS,

Le Ministre de la Culture et des Médias, du Patrimoine et des Sports.

—————
Note

(1) *Session 2008-2009.*

Documents du Parlement : 158 (2008-2009) n° 1 : Projet de décret. — 158 (2008-2009) n° 2 : Propositions d'amendement. — 158 (2008-2009) n° 3 : Rapport.

Rapport intégral : 25 mai 2009 - n° 14 : Discussion et vote.

—————
VERTALING

—————
MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 2498

[2009/203077]

25 MEI 2009. — Decreet houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft het volgende goedgekeurd en wij, Regering, bekrachtigen het :

TITEL I. — GEMEENSCHAPPELIJKE BEPALINGEN

HOOFDSTUK I. — Toepassingsgebied en definities

Artikel 1. Toepassingsgebied

§ 1. Dit decreet legt de bepalingen betreffende de begroting en de boekhouding van de in artikel 2 nummer 2 gedefinieerde instellingen van de Duitstalige Gemeenschap vast.

§ 2. Titel I van dit decreet is van toepassing op alle instellingen.

Art. 2. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1. "de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen" : de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof, gewijzigd door de wet van 27 december 2006;

2. "de instellingen" : voor de Duitstalige Gemeenschap :

a) de diensten van het hoofdbestuur;

b) de diensten met afzonderlijk beheer overeenkomstig artikel 74 van dit decreet;

c) de instellingen van openbaar nut overeenkomstig artikel 87 van dit decreet;

3. "het Parlement" : het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap;

4. "de Regering" : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

5. "de Minister van begroting" : de Minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, bevoegd voor de begroting;

6. "de toezichthoudende Minister" : de Minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, tot wiens bevoegdheidsgebied een instelling van openbaar nut behoort;

7. "de economische classificatie" : de uniforme classificatie van het Europees Stelsel van Economische Rekeningen;

8. "de functionele classificatie": de internationale classificatie voor overheidsuitgaven volgens uitgavendomeinen.

HOOFDSTUK II. — *Algemene begrotingsbepalingen*

Art. 3. Vaststelling van de begroting

Iedere instelling stelt haar begroting voor het begin van het begrotingsjaar vast.

Art. 4. Betekenis en werking van de begroting

De begroting dient tot de vaststelling en dekking van de financiële behoeften die voor de uitvoering van de taken van de instelling gedurende de begrotingsperiode vermoedelijk nodig zijn. Zij vormt de grondslag van het financiële en economische beheer.

De begroting machtigt de instelling verbintenissen aan te gaan en uitgaven te verrichten.

De begroting heeft niet tot gevolg dat vorderingen of verbintenissen worden geschapen of opgeheven.

Art. 5. Jaarperiodiciteit

De in de begroting opgenomen kredieten worden toegestaan voor de duur van een begrotingsjaar. Overeenkomstig artikel 3, tweede lid, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen begint het begrotingsjaar op 1 januari en eindigt op 31 december van hetzelfde jaar.

Art. 6. Universaliteit

De gezamenlijke ontvangsten dienen ter dekking van de gezamenlijke uitgaven.

De ontvangsten mogen voor bepaalde doeleinden worden bestemd voor zover een decreet daarin voorziet.

Art. 7. Begrotingswaarachtigheid

Bij de opstelling van de begroting worden alleen de ontvangsten ingeschreven die vermoedelijk zullen binnenkomen en wordt alleen in de vastleggingskredieten en ordonnanceringskredieten voorzien die voor de uitvoering van de taken van de instelling noodzakelijk zijn.

Art. 8. Zuinigheid, efficiëntie en doeltreffendheid

Bij de opstelling en uitvoering van de begroting moeten de beginselen van zuinigheid, efficiëntie en doeltreffendheid in acht worden genomen. Voor alle maatregelen met financiële gevolgen moeten passende economische onderzoeken worden ingesteld.

Art. 9. Volledigheid en eenheid

Voor elk begrotingsjaar moet een begroting worden opgesteld.

Overeenkomstig artikel 3 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen bevat de begroting alle gedurende het begrotingsjaar te verwachten ontvangsten, alle vermoedelijk benodigde vastleggingskredieten en alle vermoedelijk te verrichten uitgaven.

De begroting machtigt alle verplichtingen en uitgaven ten behoeve van derden. Voor de toepassing van dit decreet worden de diensten van het hoofdbestuur, de diensten met afzonderlijk beheer overeenkomstig artikel 74 en de instellingen van openbaar nut overeenkomstig artikel 87 ten aanzien van elkaar als derden beschouwd.

Art. 10. Brutoboeking

De ontvangsten en uitgaven worden in volledige omvang en afzonderlijk in de begroting opgenomen.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering uitzonderingen van het beginsel van brutobudgettering toestaan, inzonderheid voor bijkomende kosten en bijkomende opbrengsten bij koop- en verkoopverrichtingen. In dit geval moet de berekening van het ingeschreven bedrag in de toelichting bij de begroting worden opgenomen.

Art. 11. Individuele boeking

De ontvangsten worden volgens de oorzaak van hun ontstaan, de vastleggings- en ordonnanceringskredieten volgens de doeleinden afzonderlijk ingeschreven.

Art. 12. Ontvangsten

Overeenkomstig artikel 4, 1^o, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen betreft de schatting van de ontvangsten de rechten die tijdens het begrotingsjaar ten gunste van de instelling moeten worden vastgesteld, de toegewezen ontvangsten desgevallend inbegrepen.

Een recht geldt als vastgesteld wanneer het bedrag precies is bepaald, de identiteit van de schuldenaar gekend is, de betalingsverplichting bestaat en een verantwoordingsstuk beschikbaar is.

Art. 13. Uitgaven

Overeenkomstig artikel 4, 2^o, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen betreft de uitgavenmachtiging:

1. de vastleggingskredieten: voor dit bedrag mogen kredieten voor verbintenissen worden vastgelegd die gedurende het begrotingsjaar worden gesloten. Bij recurrente verbintenissen die gevolgen voor meerdere jaren hebben worden alleen de bedragen vastgelegd die gedurende het begrotingsjaar opeisbaar worden;

2. de ordonnanceringskredieten: voor dit bedrag mogen kredieten worden vastgesteld om verbintenissen na te komen die gedurende het lopende jaar of in voorafgaande jaren werden gesloten.

HOOFDSTUK III. — *Uitvoering van de begroting en begrotingsboekhouding*

Afdeling 1. — Algemene bepalingen

Art. 14. Aanrekening van de ontvangsten en uitgaven

Worden aangerekend op de begroting van een bepaald jaar:

1. als ontvangsten: de rechten vastgesteld gedurende het begrotingsjaar, inbegrepen de rechten betreffende de toegewezen ontvangsten;

2. als uitgaven ten laste van de vastleggingskredieten : de kredieten die worden vastgelegd op basis van de verbintenissen welke gedurende het begrotingsjaar zijn ontstaan of gesloten evenals bij recurrente verbintenissen de bedragen die gedurende het begrotingsjaar opeisbaar worden;

3. als uitgaven ten laste van de ordonnanceringskredieten : de uitgaven die gedurende het begrotingsjaar betaalbaar worden gesteld.

Art. 15. Permanente controle

De begrotingsboekhouding wordt zo gevoerd, dat een permanente controle van de uitvoering van de begrotingen mogelijk is.

Art. 16. Uitvoeringsrekening van de begroting

De uitvoeringsrekening van de begroting bestaat uit tabellen die precies ingedeeld zijn zoals de begrotingen. Naast de ramingen of machtigingen worden de overeenkomstig artikel 14 gedane begrotingsboekingen opgesomd.

Afdeling 2. — Gebruik van de begrotingskredieten

Art. 17. Inning van de ontvangsten en verrichting van de uitgaven

De ontvangsten worden tijdig en volledig geïnd.

De uitgaven worden alleen in de mate en niet eerder verricht waarin ze voor het economisch beheer noodzakelijk zijn. De vastleggings- en ordonnanceringskredieten moeten zo worden beheerd dat ze voor de dekking van alle uitgaven volstaan die overeenstemmen met de bestemming opgegeven in de begroting.

De goedgekeurde begrotingskredieten worden in uitvoering van de decreten en van de uitvoerings- en delegatiebesluiten gebruikt.

Art. 18. Feitelijke en tijdelijke binding

De vastleggings- en ordonnanceringskredieten worden enkel voor de bestemming bepaald in de uitgavenbegroting en enkel tot het einde van het betreffende begrotingsjaar gebruikt.

Art. 19. Wettelijke en budgettaire verplichting

De toestemming tot contracten of overeenkomsten onder bezwarende titel evenals tot besluiten tot toekenning van subsidies of andere eenzijdige overeenkomsten onder bezwarende titel wordt pas bekendgemaakt als het desbetreffende bedrag op de daarvoor uitgetrokken vastleggingskredieten is geboekt. Pas de desbetreffende wettelijke verplichting die de precieze voorwaarden bepaalt, opent derden een recht tegenover de instelling.

Wanneer het bedrag van de wettelijke verplichting afwijkt van het bedrag van de budgettaire verplichting moet het laatste in het kader van de beschikbare begrotingskredieten dienovereenkomstig worden aangepast.

Wanneer een budgettaire verplichting niet door een wettelijke verplichting wordt bevestigd, vervalt ze uiterlijk op het einde van het begrotingsjaar.

Uitgaven die niet in het eerste lid worden vermeld, mogen enkel op basis van verantwoordingsstukken die het bestaan en de precieze voorwaarden van de verplichting bevestigen op de daarvoor uitgetrokken vastleggingskredieten worden geboekt.

Art. 20. Vastleggingen ten laste van de volgende begroting

Vanaf 1 november mogen de voor de verdere werking van de instellingen noodzakelijke vastleggingen ten laste van de vastleggingskredieten van het daaropvolgende begrotingsjaar binnen de perken van de goedgekeurde begrotingskredieten voor de overeenkomstige uitgaven van het lopende jaar worden gedaan. Volgens deze vastleggingen mogen voor het begin van het begrotingsjaar geen goederen worden geleverd en geen diensten worden verleend.

Art. 21. Begrotingsstop

Wanneer de ontwikkeling van de ontvangsten of uitgaven van een instelling ertoe leidt, dat waarschijnlijk een slechter begrotingsresultaat wordt bereikt, kan de Regering het sluiten van nieuwe verbintenissen van haar toestemming afhankelijk maken.

Afdeling 3. — Financiële actoren

Art. 22. Beginsel van scheiding van functies

De functies van ordonnateur en rekenplichtige zijn gescheiden en zijn onderling onvereenigbaar.

Art. 23. De ordonnateur

§ 1. Elke instelling beschikt over een ordonnateur.

§ 2. De ordonnateur bepaalt aan welke personeelsleden hij de functies van ordonnateur delegeert alsook de omvang van de toegekende bevoegdheden. Hij mag eveneens in de mogelijkheid voorzien om deze bevoegdheid te subdelegeren.

Delegatie en subdelegatie van de functies van ordonnateur worden slechts toegestaan aan personeelsleden die zijn onderworpen aan het statuut of aan de regeling welke van toepassing is op de andere personeelsleden.

De gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateurs kunnen slechts handelen binnen de in de (sub)delegatieverordening gestelde grenzen. De bevoegde gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur kan in de uitoefening van zijn taak worden bijgestaan door een of meer personeelsleden die onder zijn verantwoordelijkheid belast zijn met bepaalde handelingen die voor de uitvoering van de begroting en voor de rekeningaflegging nodig zijn.

Art. 24. Taken van de ordonnateur

§ 1. De ordonnateur is belast met het innen van de ontvangsten en het verrichten van de uitgaven in overeenstemming met de beginselen van de begrotingsboekhouding en staat in voor de wettigheid en regelmatigheid ervan.

§ 2. Voor het verrichten van de uitgaven gaat de ordonnateur vastleggingen en juridische verbintenissen aan, stelt hij de uitgaven betaalbaar en legt hij de desbetreffende betalingsopdrachten op.

§ 3. De vastlegging bestaat erin ten laste van de vastleggingskredieten de kredieten aan te tekenen die noodzakelijk zijn om de betalingen die voortvloeien uit een juridische verbintenis op een later tijdstip te kunnen verrichten.

Bij elke vastlegging vergewist de ordonnateur zich van de nauwkeurigheid van de aanwijzing op de begroting, de beschikbaarheid van de kredieten, de regelmatigheid en de overeenstemming van de uitgave met de geldende rechtsvoorschriften en de begroting evenals van de naleving van de beginselen van de begrotingsboekhouding.

§ 4. De betaalbaarstelling van een uitgave is de handeling waarbij de ordonnateur het bestaan van de rechten van de begunstigde, het bestaan en het bedrag van de schuldvordering en de opeisbaarheid van de schuldvordering verifieert.

§ 5. De betalingsopdracht is de handeling waarbij de ordonnateur, nadat hij heeft geverifieerd of de kredieten beschikbaar zijn, de rekenplichtige door middel van een betalingsopdracht oplegt het bedrag van de door hem betaalbaar gestelde uitgaven te betalen.

§ 6. In volgende gevallen kan de ordonnateur tegelijkertijd een bedrag vastleggen en de desbetreffende uitgave betaalbaar stellen :

1. wanneer het een vaste uitgave zoals een wedde of sociale lasten betreft;
2. wanneer de uitgave een door de Regering vastgelegd bedrag niet overschrijdt.

§ 7. De inning van de ontvangsten behelst de vaststelling van de schuldvorderingen, de vaststelling van de te innen rechten en de verstrekking van invorderingsopdrachten. In voorkomend geval kan van het innen van een vastgestelde schuldvordering worden afgezien.

§ 8. De vaststelling van een schuldvordering is de handeling waarbij de ordonnateur het bestaan van de verbintenissen van de schuldenaar verifieert, het bestaan en het bedrag van de schuld bepaalt en verifieert en de opeisbaarheid van de schuldvordering verifieert.

Na de vaststelling van de schuldvordering geeft de ordonnateur een inningsopdracht af aan de rekenplichtige en brengt de schuldenaar op de hoogte van het te betalen bedrag, het soort schuldvordering, haar budgettaire aanrekening evenals de betalingsmodaliteiten en de betalingstermijn.

Art. 25. De rekenplichtige

§ 1. De instelling wijst een rekenplichtige aan die wordt belast met :

1. de goede uitvoering van de betalingen, de inning van de ontvangsten en de invordering van de vastgestelde schuldvorderingen;
2. het opstellen en inrichten van de rekeningen overeenkomstig hoofdstuk V van dit titel;
3. het voeren van de boekhouding overeenkomstig hoofdstuk V van dit titel;
4. het vaststellen van de boekhoudregels en -methoden en het rekeningstelsel overeenkomstig hoofdstuk V van dit titel;
5. het vaststellen en valideren van de boekhoudsystemen, evenals, waar van toepassing, het valideren van de door de ordonnateur vastgestelde systemen die tot doel hebben boekhoudkundige gegevens te verstrekken of te motiveren;
6. het beheer van de kasmiddelen.

De Regering bepaalt de aanwijzingsmodaliteiten van de rekenplichtigen.

§ 2. De rekenplichtige ontvangt van de ordonnateurs, die de betrouwbaarheid ervan garanderen, alle gegevens die nodig zijn voor de opstelling van rekeningen die een getrouw beeld geven van het vermogen van de instelling en de uitvoering van de begroting.

§ 3. In afwijking van artikel 22 stelt de rekenplichtige bij onmiddellijke ontvangsten de schuldvordering vast.

§ 4. Behoudens de in artikel 26 genoemde afwijkingen, is de rekenplichtige als enige bevoegd het beheer te voeren over de kasmiddelen en waarden. Hij is aansprakelijk voor de bewaring ervan.

§ 5. De rekenplichtige kan voor de uitvoering van zijn taken een aantal van zijn functies delegeren aan onder zijn hiërarchische verantwoordelijkheid geplaatste personeelsleden.

§ 6. Voor 30 juni van elk jaar maakt de rekenplichtige onder zijn eigen verantwoordelijkheid aan het Rekenhof de jaarrekening van het voorafgaand jaar over, waaruit blijkt dat alle vastgestelde rechten en gesloten verbintenissen zijn geboekt en dat de saldi van de kasstromen zich weerspiegelen in de vlottende activa van de balans van de instelling.

Art. 26. De beheerder van gelden ter goede rekening

Voor de betaling van kleine bedragen, waarvan het maximumbedrag wordt vastgelegd door de rekenplichtige, en de inning van andere ontvangsten dan de eigen middelen kan beheer van gelden ter goede rekening worden ingesteld, waarvoor de middelen worden verstrekt door de rekenplichtige van de instelling. Dat onder de verantwoordelijkheid valt van door de rekenplichtige van de instelling aangewezen beheerders van gelden ter goede rekening.

De beheerder van gelden ter goede rekening voert een kasboek. Voor 30 juni van elk jaar maakt hij onder zijn eigen verantwoordelijkheid aan het Rekenhof een verslag over het kasboek van het voorafgaand jaar over.

Afdeling 4. — Verantwoordelijkheid van de financiële actoren

Art. 27. Ontheffing van taken

Onverminderd de toepassing van eventuele tuchtrechtelijke maatregelen, kan de gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateurs te allen tijde tijdelijk of definitief hun delegatie of subdelegatie worden ontnomen.

Onverminderd de toepassing van eventuele tuchtrechtelijke maatregelen, kunnen de rekenplichtige of, in voorkomende gevallen, het personeelslid waaraan in uitvoering van artikel 25, § 5 bepaalde functies werden gedelegeerd te allen tijde tijdelijk of definitief van zijn taken worden ontheven.

Onverminderd de toepassing van eventuele tuchtrechtelijke maatregelen, kunnen de beheerders van gelden ter goede rekening te allen tijde tijdelijk of definitief van hun taken worden ontheven.

Als de bovengenoemde ontheffing van taken in feite tot een afzetting leidt, zijn de in het statuut voorziene tuchtrechtelijke bepalingen van toepassing.

Art. 28. Tuchtrechtelijke maatregelen

De bepalingen van deze afdeling doen niets af aan de eventuele strafrechtelijke verantwoordelijkheid van de in artikel 27 genoemde personeelsleden.

Onverminderd het bepaalde in de artikelen 29 en 30 is elke gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur, rekenplichtige of, in voorkomende gevallen, elk personeelslid waaraan in uitvoering van artikel 25, § 5 bepaalde functies werden gedelegeerd, en elke beheerder van gelden ter goede rekening tuchtrechtelijk verantwoordelijk en geldelijk aansprakelijk onder de voorwaarden vastgesteld in het statuut. Gevallen van illegale activiteit, fraude of corruptie die de belangen van de instelling kunnen schaden, worden voorgelegd aan de in de geldende wetgeving aangewezen autoriteiten en instanties.

Art. 29. Regels betreffende de gedelegeerde en gesubdelegeerde ordonnateurs

§ 1. De gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur is geldelijk aansprakelijk en kan worden verplicht de schade die de instelling door zijn grove nalatigheid, zware fout of herhaaldelijk een lichte fout in de uitoefening van zijn functie of ter gelegenheid daarvan heeft geleden, geheel of gedeeltelijk te vergoeden, vooral wanneer hij in te vorderen rechten vaststelt of inningsopdrachten afgeeft, een vaststelling aangaat of een betalingsopdracht ondertekent in afwijking van de in dit decreet en de uitvoeringsvoorschriften vastgestelde bepalingen. Ditzelfde geldt indien hij door zijn grove nalatigheid, zware fout of herhaaldelijk een lichte fout nalaat een document op te stellen waarbij een vordering ontstaat of indien hij zonder geldige reden de afgifte van een inningsopdracht achterwege laat of vertraagt, of indien hij zonder geldige reden de afgifte van een betalingsopdracht achterwege laat of vertraagt, waardoor een burgerlijke aansprakelijkheid van de instelling tegenover derden kan ontstaan.

§ 2. Wanneer een gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur oordeelt dat een door hem uit te voeren besluit onregelmatig is of tegen de beginselen van de begrotingsboekhouding indruist, deelt hij dat schriftelijk mede aan het delegatieverlenend gezag. Indien dit schriftelijk de met redenen omklede opdracht geeft het genoemde besluit uit te voeren, is de gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur van zijn aansprakelijkheid ontslagen.

§ 3. In geval van subdelegatie blijft de gedelegeerde ordonnateur binnen zijn diensten verantwoordelijk voor de doelmatigheid van het ingestelde systeem voor beheer en interne controle en voor de keuze van de gesubdelegeerde ordonnateur.

Art. 30. Regels betreffende de rekenplichtigen en de beheerders van gelden ter goede rekening

§ 1. De rekenplichtige of, in voorkomende gevallen, het personeelslid waaraan in uitvoering van artikel 25, § 5 bepaalde functies werden gedelegeerd is, onder de voorwaarden en volgens de procedures vastgesteld bij het statuut, tuchtrechtelijk verantwoordelijk. Hij is geldelijk aansprakelijk wanneer hij met grove nalatigheid, zware fout of herhaaldelijk een lichte fout handelt. Hij kan met name aansprakelijk worden gesteld voor de volgende fouten :

1. middelen, waarden en documenten die hij onder zijn hoede heeft, verloren laten gaan of aantasten;
2. bankrekeningen of postrekeningen ten onrechte wijzigen;
3. invorderingen of betalingen verrichten die niet in overeenstemming zijn met de invorderings- of betalingsopdrachten;
4. nalaten verschuldigde ontvangsten te innen.

§ 2. De beheerder van gelden ter goede rekening is, onder de voorwaarden en volgens de procedures vastgesteld bij het statuut, tuchtrechtelijk verantwoordelijk. Hij is geldelijk aansprakelijk wanneer hij met grove nalatigheid, zware fout of herhaaldelijk een lichte fout handelt. Hij kan met name aansprakelijk worden gesteld voor de volgende fouten :

1. middelen, waarden en documenten die hij onder zijn hoede heeft, verloren laten gaan of aantasten;
2. verrichte betalingen niet met deugdelijke bewijsstukken kunnen verantwoorden;
3. aan een ander dan de rechthebbende betalen;
4. nalaten verschuldigde ontvangsten te innen.

§ 3. De rekeningplichtigen of, in voorkomende gevallen, de personeelsleden waaraan in uitvoering van artikel 25, § 5 bepaalde functies werden gedelegeerd, en de beheerders van gelden ter goede rekening vallen onder de jurisdictie van het Rekenhof.

HOOFDSTUK IV. — *De algemene boekhouding*

Art. 31. Boekhouding

Overeenkomstig artikel 5 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen houden de instellingen een algemene boekhouding. De algemene boekhouding omvat een financiële boekhouding en een kosten- en prestatie-rekening.

Art. 32. Financiële boekhouding

§ 1. Overeenkomstig artikel 6, eerste lid, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen berust de financiële boekhouding op het beginsel van dubbele boekhouding en levert een getrouw beeld van de financiële en patrimoniale situatie en van het resultaat van de instelling. Te dien einde registreert zij het vermogen, de rechten, de verbintenissen en de verplichtingen van de instelling.

De Regering stelt de boekhoudregels en -methoden en het uniforme rekeningstelsel vast dat op alle instellingen moet worden toegepast. Het rekeningstelsel is onderdeel van de bilansklassen.

§ 2. Overeenkomstig artikel 6, derde lid, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen begint het boekjaar op 1 januari en eindigt op 31 december van hetzelfde jaar.

§ 3. Overeenkomstig artikel 6, tweede lid, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen wordt elke verrichting op basis van een gedateerd verantwoordingsstuk onmiddellijk in de boeken en rekeningen van de algemene boekhouding geboekt, getrouw, volledig en chronologisch gerangschikt. Zij wordt dan aangerekend op het boekjaar waarin de rechten worden vastgesteld. De inschrijving in de algemene boekhouding en in de begrotingsboekhouding vermeld in artikel 14 heeft tegelijkertijd plaats.

§ 4. De boeken en de boekhouding waarborgen de continuïteit evenals de rechtmatigheid en de onbetwistbaarheid van de boekingen.

Alle verantwoordingsstukken worden systematisch geclassificeerd en opbewaard. De Regering bepaalt de modaliteiten en de termijnen voor de bewaring van de boeken en de verantwoordingsstukken.

De informatiedrager die voor de bewaring van de boeken en de verantwoordingsstukken wordt gebruikt moet de onbetwistbaarheid en de toegankelijkheid van de data gedurende de voorgeschreven bewaringstermijn verzekeren.

§ 5. De Regering bepaalt op welke elektronische informatiedragersystemen de boekhouding van de instellingen wordt opgemaakt.

Art. 33. Opvolging van de kasstromen

De algemene boekhouding maakt een permanente opvolging van de kasstromen en de opstelling van periodieke kassaldi mogelijk.

Art. 34. Rekening van de kosten en opbrengsten

De algemene boekhouding bevat een rekening van de kosten en opbrengsten die het mogelijk maakt alle voor het beheer nuttige inlichtingen te leveren, met name de kosten van de diensten te berekenen. De Regering bepaalt de nadere modaliteiten.

Art. 35. Inventaris

Elk jaar wordt per 31 december een volledige inventaris van alle bestanddelen van het vermogen van de instelling opgemaakt. Deze omvat alle soorten van bezittingen en rechten en alle soorten van schulden en verbintenissen. Deze inventaris is op dezelfde wijze ingedeeld als de balansklassen van het rekeningstelsel vermeld in artikel 32, § 1.

Art. 36. Toewijzing aan het boekjaar

De rechten kunnen enkel aan een bepaald boekjaar worden toegewezen indien zij in de loop van dat jaar zijn vastgesteld. Niettemin worden de op 31 december vastgestelde rechten die niet voor 1 maart van het daaropvolgende jaar worden geboekt, aan een later jaar toegewezen.

Art. 37. Verval

De rechten vastgesteld ten behoeve van de instelling vervallen door hun betaling, hun annulering of hun verjaring.

HOOFDSTUK V. — *Rekeningaflegging***Art. 38.** Rekeningaflegging

Overeenkomstig artikel 9 van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen en onverminderd de bepalingen van artikel 25, § 6 en van artikel 26, tweede lid, stelt de Regering elk jaar onder haar verantwoordelijkheid de rekeningaflegging van alle instellingen op.

De rekeningaflegging omvat :

1. het ontwerp van decreet houdende definitieve afrekening van het boekjaar, bestaand uit een normatief gedeelte, de uitvoeringsrekening van de begroting overeenkomstig artikel 16 en de jaarrekeningen van alle instellingen evenals de geconsolideerde uitvoeringsrekening van de begroting en de geconsolideerde jaarrekening die de gegevens in compacte vorm voorstellen;

2. de toelichting.

De jaarrekeningen vermeld in het tweede lid omvatten voor elke instelling :

1. de balans per 31 december;
2. de resultatenrekening opgesteld op basis van de lasten en opbrengsten;
3. een analyse van de balans waaruit blijkt dat alle vastgestelde rechten en gesloten verbintenissen zijn geboekt en dat de saldi van de kasstromen zich weerspiegelen in de vlottende activa van de balans;
4. een samenvattende rekening van de begrotingsverrichtingen van het jaar, wat de ontvangsten en de uitgaven betreft.

Art. 39. Beginselen van de rekeningaflegging

§ 1. De rekeningen moeten regelmatig, waarheidsgetrouw en volledig zijn en een getrouw beeld geven van

1. wat de uitvoeringsrekening van de begroting betreft : de elementen van de uitvoering van de begroting aan de ontvangstenzijde en aan de uitgavenzijde;

2. wat de jaarrekeningen betreft : de activa, de passiva, de lasten en opbrengsten, de rechten en verplichtingen die niet bij de activa en passiva zijn opgenomen, evenals de kasstromen.

§ 2. De jaarrekeningen worden naar volgende beginselen opgemaakt :

1. continuïteit van de activiteiten;
2. voorzichtigheid;
3. bestendigheid van de boekhoudmethoden;
4. vergelijkbaarheid van de informatie;
5. relatief belang;
6. niet-compensatie;
7. voorrang van werkelijkheid voor schijn;
8. periodoerekening per begrotingsjaar.

Art. 40. Toezending aan het Rekenhof

Het ontwerp van de rekeningaflegging wordt vóór 30 juni van het jaar dat volgt op het begrotingsjaar toegezonden aan het Rekenhof.

Art. 41. Certificering

In de loop van de maand oktober die volgt op het einde van het begrotingsjaar, zendt het Rekenhof zijn opmerkingen omtrent de rekeningaflegging en de in artikel 46 beschreven certificering toe aan het Parlement, aan de Regering en aan de betreffende instelling.

Art. 42. Indiening in het Parlement

Uiterlijk op 31 oktober van het jaar dat volgt op het einde van het begrotingsjaar dient de Regering de rekeningaflegging bij het Parlement in.

Art. 43. Eindafrekening

Het decreet houdende eindafrekening van het begrotingsjaar wordt uiterlijk op 31 december van het jaar goedgekeurd dat volgt op het begrotingsjaar. Daarmee is het boekjaar definitief afgesloten.

*HOOFDSTUK VI. — Toezicht- en controlebepalingen***Art. 44. Interne controle**

§ 1. Het systeem van de interne controle beoogt, een zo groot mogelijke zekerheid en risicobeheersing te bereiken wat betreft :

1. de overeenstemming van de beslissingen met de geldende bepalingen en contracten;
2. de preventie en de vaststelling van fouten en overtredingen;
3. de verwezenlijking van de gestelde doelen;
4. de betrouwbaarheid en de volledigheid van de boekingsgegevens;
5. de zuinigheid, de efficiëntie en de doeltreffendheid van de verrichtingen;
6. de handhaving van de bezittingen.

De Regering bepaalt de minimumnormen voor de interne controle.

§ 2. De ordonnateur voert, overeenkomstig de door de Regering vastgestelde minimumnormen en rekening houdend met de aan de beheeromstandigheden en de aard van de gefinancierde acties verbonden risico's, de organisatorische structuur en de systemen en procedures voor beheer en interne controle in die passen bij de uitvoering van zijn taken, in voorkomend geval met inbegrip van ex post verificaties. Vooraleer een verrichting wordt toegestaan, worden de operationele en financiële aspecten ervan geverifieerd door andere personeelsleden dan degene die de verrichting heeft ingeleid. Ex ante en ex post verificatie en de inleiding van een verrichting zijn gescheiden functies.

§ 3. Elk personeelslid dat verantwoordelijk is voor de controle van het beheer van de financiële verrichtingen bezit de vereiste beroepsbekwaamheden. Hij respecteert een specifieke beroepscode die door de Regering wordt vastgesteld.

§ 4. Elk bij het financieel beheer of de controle van de verrichtingen betrokken personeelslid dat van oordeel is dat een besluit dat zijn meerdere hem verplicht toe te passen of te accepteren onregelmatig is of strijdig is met het beginsel van goed financieel beheer of de beroepscode die hij gehouden is te respecteren, deelt dit schriftelijk aan de gedelegeerde ordonnateur mede en, wanneer deze niet optreedt binnen een door de Regering vastgelegde termijn, aan de ordonnateur. Indien deze niet optreedt binnen een door de Regering vastgelegde termijn, deelt hij dit schriftelijk aan het Rekenhof mede. In geval van illegale activiteiten, fraude of corruptie die de belangen van de Gemeenschap kunnen schaden, waarschuwt hij de bij de geldende wetgeving aangewezen autoriteiten en instanties.

Art. 45. Interne audit

De instelling richt een interne auditdienst op die ermee belast is de werking van de uitvoering van de begroting en van de boekhouding van de instelling evenals van haar systeem van interne controle te controleren. Zij zorgt voor de noodzakelijke onafhankelijkheid van de auditdienst en bepaalt zijn werkwijze. De auditdienst oefent een bewakings- en adviesfunctie uit. Eén auditdienst mag voor meerdere of voor alle instellingen opereren.

De werkprogramma's van de auditdienst, zijn vaststellingen en zijn aanbevelingen evenals de toegepaste procedures worden onmiddellijk meegedeeld aan de ordonnateur en aan de andere controle-instanties.

Art. 46. Externe controle door het Rekenhof

In uitvoering van artikel 10, § 1, van de wet tot vaststelling van de algemene bepalingen houdt het Rekenhof toezicht op de begrotingsboekhouding en de algemene boekhouding van de instellingen.

Een controleverslag beschrijft de modaliteiten van deze controle en eindigt met de certificering van de rekeningen. Deze certificering omvat de concluderende vaststellingen van het Rekenhof

1. met betrekking tot de bepalingen van dit decreet en zijn uitvoeringsbesluiten wat de bijhouding van de rekeningen en de opstelling van de rekeningaflegging betreft;
2. met betrekking tot de wettigheid, de waarachtigheid en de betrouwbaarheid van de rekeningaflegging wat de bezittingen, de financiële situatie en het resultaat van de instelling betreft;
3. met betrekking tot de goede werking van het boekhoudsysteem en de inachtneming van de desbetreffende procedures binnen de boekhoudingsdiensten;
4. met betrekking tot de wettelijkheid en de regelmatigheid van de gedane verrichtingen.

Art. 47. Toegang tot de boekhouding

Voor de uitvoering van zijn taken heeft het Rekenhof onmiddellijk toegang tot de begrotingsboekhouding en de algemene boekhouding van de instellingen. De Regering bepaalt de nadere modaliteiten.

HOOFDSTUK VII. — *Inning van de schuldvorderingen***Art. 48.** Aanvechting van vastgestelde vorderingen

Wanneer de overeenkomstig artikel 24 vastgestelde vorderingen door de schuldenaar worden aangevochten deelt de bevoegde rekenplichtige dit aan de ordonnateur mede. Deze beoordeelt de aanvechting. Ondertussen schorst de rekenplichtige de inning van de vastgestelde vordering.

De aangevochten vorderingen worden door de ordonnateur gedeeltelijk of volledig geannuleerd of bevestigd. Zijn beslissingen worden medegedeeld aan de rekenplichtige die in voorkomend geval de nodige boekingen in de algemene boekhouding en in de begrotingsboekhouding doet.

Art. 49. Betalingsfaciliteiten

De rekenplichtige kan onder de door de Regering bepaalde algemene voorwaarden uitstel van betaling of betalingsfaciliteiten aan schuldenaars verlenen die klaarblijkelijk in financiële moeilijkheden zitten.

Art. 50. Gerechtelijke weg

De vastgestelde vorderingen die op de vervaldag niet zijn betaald kunnen door de rekenplichtige worden genotuleerd en door de ordonnateur langs gerechtelijke weg worden opgeëist.

Art. 51. Niet inbare vorderingen

§ 1. De vastgestelde vorderingen worden door de ordonnateur als geheel of gedeeltelijk niet inbaar verklaard wanneer :

1. ze volgens wettelijke of contractuele bepalingen zijn verjaard;
2. de geschatte invorderingkosten hoger zijn dan het bedrag van de vastgestelde vordering;
3. de insolventie van de schuldenaar door gerechtsdeurwaarders of belastingdiensten wordt bevestigd;
4. ze uitgeschreven zijn op vennootschappen die failliet gegaan of in staat van ontbinding zijn en de curator het oninbare karakter van de vordering bevestigt.

In dit geval boekt de rekenplichtige een overeenkomstige waardevermindering in de algemene boekhouding en in voorkomend geval in de begrotingsboekhouding.

§ 2. In afwijking van artikel 23, § 2, geschiedt de in paragraaf 1 bedoelde verklaring van het niet inbare karakter van een vordering door de ordonnateur zelf, zonder mogelijkheid van delegatie aan een gedelegeerde of gesubdelegeerde ordonnateur.

§ 3. Elke storting die na de verklaring over het oninbare karakter vermeld in paragraaf 1 wordt verricht, wordt in de algemene boekhouding en in de begrotingsboekhouding als onmiddellijke ontvangst geboekt.

HOOFDSTUK VIII. — *Vervreemding van activa***Art. 52.** Afstanden

Onder voorbehoud van andersluidende wettelijke of decreetbepalingen kunnen de roerende en onroerende activa van de instellingen die niet meer kunnen worden gebruikt, maar een handelswaarde hebben, worden vervreemd.

Art. 53. Afgeschreven activa

De activa die in de algemene boekhouding volledig afgeschreven zijn en nog worden gebruikt, worden in de inventaris als waardeloos vermeld.

TITEL II. — **BIJZONDERE BEPALINGEN**HOOFDSTUK I. — *De diensten van het hoofdbestuur***Art. 54.** Toepassingsgebied

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn enkel van toepassing op de diensten van het hoofdbestuur.

Art. 55. Begrotingsdecreet

De begroting van de diensten van het hoofdbestuur wordt door het begrotingsdecreet vastgesteld.

Art. 56. Begrotingsfonds

§ 1. In uitvoering van artikel 6, tweede lid, kan een decreet begrotingsfondsen oprichten door ontvangsten aan bepaalde uitgaven toe te wijzen. In dit geval worden de vastleggings- en ordonnanceringskredieten als variabele kredieten aangeduid.

§ 2. In afwijking van artikel 13 kunnen de toegestane kredieten in een begrotingsfonds worden overschreden en kredieten worden vastgelegd alsook uitgaven worden verricht ten beloop van de jaarlijkse ontvangsten vermeerderd met het beschikbare krediet voor de vastlegging en vereffening van de uitgaven, dat naar het volgende boekjaar is overdragen in uitvoering van § 5 van dit artikel.

§ 3. Er worden geen kredieten uit de algemene uitgavenbegroting aan het begrotingsfonds toegewezen.

§ 4. In afwijking van artikel 5 worden aan het einde van het begrotingsjaar de beschikbare ontvangsten van een begrotingsfonds overgedragen naar het volgende begrotingsjaar.

Vanaf het begin van het begrotingsjaar mag het beschikbare saldo ten laste waarvan geen kredieten werden vastgelegd, voor nieuwe verbintenissen worden gebruikt binnen het toepassingsgebied van het begrotingsfonds.

Vanaf het begin van het begrotingsjaar mag het beschikbare saldo ten laste waarvan geen uitgaven werden vastgesteld, voor nieuwe uitgaven worden gebruikt binnen het toepassingsgebied van het begrotingsfonds.

§ 5. Als aanvulling op artikel 16 bepaalt de uitvoeringsrekening van de begroting van de diensten van het hoofdbestuur de saldi van de vastleggings- en ordonnanceringsmiddelen van de variabele kredieten die naar het volgende begrotingsjaar moeten worden overgedragen.

Art. 57. Begrotingsstructuur

§ 1. De begroting omvat :

1. het ontwerp van decreet met een normatief gedeelte, de ontvangstenbegroting en de algemene uitgavenbegroting;

2. de Algemene Toelichting met de toelichtingen bij de begrotingen van ontvangsten en uitgaven, de administratieve begroting van uitgaven, de lijst van de begrotingsfondsen, de lijst van de meerjarige verbintenissen en de lijst van de borgtochten.

§ 2. Het normatieve gedeelte van het begrotingsdecreet bevat de bepalingen verbonden aan de ontvangsten en uitgaven voor het begrotingsjaar, inbegrepen de machtiging voor de Regering, leningen binnen bepaalde perken en bepalingen aan te gaan.

Voor elke subsidie die niet op een wettelijke basis berust, bevat het begrotingsdecreet een bepaling die het soort subsidie verduidelijkt. Deze subsidies kunnen onder de voorwaarden worden verleend die de Regering bepaalt.

§ 3. De ontvangstenbegroting somt de geschatte ontvangsten volgens de oorzaak van hun ontstaan overeenkomstig de economische classificatie op. De geschatte bedragen beperken niet de rechten die moeten worden vastgesteld.

Het enige indelingsniveau van de ontvangstenbegroting is het begrotingsartikel. Elk begrotingsartikel wordt door een nadere beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien.

§ 4. De algemene uitgavenbegroting somt de vermoedelijk benodigde vastleggings- en ordonnanceringskredieten op.

Het eerste indelingsniveau van de algemene uitgavenbegroting is de organieke afdeling. Deze bevat de kredieten voor alle activiteiten van een bepaald taakgebied van de diensten van het hoofdbestuur.

Het tweede indelingsniveau van de algemene uitgavenbegroting is het programma. Per afdeling zijn er één of meer bestuurs- en activiteitenprogramma's. De bestuursprogramma's bevatten de personeels-, werkings- en investeringskredieten die voor de vervulling van de taken van een afdeling nodig zijn. De activiteitenprogramma's bevatten de specifieke kredieten voor de verwezenlijking van bepaalde doeleinden van de organieke afdeling.

De vastleggingskredieten worden per programma geboekt en goedgekeurd. De ordonnanceringskredieten worden voor de hele begroting geboekt en goedgekeurd.

De variabele kredieten bevatten vastleggingskredieten en ordonnanceringskredieten. Zij worden in het begrotingsopstel op het overeenkomstige programma geboekt. Zij worden niet samengevoegd met de kredieten van het programma.

§ 5. De Algemene Toelichting bevat de inlichtingen betreffende de begroting. Moeten volstrekt worden bijgevoegd :

1. de administratieve begroting als derde indelingsniveau van de Algemene Toelichting. Elk programma is onderverdeeld in één of meerdere allocaties met kredieten voor bepaalde activiteiten. Elke allocatie wordt door een nadere beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien;

2. een lijst van de begrotingsfondsen met volgende gegevens : het saldo van de vastleggings- en ordonnanceringskredieten die van het voorafgegane jaar is overgedragen, de schatting van de ontvangsten van het begrotingsjaar, de schatting van de beschikbare kredieten, de schatting van de kredieten die gedurende het begrotingsjaar zullen worden gebruikt en het definitieve saldo van de vastleggings- en ordonnanceringskredieten die naar het volgende begrotingsjaar moeten worden overgedragen;

3. een meerjarenprojectie van de ontvangsten en van de uitgaven;

4. een lijst van de meerjarige verbintenissen van de Gemeenschap volgens artikel 58, § 2;

5. een lijst van de borgtochten, waarborgen of andere vrijwaringen van de Gemeenschap in uitvoering van artikel 58, § 3;

6. een lijst van de schuldvorderingen die in uitvoering van artikel 51 werden als niet inbaar verklaard;

7. de door de Regering goedgekeurde begrotingen van de diensten met afzonderlijk beheer en de instellingen van openbaar nut.

Art. 58. Leningen, meerjarige verbintenissen en borgtochten

§ 1. Het begrotingsdecreet bepaalt het maximumbedrag van de leningen dat de Regering binnen het kader van het dekken van de investeringsuitgaven kan aangaan.

§ 2. Behalve voor recurrenente verbintenissen overeenkomstig artikel 13 zijn maatregelen die de Gemeenschap in toekomstige begrotingsjaren tot het verrichten van uitgaven kunnen verplichten die de begrotingsmachtiging overschrijden, alleen dan toegelaten wanneer het begrotingsdecreet in zijn normatief gedeelte de machtiging daartoe verleent.

§ 3. Voor de overname van borgtochten, waarborgen of andere vrijwaringen die tot uitgaven in toekomstige begrotingsjaren kunnen leiden, is een machtiging door het begrotingsdecreet vereist die de hoogte bepaalt.

§ 4. De Minister van begroting is gemachtigd

1. de financiële verrichtingen te doen die in het algemeen belang van het beheer van de Thesaurie van de Duitstalige Gemeenschap nodig zijn, inbegrepen het aangaan van leningen op korte termijn waarvan de looptijd minder dan één jaar moet bedragen;

2. de voorwaarden voor de terugbetaling van de leningen die de Duitstalige Gemeenschap in België of in het buitenland is aangegaan, in afspraak met de geldgever aan te passen of administratieve contracten op dit gebied te sluiten;

3. de reserves van de Duitstalige Gemeenschap, de eventuele dagopbrengsten van de Thesaurie die de uitgaven overschrijden en de opbrengsten van de leningen in het belang van de Thesaurie te beheren door gebruik te maken van de beleggingsmogelijkheden van de kapitaalmarkt.

Art. 59. Opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen

De Regering bepaalt de richtlijnen en de werkwijze voor de opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen.

De Regering stelt het begrotingsontwerp op dient het uiterlijk op 31 oktober van het jaar, dat aan het begrotingsjaar voorafgaat, in het Parlement in. Tegelijk met de indiening bij het Parlement maakt de Regering het begrotingsontwerp over aan het Rekenhof.

Uiterlijk op 31 december van hetzelfde jaar wordt de begroting door het Parlement goedgekeurd.

Elk jaar heeft een begrotingscontrole met het oog op een eventuele aanpassing van de begroting in het eerste kwartaal plaats. Verdere begrotingscontroles en aanpassingen zijn te allen tijde mogelijk.

De aanpassing van de begroting heeft op dezelfde wijze plaats als de opstelling van de begroting, met inachtneming van de begrotingsstructuur bepaald in artikel 57. De verschillende tabellen van de ontvangstenbegroting, van de algemene uitgavenbegroting en van de administratieve begroting van uitgaven worden geactualiseerd waarbij een vergelijking tussen de oorspronkelijke en de aangepaste kredieten wordt gemaakt.

De Regering dient de decreetontwerpen houdende aanpassing van de begroting samen met de verantwoordingsstukken in het Parlement in.

Indien de aanpassing binnen de begrotingscontrole vermeld in het derde lid plaatsheeft, worden de ontwerpen uiterlijk op 30 april van het lopende begrotingsjaar ingediend. Deze aanpassingen moeten uiterlijk op 30 juni van het lopende begrotingsjaar door het Parlement worden goedgekeurd.

Art. 60. Voorlopige kredieten

Indien blijkt dat de begroting niet voor 31 december van het jaar dat aan het begrotingsjaar voorafgaat, kan worden goedgekeurd, legt het decreet de ontvangstenbegroting vast en stelt de voorlopige kredieten ter beschikking die voor de werking van de diensten nodig zijn en die op de algemene uitgavenbegroting van het desbetreffende begrotingsjaar worden aangerekend.

Indien nodig, worden decreetontwerpen voor de terbeschikkingstelling van bijkomende voorlopige kredieten die op de algemene uitgavenbegroting van het desbetreffende begrotingsjaar worden aangerekend, in het Parlement ingediend.

Art. 61. Duur van de voorlopige kredieten

In het decreet dat voorlopige kredieten ter beschikking stelt, wordt de termijn vastgesteld waarop de kredieten betrekking hebben.

De termijn mag niet meer dan vier maanden bedragen, behalve wanneer geldende bepalingen of contracten eisen dat ze voor een langere termijn ter beschikking worden gesteld.

Art. 62. Berekening van de voorlopige kredieten

De voorlopige kredieten worden op basis van de kredieten van de laatste goedgekeurde uitgavenbegroting berekend.

Voorlopige kredieten worden niet voor nieuwe uitgaven benut.

Voor zover bijzondere bepalingen in de decreten houdende terbeschikkingstelling van voorlopige kredieten niets anders voorschrijven, liggen de uitgaven per programma in de uitgavenbegroting respectievelijk per allocatie in de administratieve begroting niet hoger dan de bedragen van de laatste goedgekeurde begroting, en dit in verhouding tot de termijn waarop deze voorlopige kredieten betrekking hebben.

Art. 63. Kaseenheid

Alle geldontvangsten in de kassen van het hoofdbestuur worden centraal op de rekeningen van de Thesaurie gestort.

Art. 64. Terugbetalingen

In afwijking van artikel 10 kunnen de rekenplichtigen onmiddellijk over de ontvangsten beschikken om ten onrechte geïnde bedragen en de daaraan verbonden achterstandsrenten in overeenstemming met de geldende bepalingen terug te betalen.

Art. 65. Dringendheid

§ 1. In dringende gevallen veroorzaakt door uitzonderlijke of onvoorzienbare omstandigheden en bij ontbrekende of onvoldoende vastleggingskredieten of ordonnanceringskredieten kan de Regering bij gemotiveerde beslissing machtiging verlenen tot het vastleggen van kredieten, het betaalbaarstellen van verbintenissen, het geven van betalingsopdrachten en het betalen van uitgaven die het bedrag van de geboekte kredieten overschrijden of die bij ontstentenis van geboekte kredieten overeenstemmen met het per beraadslaging vastgestelde bedrag.

De beslissing van de Regering kan betrekking hebben op de verhoging van het vastleggingskrediet zonder wijziging van het ordonnanceringskrediet, de verhoging van het ordonnanceringskrediet zonder wijziging van het vastleggingskrediet of de wijziging van een machtiging die in het normatieve gedeelte van het begrotingsdecreet werd toegestaan.

De tekst van de beslissing wordt onmiddellijk meegedeeld aan het Parlement en het Rekenhof. Het Rekenhof doet onverwijld zijn opmerkingen toekomen aan het Parlement.

§ 2. Voor de machtigingen vermeld in § 1 wordt in de loop van de maand die op de beslissing volgt, een overeenkomstig ontwerp van aanpassingsbegroting in het Parlement ingediend dat de nodige kredieten ter beschikking stelt.

Art. 66. Inlichting van het Parlement

De Regering zendt elk kwartaal een overzicht van de uitvoering van de begroting toe aan het Parlement.

Art. 67. Opening van bijkomende kredieten

Wanneer na het uitputten van alle mogelijkheden van de herverdeling vermeld in artikel 68 blijkt dat een ordonnanceringskrediet onvoldoende is om een uitgave te verrichten die alle voorwaarden van een betaalbaar gestelde uitgave vervult, opent de Regering de overeenkomstige kredieten door een gemotiveerde beslissing volgens de modaliteiten bepaald in artikel 65.

Art. 68. Herverdeling van de allocaties

Tijdens het begrotingsjaar kan de Regering de kredieten op de allocaties van de administratieve begroting van uitgaven hervedelen. Bij elke herverdeling worden de kredietverhogingen volledig door kredietverminderingen gecompenseerd.

Bij de vastleggingskredieten kunnen de kredieten van een programma over de allocaties van hetzelfde programma worden herverdeeld.

Bij de ordonnanceringskredieten kunnen de begrotingskredieten over de allocaties van de begroting worden herverdeeld.

Noch de vastleggingskredieten noch de ordonnanceringskredieten van variabele kredieten kunnen worden herverdeeld.

Als de Regering tot een herverdeling van de kredieten op de allocaties van de administratieve begroting van uitgaven overgaat, informeert zij het Parlement.

Art. 69. Ordonnateur

De Regering oefent de functies van ordonnateur uit. Zij bepaalt hoe deze bevoegdheid onder de leden van de Regering wordt verdeeld.

De Regering kan deze bevoegdheid aan gedelegeerde ordonnateurs overdragen. De overdracht kan voorzien in de mogelijkheid van een nieuwe delegatie aan gesubdeleerde ordonnateurs.

Art. 70. Aanpassingen en correcties in de boekhouding

De rekenplichtige kan aanpassingen blijven boeken totdat de algemene rekeningaflegging binnen de termijn bepaald in artikel 40 aan het Rekenhof wordt overgemaakt. Deze aanpassingen hebben enkel betrekking op belangrijke gebeurtenissen die tijdens het desbetreffende boekjaar hebben plaatsgevonden en waarvan het ontstaan of de gevolgen op het tijdstip van de afsluiting van de rekeningen niet gekend waren.

Correcties in de boekhouding ten gevolge van controle- en certificeringswerken van het Rekenhof, zoals bepaald in artikel 46, kunnen door de rekenplichtige worden verricht totdat het Rekenhof het controleverslag over de algemene rekeningaflegging in uitvoering van artikel 41 aan het Parlement heeft overgemaakt.

Art. 71. Begrotingscontrole

De Regering organiseert de administratieve en budgettaire controle. Zij wordt daarbij door de bij haar geaccrediteerde inspecteurs van financiën ondersteund die onder haar toezicht werken.

Art. 72. Analyse van de begrotingsontwerpen

In verband met de controle van de wettelijkheid en de regelmatigheid van de uitgaven en ontvangsten analyseert het Rekenhof de begrotingsontwerpen van de Regering en deelt zijn opmerkingen mee aan het Parlement.

HOOFDSTUK II. — *Diensten met afzonderlijk beheer*

Art. 73. Toepassingsgebied

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn enkel van toepassing op de diensten met afzonderlijk beheer gedefinieerd in artikel 74.

Art. 74. Definitie

De diensten van de Gemeenschap waarvan het beheer gelet op een wet of een decreet gescheiden is van het beheer van de diensten van het hoofdstuur worden als diensten met afzonderlijk beheer aangeduid.

De dienst met afzonderlijk beheer staat onder de hiërarchische toezicht van de bevoegde minister.

Art. 75. Vaststelling van de begroting

De begroting van een dienst met afzonderlijk beheer wordt door de bevoegde minister vastgesteld en door de Regering goedgekeurd.

Indien er een ontvangstendotatie van de dienst met afzonderlijk beheer bestaat, wordt deze dotatie als vastleggings- en ordonnanceringskrediet van de diensten met afzonderlijk beheer ingeschreven in de algemene uitgavenbegroting vermeld in artikel 57, § 4, en als zodanig door het Parlement goedgekeurd.

In ieder geval wordt het maximumbedrag van het totaal van de vastleggingskredieten van de dienst met afzonderlijk beheer door het begrotingsdecreet van het Parlement vermeld in artikel 55 goedgekeurd. Het Parlement kan dit maximumbedrag van de ontwikkeling van de eigen ontvangsten van de dienst met afzonderlijk beheer afhankelijk maken.

De door de Regering goedgekeurde begroting wordt als deel van de algemene toelichting vermeld in artikel 57, § 5, aan het Parlement overgemaakt.

Art. 76. Begrotingsstructuur

§ 1. De begroting van een dienst met afzonderlijk beheer bevat de ontvangstenbegroting, de uitgavenbegroting en de toelichting van de begroting.

§ 2. De ontvangstenbegroting somt de geschatte ontvangsten volgens de oorzaak van hun ontstaan overeenkomstig de economische classificatie op. De geschatte bedragen beperken niet de rechten die moeten worden vastgesteld.

Het enige indelingsniveau van de ontvangstenbegroting is het begrotingsartikel. Elk begrotingsartikel wordt door een beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien.

§ 3. De uitgavenbegroting somt de vermoedelijk benodigde vastleggings- en ordonnanceringskredieten op.

Het eerste indelingsniveau van de uitgavenbegroting is de organieke afdeling. Deze bevat de kredieten voor alle activiteiten op een bepaald taakgebied van de dienst met afzonderlijk beheer.

Het tweede indelingsniveau van de algemene uitgavenbegroting is het programma. Per afdeling zijn er één of meerdere bestuurs- en activiteitenprogramma's. De bestuursprogramma's bevatten de personeels-, werkings- en investeringskredieten die voor de vervulling van de taken van een organieke afdeling nodig zijn. De activiteitenprogramma's bevatten de specifieke kredieten voor de verwezenlijking van bepaalde doeleinden van de organieke afdeling.

Het derde indelingsniveau van de uitgavenbegroting is de allocatie. Elke allocatie wordt door een beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien.

De vastleggingskredieten worden per programma uitgetrokken en goedgekeurd, de ordonnanceringskredieten voor de gehele begroting.

§ 4. De Regering kan bepalen dat de structuur van de uitgavenbegroting van een bepaalde dienst met afzonderlijk beheer alleen programma's en allocaties of alleen allocaties bevat. In het laatste geval worden de vastleggingskredieten per allocatie en de ordonnanceringskredieten voor de begroting uitgetrokken en goedgekeurd.

Art. 77. Leningen en meerjarige verbintenissen

§ 1. Het in artikel 55 genoemde begrotingsdecreet bepaalt in zijn normatief gedeelte het maximumbedrag van de leningen dat de dienst met afzonderlijk beheer binnen het kader van het dekken van de investeringsuitgaven kan aangaan.

§ 2. Behalve voor recurrente verbintenissen overeenkomstig artikel 13 zijn maatregelen die de dienst met afzonderlijk beheer in toekomstige begrotingsjaren tot het verrichten van uitgaven kunnen verplichten die de begrotingsmachtiging overschrijden, alleen dan toegelaten wanneer het begrotingsdecreet vermeld in artikel 55 in zijn normatief gedeelte de machtiging daartoe geeft.

§ 3. Alleen met uitdrukkelijke toestemming van de Regering is de dienst met afzonderlijk beheer gemachtigd

1. de financiële verrichtingen te doen die in het algemeen belang van het beheer van de dienst met afzonderlijk beheer nodig zijn, inbegrepen het aangaan van leningen op korte termijn, waarvan de looptijd minder dan één jaar moet bedragen;

2. de voorwaarden voor de terugbetaling van de leningen die de dienst met afzonderlijk beheer in België of in het buitenland is aangegaan, in afspraak met de geldgever aan te passen of administratieve contracten op dit gebied te sluiten;

3. de reserves van de dienst met afzonderlijk beheer, de eventuele dagopbrengsten die de uitgaven overschrijden en de opbrengsten van de leningen in het belang van de dienst met afzonderlijk beheer te beheren door gebruik te maken van de beleggingsmogelijkheden van de kapitaalmarkt. In dit geval bepaalt de Regering tevoren in beginsel de aard, het maximumbedrag en de maximumduur van de mogelijke kapitaalbeleggingen.

Art. 78. Opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen

De Regering bepaalt de richtlijnen en de werkwijze voor de opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen.

Het begrotingsontwerp wordt uiterlijk op 30 september van het jaar dat aan het begrotingsjaar voorafgaat, aan de Minister van begroting overgemaakt.

Elk jaar heeft een begrotingscontrole met het oog op een eventuele aanpassing van de begroting in het eerste kwartaal plaats. Verdere begrotingscontroles en aanpassingen zijn te allen tijde mogelijk.

De aanpassing van de begroting heeft op dezelfde wijze plaats als de opstelling van de begroting, met inachtneming van de begrotingsstructuur bepaald in artikel 76. De verschillende tabellen van de ontvangstenbegroting en van de algemene uitgavenbegroting worden geactualiseerd waarbij een vergelijking tussen de oorspronkelijke en de aangepaste kredieten wordt gemaakt.

De bevoegde minister maakt het decreetontwerp houdende aanpassing van de begroting samen met de toelichting over aan de Minister van begroting. De begrotingsaanpassing wordt door de Regering goedgekeurd en aan het Parlement ter informatie overgemaakt.

Indien de aanpassing binnen de begrotingscontrole vermeld in het derde lid plaatsheeft, worden de ontwerpen uiterlijk op 31 maart van het lopende begrotingsjaar ingediend.

Art. 79. Voorlopige kredieten

Indien de begroting van de dienst met afzonderlijk beheer niet voor 31 december van het jaar dat aan het begrotingsjaar voorafgaat, goedgekeurd werd, kunnen de kredieten in het begrotingsontwerp overgemaakt door de bevoegde Minister worden benut, behalve voor nieuwe uitgaven die in de begroting van het voorafgaand jaar niet werden goedgekeurd.

Art. 80. Inlichting van de Regering

De dienst met afzonderlijk beheer zendt elk kwartaal een overzicht van de uitvoering van de begroting toe aan de bevoegde minister en aan de Minister van begroting.

Art. 81. Hervreiding van de allocaties

Tijdens het begrotingsjaar kan de bevoegde minister de kredieten over de allocaties van de uitgavenbegroting hervreiden. Bij elke hervreiding worden de kredietverhogingen volledig door kredietverminderingen gecompenseerd.

Bij de vastleggingskredieten kunnen de kredieten van een programma over de allocaties van hetzelfde programma worden hervreid. Indien de uitgavenbegroting enkel één indelingsniveau bevat, kunnen de vastleggingskredieten niet worden hervreid.

Bij de ordonnanceringskredieten kunnen de begrotingskredieten over de allocaties van de begroting worden hervreid.

Als de bevoegde minister tot een hervreiding van de kredieten op de allocaties van de begroting van uitgaven overgaat, informeert hij de Regering.

Art. 82. Ordonnateur

De bevoegde minister oefent de functies van ordonnateur uit. Hij kan deze bevoegdheid overdragen aan gedelegeerde ordonnateurs. De overdracht kan voorzien in de mogelijkheid van een nieuwe delegatie aan gesubdelegeerde ordonnateurs.

Art. 83. Aanpassingen en correcties in de boekhouding

De rekenplichtige kan aanpassingen blijven boeken totdat de algemene rekeningaflegging binnen de termijn bepaald in artikel 84 wordt overgemaakt. Deze aanpassingen hebben enkel betrekking op belangrijke gebeurtenissen die tijdens het desbetreffende boekjaar hebben plaatsgevonden en waarvan het ontstaan of de gevolgen op het tijdstip van de afsluiting van de rekeningen niet gekend waren.

Correcties in de boekhouding ten gevolge van controle- en certificeringswerken van het Rekenhof, zoals bepaald in artikel 46, kunnen door de rekenplichtige worden verricht totdat het Rekenhof het controleverslag over de algemene rekeningaflegging in uitvoering van artikel 41 aan het Parlement heeft overgemaakt.

Art. 84. Begrotingsuitvoeringsrekening en jaarrekeningen

Uiterlijk op 30 april van het jaar dat op het boekjaar volgt maakt de dienst met afzonderlijk beheer de uitvoeringsrekening van de begroting over aan de bevoegde minister en aan de Minister van begroting overeenkomstig artikel 16 en de jaarrekening overeenkomstig artikel 38 samen met de desbetreffende toelichting evenals een jaarverslag over zijn activiteiten tijdens het afgelopen begrotingsjaar. Indien de dienst met afzonderlijk beheer een beheerscontract met de Regering heeft gesloten, bevat het jaarverslag ook een beschrijving van de situatie qua uitvoering van dit beheerscontract.

Na goedkeuring door de Regering maakt de Minister van begroting de uitvoeringsrekening van de begroting, de jaarrekening en het jaarverslag over aan het Rekenhof. Deze overmaking heeft uiterlijk plaats op 31 mei van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt.

Art. 85. Reserve

De dienst met afzonderlijk beheer opent in zijn boekhouding een rekening met het oog op het boeken van de reserve die voortvloeit uit de toewijzing van het resultaat. Het maximumbedrag wordt per decreet vastgelegd. De dienst met afzonderlijk beheer bepaalt elk jaar het bedrag van de reserve binnen het bovenvermelde maximum. De beslissing tot vastlegging van dit bedrag wordt ter goedkeuring aan de Regering voorgelegd.

HOOFDSTUK III. — *Instellingen van openbaar nut***Art. 86.** Toepassingsgebied

De bepalingen van dit hoofdstuk zijn enkel van toepassing op de instellingen van openbaar nut gedefinieerd in artikel 87.

Art. 87. Definitie

§ 1. De instelling van openbaar nut wordt door het decreet geschapen. Zij bezit rechtspersoonlijkheid.

Het organieke decreet tot schepping van de instelling van openbaar nut bepaalt de taken en de werking van de instelling van openbaar nut.

De instelling van openbaar nut wordt door een raad van beheer beheerd. Het organieke decreet bepaalt de samenstelling van de raad van beheer.

§ 2. Volgende instellingen zijn instellingen van openbaar nut in de zin van paragraaf 1 :

1. het "Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap);

2. de "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst voor van de Duitstalige Gemeenschap voor personen met een handicap);

3. het "Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen" (Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de Kleine en Middelgrote Ondernemingen);

4. het "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap);

5. de "Autonome Hochschule der Deutschsprachigen Gemeinschaft" (Autonome Hogeschool van de Duitstalige Gemeenschap), zodra de bepalingen van dit decreet door een decreet overeenkomstig artikel 24, § 2, van de Grondwet op haar werden toepasselijk gemaakt.

Art. 88. Toezicht

§ 1. De instelling van openbaar nut staat onder het toezicht van de bevoegde minister en van de Minister van begroting. Het toezicht van de Minister van begroting betreft alle beslissingen die financiële of budgettaire gevolgen hebben.

Het toezicht wordt door één of meerdere regeringscommissarissen uitgeoefend die op voorstel van de bevoegde minister en van de Minister van begroting door de Regering worden benoemd.

Voor elke regeringscommissaris kan de Regering een plaatsvervanger aanduiden die in geval van verhinderd de taken van de regeringscommissaris overneemt.

§ 2. De regeringscommissaris neemt met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van de raad van beheer. Hij heeft meest verstrekkende bevoegdheden voor de vervulling van zijn taak.

§ 3. Iedere regeringscommissaris heeft vier volle dagen tijd om verzet aan te tekenen tegen elke beslissing die naar zijn mening strijdig is met geldende bepalingen of met het algemeen belang. Door het verzet van de regeringscommissaris wordt de uitvoering van de beslissing opgeschorst. De regeringscommissaris brengt de raad van beheer schriftelijk op de hoogte van zijn verzet.

De termijn van vier volle dagen bedoeld in het eerste lid, loopt vanaf de dag van de vergadering waarin de beslissing werd genomen voor zover de regeringscommissaris zoals voorgeschreven uitgenodigd werd tot deze vergadering, in het andere geval vanaf de dag, waarop hij nota van de beslissing heeft genomen.

§ 4. De regeringscommissaris tekent verzet aan bij de minister op wiens voorstel hij is benoemd.

De minister bij wie verzet wordt aangetekend heeft dertig volle dagen tijd vanaf het tijdstip vermeld in paragraaf 3, tweede lid, om het advies van de andere betrokken ministers in te winnen en de beslissing op te heffen. Hij deelt de opheffing van de beslissing mede aan de raad van beheer. Indien de beslissing niet in de bovenvermelde termijn wordt opgeheven, geldt zij als definitief.

§ 5. De Regering bepaalt het bedrag van de vergoedingen en zitpenningen die ten laste van de begroting van de instelling van openbaar nut aan de regeringscommissarissen worden toegekend.

Art. 89. Dwangtoezicht

§ 1. Wanneer het algemeen belang of geldende voorschriften dit eisen, kan een toezichhoudende minister of de Minister van begroting de raad van beheer van de instelling van openbaar nut verzoeken over bepaalde besluitontwerpen te beslissen of bepaalde vragen te beantwoorden. De minister of de regeringscommissaris die op zijn voorstel is aangeduid deelt de raad van beheer mee over welke vraagstukken de raad van beheer van de instelling van openbaar nut een beslissing moet nemen en binnen welke termijn.

Indien de raad van beheer van de instelling van openbaar nut geen beslissing binnen de aangegeven termijn heeft genomen of indien de minister het niet eens is met de beslissing van de raad van beheer, kan de Regering bij besluit de beslissing in plaats van de raad van beheer nemen. Een kopie van het desbetreffende besluit wordt onverwijld overgemaakt aan het Parlement.

§ 2. De Regering kan een bijzondere commissaris benoemen wanneer de instelling van openbaar nut nalaat de vereiste inlichtingen of gegevens te verstrekken of de maatregelen te nemen die door geldende bepalingen of door een in kracht van gewijsde gegane gerechtelijke beslissing voorgeschreven zijn. De bijzondere commissaris is in plaats van de nalatige overheid bevoegd alle nodige maatregelen binnen de perken van het mandaat te nemen dat hem per benoemingsbesluit is toegekend.

Alvorens de Regering een bijzondere commissaris stuurt :

1. maakt zij bij aangetekende brief een gemotiveerde aanmaning over aan de instelling van openbaar nut waarin wordt uitgelegd wat van haar wordt geëist of welke maatregelen zij heeft nagelaten te nemen;

2. staat zij in dezelfde aanmaning een bepaalde, gepaste termijn toe aan de instelling van openbaar nut binnen dewelke deze de aan haar gerichte aanmaning moet opvolgen, haar houding moet rechtvaardigen, haar standpunt moet bevestigen of de voorgeschreven maatregelen moet nemen.

Art. 90. Vaststelling van de begroting

De begroting van een instelling van openbaar nut wordt door haar raad van beheer vastgesteld en door de Regering goedgekeurd.

In voorkomend geval wordt de ontvangstendotatie van de instelling van openbaar nut als ordonnanceringskrediet van de diensten van het hoofdbestuur ingeschreven in de algemene uitgavenbegroting vermeld in artikel 57, § 4, en als zodanig door het Parlement goedgekeurd.

In ieder geval wordt het maximumbedrag van het totaal van de vastleggingskredieten van de instelling van openbaar nut door het in artikel 55 vermelde begrotingsdecreet van het Parlement goedgekeurd. Het Parlement kan dit maximumbedrag van de ontwikkelingen van de eigen ontvangsten van de instelling van openbaar nut afhankelijk maken.

De door de Regering goedgekeurde begroting wordt als deel van de algemene toelichting vermeld in artikel 57, § 5, aan het Parlement overgemaakt.

Art. 91. Begrotingsstructuur

§ 1. De begroting van een instelling van openbaar nut bevat de ontvangstenbegroting, de uitgavenbegroting en de toelichting van de begroting.

§ 2. De ontvangstenbegroting somt de geschatte ontvangsten volgens de oorzaak van hun ontstaan overeenkomstig de economische classificatie op. De geschatte bedragen beperken niet de rechten die moeten worden vastgesteld.

Het enige indelingsniveau van de ontvangstenbegroting is het begrotingsartikel. Elk begrotingsartikel wordt door een beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien.

§ 3. De uitgavenbegroting somt de vermoedelijk benodigde vastleggings- en ordonnanceringskredieten op.

Het eerste indelingsniveau van de uitgavenbegroting is de organieke afdeling. Deze bevat de kredieten voor alle activiteiten op een bepaald taakgebied van de instelling van openbaar nut.

Het tweede indelingsniveau van de algemene uitgavenbegroting is het programma. Per afdeling zijn er één of meer bestuurs- en activiteitenprogramma's. De bestuursprogramma's bevatten de personeels-, werkings- en investeringskredieten die voor de vervulling van de taken van een organieke afdeling nodig zijn. De activiteitenprogramma's bevatten de specifieke kredieten voor de verwezenlijking van bepaalde doeleinden van de organieke afdeling.

Het derde indelingsniveau van de uitgavenbegroting is de allocatie. Elke allocatie wordt door een beschrijving geïdentificeerd en volgens de economische en de functionele classificatie van een code voorzien.

De vastleggingskredieten worden per programma uitgetrokken en goedgekeurd. De ordonnanceringskredieten worden per programma uitgetrokken en voor de gehele begroting goedgekeurd.

§ 4. De Regering kan bepalen dat de structuur van de uitgavenbegroting van een bepaalde instelling van openbaar nut alleen programma's en allocaties of alleen allocaties bevat. In het laatste geval worden de vastleggingskredieten per allocatie en de ordonnanceringskredieten voor de begroting uitgetrokken en goedgekeurd.

Art. 92. Leningen en meerjarige verbintenissen

§ 1. Het in artikel 55 genoemde begrotingsdecreet bepaalt in zijn normatief gedeelte het maximumbedrag van de leningen dat de instelling van openbaar nut binnen het kader van het dekken van de investeringsuitgaven kan aangaan.

§ 2. Behalve voor recurrenente verbintenissen overeenkomstig artikel 13 zijn maatregelen die de instelling van openbaar nut in toekomstige begrotingsjaren tot het verrichten van uitgaven kunnen verplichten die de begrotingsmachtiging overschrijden, alleen dan toegelaten wanneer het begrotingsdecreet vermeld in artikel 55 in zijn normatief gedeelte daartoe de machtiging geeft.

§ 4. Alleen met uitdrukkelijke toestemming van de Regering is de instelling van openbaar nut gemachtigd :

1. de financiële verrichtingen te doen die in het algemeen belang van het beheer van de instelling van openbaar nut nodig zijn, inbegrepen het aangaan van leningen op korte termijn, waarvan de looptijd minder dan één jaar moet bedragen;

2. de voorwaarden voor de terugbetaling van de leningen die de instelling van openbaar nut in België of in het buitenland is aangegaan, in afspraak met de geldgever aan te passen of administratieve contracten op dit gebied te sluiten;

3. de reserves van de instelling van openbaar nut, de eventuele dagopbrengsten die de uitgaven overschrijden en de opbrengsten van de leningen in het belang van de instelling van openbaar nut te beheren door gebruik te maken van de beleggingsmogelijkheden van de kapitaalmarkt. In dit geval bepaalt de Regering tevoren in beginsel de aard, het maximumbedrag en de maximumduur van de mogelijke kapitaalbeleggingen.

Art. 93. Opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen

De Regering bepaalt de richtlijnen en de werkwijze voor de opstelling van de begrotingen en begrotingsaanpassingen.

Het begrotingsontwerp wordt uiterlijk op 30 september van het jaar dat aan het begrotingsjaar voorafgaat, aan de toezichthoudende minister en aan de Minister van begroting overgemaakt. Als het begrotingsontwerp van een instelling van openbaar nut niet binnen deze termijn wordt overgemaakt, worden eventuele betalingen aan de instelling van openbaar nut ten laste van de begroting van de diensten van het hoofdbestuur geschorst.

Elk jaar heeft een begrotingscontrole met het oog op een eventuele aanpassing van de begroting in het eerste kwartaal plaats. Verdere begrotingscontroles en aanpassingen zijn te allen tijde mogelijk.

De aanpassing van de begroting heeft op dezelfde wijze plaats als de opstelling van de begroting, met inachtneming van de begrotingsstructuur bepaald in artikel 91. De verschillende tabellen van de ontvangstenbegroting en van de algemene uitgavenbegroting worden geactualiseerd waarbij een vergelijking tussen de oorspronkelijke en de aangepaste kredieten wordt gemaakt.

De instelling van openbaar nut maakt het ontwerp houdende aanpassing van de begroting samen met de toelichting over aan de toezichthoudende minister en aan de Minister van begroting. De begrotingsaanpassing wordt door de Regering goedgekeurd en aan het Parlement ter informatie overgemaakt.

Indien de aanpassing binnen de begrotingscontrole vermeld in het derde lid plaatsheeft, worden de ontwerpen uiterlijk op 31 maart van het lopende begrotingsjaar ingediend.

Art. 94. Voorlopige kredieten

Indien de begroting van de instelling van openbaar nut niet voor 31 december van het jaar dat aan het begrotingsjaar voorafgaat, goedgekeurd werd, kunnen de kredieten in het begrotingsontwerp ingediend door de instelling van openbaar nut worden benut, behalve voor nieuwe uitgaven die in de begroting van het voorafgaand jaar niet werden goedgekeurd.

Art. 95. Hervreiding van de allocaties

Tijdens het begrotingsjaar kan de raad van beheer de kredieten over de allocaties van de uitgavenbegroting hervedelen. Bij elke hervreiding worden de kredietverhogingen volledig door kredietverminderingen gecompenseerd.

Bij de vastleggingskredieten kunnen de kredieten van een programma over de allocaties van het programma worden hervreid. Indien de uitgavenbegroting enkel één indelingsniveau bevat, kunnen de vastleggingskredieten niet worden hervreid.

Bij de ordonnanceringskredieten kunnen de begrotingskredieten over de allocaties van de begroting worden hervreid.

Als de raad van beheer tot een hervreiding van de kredieten op de allocaties van de begroting van uitgaven overgaat, informeert hij de Regering.

Art. 96. Inlichting van de Regering

De instelling van openbaar nut zendt elk kwartaal een overzicht van de uitvoering van de begroting toe aan de bevoegde minister.

Art. 97. Ordonnateur

De raad van beheer oefent de functies van ordonnateur uit. Hij kan deze bevoegdheid overdragen aan gedelegeerde ordonnateurs. De overdracht kan voorzien in de mogelijkheid van een nieuwe delegatie aan gesubdelegeerde ordonnateurs.

Art. 98. Aanpassingen en correcties in de boekhouding

De rekenplichtige kan aanpassingen blijven boeken totdat de algemene rekeningaflegging binnen de termijn bepaald in artikel 99 wordt overgemaakt. Deze aanpassingen hebben enkel betrekking op belangrijke gebeurtenissen die tijdens het desbetreffende boekjaar hebben plaatsgevonden en waarvan het ontstaan of de gevolgen op het tijdstip van de afsluiting van de rekeningen niet gekend waren.

Correcties in de boekhouding ten gevolge van controle- en certificeringswerken van het Rekenhof, zoals bepaald in artikel 46, kunnen door de rekenplichtige worden verricht totdat het Rekenhof het controleverslag over de algemene rekeningaflegging in uitvoering van artikel 41 aan het Parlement heeft overgemaakt.

Art. 99. Begrotingsuitvoeringsrekening en jaarrekeningen

Uiterlijk op 30 april van het jaar dat op het boekjaar volgt maakt de instelling van openbaar nut de uitvoeringsrekening van de begroting over aan de toezichthoudende minister en aan de Minister van begroting overeenkomstig artikel 16 en de jaarrekening overeenkomstig artikel 38 samen met de desbetreffende toelichting evenals een jaarverslag over haar activiteiten tijdens het afgelopen begrotingsjaar. Indien de instelling van openbaar nut beheerscontract met de Regering heeft gesloten, bevat het jaarverslag ook een beschrijving van de situatie qua uitvoering van dit beheerscontract.

Na goedkeuring door de Regering maakt de Minister van begroting de uitvoeringsrekening van de begroting, de jaarrekening en het jaarverslag over aan het Rekenhof. Deze overmaking heeft uiterlijk plaats op 31 mei van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt.

Art. 100. Reserve

De instelling van openbaar nut opent in zijn boekhouding een rekening met het oog op het boeken van de reserve die voortvloeit uit de toewijzing van het resultaat. Het maximumbedrag wordt in het organieke decreet vastgelegd. De instelling van openbaar nut bepaalt elk jaar het bedrag van de reserve binnen het bovenvermelde maximum. De beslissing tot vastlegging van dit bedrag wordt ter goedkeuring aan de Regering voorgelegd.

Art. 101. Bedrijfsrevisor

De Regering kan voor elke instelling van openbaar nut een of meerdere bedrijfsrevisoren aanduiden. De bedrijfsrevisor(en) kunnen binnen de in artikel 45 gedefinieerde interne auditdienst werkzaam worden.

De bedrijfsrevisoren controleren de boekhouding en bevestigen de echtheid en nauwkeurigheid van de boekingen. Zij kunnen de boeken en bescheiden, de correspondentie, de proces-verbalen, de financiële situaties en over het algemeen alle boekhoudkundige verrichtingen inzien. Zij controleren de samenstelling van de goederen en voorwerpen van waarde die toebehoren aan de instelling van openbaar nut of die deze beheert of waarover zij beschikt. Zij komen niet tussenbeide in het beheer van de instelling van openbaar nut.

De bedrijfsrevisoren zenden minstens één keer per jaar een verslag over de activa en passiva evenals over het bedrijfsresultaat van de instelling van openbaar nut toe aan de toezichhoudende minister, de Minister van begroting en de raad van beheer van de instelling. Zij informeren onverwijld over elke nalatigheid, elke onregelmatigheid en over het algemeen over elke situatie die de solventie en de liquiditeit van de instelling van openbaar nut in gevaar brengt.

Art. 102. Personeel

§ 1. De Regering bepaalt het statuut van de personeelsleden en de personeelsformatie van de instellingen van openbaar nut.

Onder voorbehoud van de bepalingen van het organieke decreet van de instelling van openbaar nut worden de personeelsleden door de raad van beheer benoemd, bevorderd en ontslaan.

De instellingen van openbaar nut zenden op verzoek elke inlichting betreffende de loopbaan of de bezoldiging van hun personeelsleden toe aan de toezichhoudende minister, de Minister van begroting en de Minister van het openbaar ambt. Bij aanvragen van de Minister van begroting of de Minister van het openbaar ambt worden de inlichtingen ook overgemaakt aan de toezichhoudende minister.

De Regering bepaalt met welke computersystemen het personeel van de instellingen van openbaar nut wordt beheerd.

§ 2. De Regering kan een instelling van openbaar nut machtigen tot deelneming in het pensioensysteem dat werd ingevoerd door de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden.

TITEL III. — VERSCHILLENDE BEPALINGEN

Art. 103. Recht op toelagen en subsidies

In afwijking van andersluidende voorschriften bestaat geen recht op de uitbetaling van toelagen en subsidies van welke aard dan ook, waarvan het jaarlijks bedrag 124 euro niet overschrijdt, met uitzondering van de toelagen en tegemoetkomingen aan natuurlijke personen.

In afwijking van het eerste lid bestaat geen recht op de uitbetaling van toelagen :

— die minder dan 2.500 euro bedragen voor de infrastructuurprojecten bedoeld in artikel 2, eerste lid, 1^o tot 3^o, 5^o en 7^o tot 10^o van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;

— die minder dan 2.500 euro bedragen voor het infrastructuurproject bedoeld in artikel 2, eerste lid, 4^o, van hetzelfde decreet, als de aanvrager een rechtspersoon is;

— die minder dan 750 euro bedragen voor het infrastructuurproject bedoeld in artikel 2, eerste lid, 4^o, van hetzelfde decreet, als de aanvrager een natuurlijke persoon is;

— die minder dan 750 euro bedragen voor het infrastructuurproject bedoeld in artikel 2, eerste lid, 6^o, van hetzelfde decreet.

Art. 104. Uitbetaling van toelagen en subsidies

§ 1. In afwijking van alle andersluidende regels, met uitzondering van de normen aangenomen door een hogere instantie, zullen alle uit te betalen voorschotten op toelagen en subsidies voor werkings- en personeelskosten binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen in de vorm van twaalfden maandelijks uitbetaald worden, telkens vóór de 22e van de maand.

Voor zover er in geen van de in het eerste lid bepaalde voorschotten voorzien wordt, worden de jaarlijkse bedragen vastgelegd in de verschillende uitgavenbegrotingen voor de werkings- en personeelsubsidies ten gunste van de inrichtingen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap, en ten gunste van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap maandelijks in de vorm van twaalfden uitbetaald, telkens vóór de 22e van de maand. Dezelfde regeling is van toepassing op alle andere toelagen en subsidies voor werkings- en personeelskosten, met inbegrip van het hele onderwijs.

§ 2. Paragraaf 1 is slechts van toepassing op de betalingen waarvan het jaarlijks bedrag 6.000 euro overschrijdt.

Alle jaarlijkse toelagen en subsidies voor werkings- en personeelskosten, die het in het eerste lid vermeld bedrag niet overschrijden en waarvoor er tot nu toe in geen voorschotten is voorzien, worden als jaarlijks voorschot uitbetaald ten belope van 50 % van de te verwachten jaarlijkse toelage voor het voorafgaande jaar. Het voorschot wordt uitbetaald in het eerste trimester van het jaar volgend op het betrokken activiteitsjaar. Het saldo van de toelage wordt na eindrekening uitbetaald, ten laatste in de maand maart van het jaar volgend op het jaar waar het voorschot werd uitbetaald. Als het bedrag van het voorschot de na eindrekening berekende toelage overschrijdt, dan kan de overeenkomende som in mindering worden gebracht van de toelage toegekend voor het volgende jaar.

Indien de uitbetaling van de totale jaarlijkse toelage tot einde juni van het subsidiejaar wordt verwacht, kan worden afgezien van de uitbetaling van het in vorig lid vermelde voorschot.

Art. 105. Beheerscontracten

Voor een duur die naar gelang het geval moet worden vastgelegd, kan de Regering met inrichtingen of diensten die werkzaam zijn in het ambtsgebied van de Duitstalige Gemeenschap een beheerscontract afsluiten waarin de opdrachten van deze inrichtingen of diensten, de kadervoorwaarden voor de vervulling ervan alsmede de financiering ervan vastgelegd worden.

Vóór de ondertekening moet elk beheerscontract aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap ter goedkeuring worden voorgelegd.

TITEL IV. — SLOTBEPALINGEN

Art. 106. Voorafgaande begrotingsjaren

De opstelling en overmaking van de algemene rekeningaflegging en van de balans van de rekeningen van de rekenplichtigen voor de begrotingsjaren die aan de inwerkingtreding van dit decreet voorafgaan, blijft onderworpen aan de wetgeving die op dit tijdstip van toepassing was.

Art. 107. Openingsbalans

Tijdens de indiening van het eerste ontwerp van begroting volgens de bepalingen van dit decreet stellen de bevoegde ministers en de begrotingsminister een openingsbalans voor alle instellingen op.

In deze openingsbalans :

1. worden de activa, de overlopende rekeningen en de schulden opgenomen die per 31 december 2009 in de balans van de rekeningen van de rekeningplichtigen staan; de activa en de schulden moeten worden geschat;
2. worden de schuldvorderingen en verbintenissen die per 31 december 2009 in de balans van de rekeningen van de rekeningplichtigen staan individueel geregistreerd en geschat;
3. wordt het saldo van elke per 31 december 2009 uitstaande verbintenis opgegeven;
4. stemmen de per 1 januari 2010 te boeken tegoeden overeen met de door de geldinstituten op basis van rekeninguittreksels bevestigde bedragen;
5. stemmen de materiële en geldelijke tegoeden overeen met de bedragen van de kasstaten die de rekeningplichtigen per 31 december 2009 hebben opgemaakt.

Art. 108. Wijzigende bepaling

Artikel 7, § 5 van de wet van 18 februari 1977 houdende de bepalingen betreffende de openbare Radio- en Televisiedienst, gewijzigd door het decreet van 27 juni 1986, wordt opgeheven.

Art. 109. Wijzigende bepaling

In artikel 1 van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap wordt een vierde lid luidend als volgt ingevoegd :

"Het Centrum is een instelling van openbaar nut in de zin van artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap en is onderworpen aan de bepalingen van dat decreet."

Art. 110. Wijzigende bepaling

Artikel 34, § 2, van hetzelfde decreet, gewijzigd door de decreten van 16 oktober 1995 en van 7 januari 2002, wordt als volgt vervangen :

"§ 2. Het Centrum richt een reserverekening volgens artikel 100 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap in. Het maximumbedrag van de reserve wordt vastgelegd op 1.250.000 euro."

Art. 111. Wijzigende bepaling

Artikel 35 van hetzelfde decreet, gewijzigd door de decreten van 16 oktober 1995 en 8 november 2004, wordt opgeheven.

Art. 112. Wijzigende bepaling

In artikel 1, eerste lid, van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor personen met een handicap), gewijzigd door het decreet van 29 juni 1998, wordt de tweede zin als volgt vervangen : "De dienst bezit rechtspersoonlijkheid en behoort tot de instellingen van openbaar nut in de zin van artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap. Hij is onderworpen aan de bepalingen van dat decreet."

Art. 113. Wijzigende bepaling

In artikel 17 van hetzelfde decreet wordt het eerste lid opgeheven.

In het tweede lid van dezelfde artikel worden in de eerste zin de woorden "Het personeel is ook onderworpen" vervangen door de woorden "Het personeel van de Dienst met inbegrip van de directeur zijn onderworpen".

Art. 114. Wijzigende bepaling

Artikel 33bis van hetzelfde decreet, ingevoegd door het decreet van 29 juni 1998 en gewijzigd door het decreet van 7 januari 2002 wordt als volgt vervangen :

"Art. 33bis. De Dienst richt een reserverekening volgens artikel 100 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap in. Het maximumbedrag van de reserve wordt vastgelegd op 1.250.000 euro."

Art. 115. Wijzigende bepaling

Artikel 16 en artikel 39 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Art. 116. Wijzigende bepaling

In artikel 15 van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en in Kleine en Middelgrote Ondernemingen wordt het eerste lid als volgt vervangen :

"Onder de benaming "Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleineren und mittleren Unternehmen" wordt een instelling van openbaar nut in de zin van artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap opgericht. Het instituut is onderworpen aan de bepalingen van dat decreet."

Art. 117. Wijzigende bepaling

Artikel 38bis van hetzelfde decreet, ingevoegd door het decreet van 29 juni 1998 en gewijzigd door het decreet van 7 januari 2002 wordt als volgt vervangen :

"Art. 38bis. Het instituut richt een reserverekening volgens artikel 100 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap in. Het maximumbedrag van de reserve wordt vastgelegd op 400.000 euro."

Art. 118. Wijzigende bepaling

De artikels 24 tot 26, artikel 35, tweede lid, en artikel 45 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Art. 119. Wijzigende bepaling

In artikel 7 van het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken" (Sport-, Vrijtijds- en Toerismecentrum van Worriken), dienst met autonoom beheer, worden in de eerste deel van de zin de woorden "Met toepassing van artikel 140 van het Koninklijk Besluit van 17 juli 1991 houdende coördinatie

van de wetten op de Rijkscomptabiliteit " vervangen door de woorden "In uitvoering van artikel 74 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 120. Wijzigende bepaling

De artikel *8bis*, derde lid, en de artikel 10 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Art. 121. Wijzigende bepaling

Artikel 1, tweede lid, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap wordt als volgt vervangen :

"De Dienst is een instelling van openbaar nut in de zin van artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap en is onderworpen aan de bepalingen van dat decreet."

Art. 122. Wijzigende bepaling

Artikel 16 van hetzelfde decreet, gewijzigd door het decreet van 7 januari 2002 wordt als volgt vervangen :

"Art. 16. De Dienst richt een reserverekening volgens artikel 100 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap in. Het maximumbedrag van de reserve wordt vastgelegd op 620.000 euro."

Art. 123. Wijzigende bepaling

Artikel 4, § 5, en de artikels 14 en 19 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Art. 124. Wijzigende bepaling

Artikel 55 van het programmadecreet 2000 van 23 oktober 2000 wordt opgeheven.

Art. 125. Wijzigende bepaling

Artikel 24, eerste lid, van het programmadecreet 2001 van 7 januari 2002 wordt als volgt vervangen :

"In uitvoering van artikel 74 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap wordt een dienst met afzonderlijk beheer onder de benaming "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" opgericht."

Art. 126. Wijzigende bepaling

In artikel 25 van hetzelfde decreet, gewijzigd door het decreet van 1 maart 2004, wordt de paragraaf 1 opgeheven.

Art. 127. Wijzigende bepaling

In artikel 110, eerste lid, 4^o van het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen, ingevoegd door het decreet van 25 juni 2007, worden de woorden "van artikel 2 van het programmadecreet van 4 maart 1996" door de woorden "van artikel 104, § 1, tweede lid, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap" vervangen.

Art. 128. Wijzigende bepaling

Volgende bepalingen worden opgeheven :

— de artikels 1, 2 en *2bis* van het programmadecreet van 4 maart 1996, gewijzigd door de decreten van 23 oktober 2000, 7 januari 2002, 3 februari 2003 en 21 maart 2005;

— artikel 6 van het programmadecreet van 3 februari 2003;

— artikel 32 van het programmadecreet van 20 februari 2006.

Art. 129. Opheffende bepaling

De wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut wordt opgeheven voor de in artikel 87, § 2, vermelde instellingen van openbaar nut.

Artikel 130 - Opheffende bepaling

De wetten op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd door het Koninklijk Besluit van 17 juli 1991, worden opgeheven.

Art. 130. Inwerkingtreding

Het onderhavig decreet treedt in werking op 1 januari 2010.

Gegeven in Eupen op 25 mei 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Lokale Besturen.

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale aangelegenheden en Toerisme.

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk onderzoek.

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport.

Nota

(1) *Zittingsperiode 2008-2009.*

Genummerde documenten : 158 (2008-2009) nr. 1 ontwerp van decreet. — 158 (2008-2009) nr. 2 Voorstellen tot wijziging. — 158 (2008-2009) nr. 3 Verslag.

Uitvoerig verslag : 25 mei 2009 - nr. 14 (2008-2009) discussie en stemming.